



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 1

(Beginn: 14.36 Uhr - Ende: 18.44 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Guten Nachmittag! Ich eröffne die 21. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode, unsere zweite Sitzung heute, und begrüße unsere Gäste auf dem Zuschauertribünenbereich und all jene, die im Livestream zuschauen oder die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, anwesende Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates!

Bevor wir in die Sitzung einsteigen ein Hinweis von mir: Gestern, also am 9. November, vor 30 Jahren fand die erste Veranstaltung von *Arsch huh - Zäng ussenander* statt, einer großartigen Initiative gegen Rechtsextremismus, die rund 100 000 Menschen auf dem Chlodwigplatz zusammenbrachte. Auch 30 Jahre später brauchen wir solche Veranstaltungen gegen Hass, Diskriminierung und Rechtspopulismus dringend. Ich weise dabei auch auf die gestiegene Anzahl von Angriffen auf Unterkünfte für Geflüchtete in Deutschland hin. Wie die allermeisten von Ihnen wissen, beginnt das Konzert heute Abend um 19.30 Uhr. Vielleicht ist uns das allen ein Ansporn, konzentriert zu arbeiten,

(Beifall)

sodass möglichst viele von Ihnen die Gelegenheit haben, rechtzeitig zum Programmbeginn oder jedenfalls nicht sehr spät in Deutz zu sein.

Sodann habe ich Ihnen mitzuteilen, dass den mir vorliegenden Meldungen zu entnehmen ist: Herr Busch, Frau Jäger, Frau Steinmann und Herr Spehl werden nicht an der Sitzung teilnehmen.

Ich schlage vor, dass die Stimmzählerinnen und Stimmzähler von heute Morgen auch für diese Sitzung benannt bleiben: wieder Frau Böll, Herr Kaske und Herr Erkelenz.

Zunächst haben wir die Tagesordnung festzulegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor, und die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP und Volt sowie die Ratsmitglieder Frau Gabrysch und Herr Zimmermann haben am 09.11. fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Solidarisch in der

Energiekrise“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Darüber hinaus schlägt die Verwaltung die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 17.4 bis 17.7 und im nichtöffentlichen Teil TOP 20.1 und TOP 24.6. Abgesetzt wurde ein Tagesordnungspunkt, und zwar 10.13.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben auf der Tagesordnung unter 3.1.2 einen Antrag der FDP-Fraktion zu „Kölner Klima Bond“. Da unsere Fraktion noch in interfraktionellen Gesprächen ist, wenngleich diese sehr erfolgreich verlaufen, würde ich das gern in die nächste Sitzung schieben.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Homann.

**Mike Homann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter Top 6.4.1 meldet die SPD-Fraktion Beratungsbedarf zur Rechnungsprüfungsordnung an.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine.

Dann hat mich die Bitte von Herrn Joisten erreicht, vor Eintritt in die Tagesordnung eine persönliche Erklärung abzugeben. - Herr Joisten, bitte.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss noch einmal auf die vorangegangene Sitzung, unsere Haushaltsratssitzung, Bezug nehmen und zurückkommen, in der wir eine, wie ich finde, unsägliche Rede von diesem Pult aus gehört haben. Ich glaube, wir können sagen, Frau Reker, dass wir durchaus bei dem einen oder anderen Punkt nicht einer Meinung sind. Das haben wir hier an dieser Stelle immer mal wieder demonstriert. Insofern bin ich, glaube ich, unverdächtig, jetzt hier pauschal die Oberbürgermeisterin als meine engste Partnerin zu betrachten. Aber die Art und Weise, Herr Boyens, wie Sie



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 2

heute hier in diesem Haus mit der Oberbürgermeisterin und damit mit der obersten Vertreterin von uns allen umgegangen sind, ist inakzeptabel. Im Namen der SPD-Fraktion weise ich zurück, dass wir einen solchen Stil hier in diesem Hause pflegen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Sie, Herr Boyens, noch einen Funken Anstand in Ihrem Körper haben, dann - so würde ich meinen - ist das Grund genug, sich hier bei der Oberbürgermeisterin und bei uns allen für die Wortwahl, den Duktus und die Art und Weise, wie Sie hier heute aufgetreten sind, zu entschuldigen. Ich bin sehr gespannt, ob Sie das Rückgrat haben. Auf jeden Fall wünsche ich mir nicht nur, sondern erwarte ich, dass wir in dieser Art und Weise nicht weiter hier miteinander umgehen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Boyens.

**Stephan Boyens (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Joisten, da ich direkt angesprochen worden bin: Ich habe in meiner Rede - das dürfte Ihnen nicht entgangen sein - ausdrücklich darauf hingewiesen, dass selbstverständlich Frau Oberbürgermeisterin Reker als demokratisch gewählte und legitimierte Repräsentantin dieser Stadt von uns anerkannt und respektiert wird. Ja, das bedeutet Demokratie.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, das ist unanständig!)

Das heißt aber nicht, Herr Joisten - und das ist eben Ihr bedenkliches Demokratieverständnis, das auf Haltung und Mainstream baut -, dass es der AfD-Fraktion und mir als ihr Vertreter in diesem Falle gestattet wäre, die Politik, die von dem Ratsbündnis und an dessen Spitze vertreten von Frau Reker praktiziert und aus unserer Sicht zum Schaden der Stadt wirkt, aufs Schärfste zu kritisieren. Das habe ich getan, möglicherweise dabei das Empfinden des einen oder anderen schmerzlich berührt, aber, ganz ehrlich, das ist Demokratie. Wenn nicht mehr gestritten wird, ist Demokratie tot.

So viel zum Demokratieverständnis, Herr Joisten. - Schönen Tag!

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich bin der Meinung, wir sollten dem jetzt keine weitere Aufmerksamkeit mehr schenken und in die Tagesordnung eintreten. - Vielen Dank, Herr Joisten.

(Beifall)

Ich rufe auf:

#### **1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

##### **1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Aktuelle Stunde: Solidarisch in der Energiekrise“ AN/1995/2022**

Ich gebe zunächst Frau von Bülow das Wort.

**Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anfang dieser Sitzung zeigt, wie wichtig es ist, dass der Rat immer wieder zusammensteht und zu seinen Resolutionen steht, gemeinsam gegen rechts zu kämpfen. Ich bin froh, dass die Mehrheit das genauso sieht. Die aktuelle Stunde setzt genau an diesem Punkt an.

Heute Morgen wurde der Haushalt verabschiedet - ein Haushalt, der die Krisensituation im Blick hat und verantwortungsvoll darauf reagiert, zum Beispiel mit dem Energiefonds für die freien Träger. Warum dann trotzdem eine aktuelle Stunde, eine aktuelle Stunde zu „Solidarisch in der Energiekrise - Aktuelle Situation in Köln und Herausforderungen für die Kommunen“? - Das Thema ist wichtig für den Haushalt. Das haben die Reden heute Morgen noch einmal gezeigt. Aber gleichzeitig geht es um viel mehr. Es geht darum, wie wir in der Krise Zukunft gemeinsam gestalten können. Es geht darum, welche weiteren Aufgaben und Herausforderungen infolge der Krisen auf die Kommunen zukommen und wie sie darauf reagieren können. Es geht darum, wie wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft weiterhin gestalten können. Und es geht um ein Signal aller demokratischen Fraktionen und Gruppen des Kölner



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 3

Stadtrates, die damit gemeinsam ein Zeichen setzen. Denn der Rat macht deutlich, dass er sich seiner Verantwortung stellt - gerade in Zeiten, in denen es große Herausforderungen, aber keine einfachen, schnellen Lösungen gibt.

Die aktuelle Stunde findet zudem an dem Tag statt - Frau Oberbürgermeisterin hat schon darauf hingewiesen - an dem *Arsch huh* mit seinem Konzert in der Lanxess-Arena an das große Konzert auf dem Chlodwigplatz vor 30 Jahren erinnert. Und die aktuelle Stunde findet auch an dem Tag statt, an dem - wie damals vor 30 Jahren auch - vor dem Konzert eine Demonstration bzw. Kundgebung stattfindet, damals gegen Rassismus und Neonazis als Reaktion auf die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Übergriffe mit ausländischerfeindlichem Hintergrund wie in Rostock-Lichtenhagen.

Heute sind diese Themen leider immer noch aktuell - ja, aktueller denn je. Die Kundgebung heute auf dem Ottoplatz steht unter dem Motto „Solidarisch in der Energiekrise“. Mehr als 50 Initiativen, Vereine und Initiativen unterstützen den Aufruf des breiten Bündnisses, das auf Initiative von *Köln stellt sich quer* zu dieser Kundgebung aufgerufen hat.

Mit der aktuellen Stunde heute im Rat wird eine Brücke dorthin geschlagen, und ich bin mir sicher: Wäre nicht Ratssitzung, wären viele von Ihnen gleich auf dem Ottoplatz dabei. Ich bin gleich dort und werde mir auch erlauben, die Grüße des Rates und aller der hier Anwesenden dort auszurichten.

(Beifall)

Ja, dieses Zusammengehen ist wichtig; denn nicht nur hier im Ratssaal, sondern auch in ganz Köln wird darum gerungen, wie mit der aktuellen krisenhaften Situation umzugehen ist - angesichts der humanitären und wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und in der Energiekrise. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern steigt die Sorge vor der Inflation, vor steigenden Zinsen und finanziellen Engpässen und damit einhergehend die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, des Einkommens und der Wohnung. Die Krise hat gravierende existenzgefährdende Folgen in vielen Bereichen. Umso genauer müssen wir hinschauen: auf die Analysen, Bedarfe und Forderungen der sozialen Träger, von *Fridays for Future*, des Runden Tisches für Integration, des Kulturnetzes Köln oder des Stadt-sportbundes.

Nicht unerwähnt darf bleiben: Angesichts der Klima- und Energiekrise zeigt sich, wie wichtig es ist, den eingeschlagenen Weg zur Umstellung auf erneuerbare Energien konsequent fortzusetzen. Auch darüber wurde heute Morgen schon gesprochen.

Das alles ließe sich vertiefter ausführen. Allein hier fehlt die Zeit. Ich denke, wir machen das an allen anderen Orten - in Ausschüssen sowieso -, weil es so drängend ist.

Quintessenz ist: Die Kommunen sind gefordert wie noch nie. In ihnen entscheidet sich, wie und ob die Krisen bewältigt werden können, ob es gelingt, den Zusammenhalt der Menschen zu stärken, oder ob es rechten Populisten gelingt, die Krise für ihre menschenverachtenden Zwecke zu instrumentalisieren. In der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie konstruktiv Köln agiert hat. Das ist heute wieder gefragt. Aber auch da ist klar: Wie bei Corona können die Kommunen diese Krise nicht allein bewältigen. Bund und Land sind gefordert und in der Pflicht, sie zu unterstützen. Auch wenn es das Bund-Länder-Maßnahmenpaket gibt - dass es das gibt, ist wirklich hoch zu schätzen und anzuerkennen -, muss es dennoch passgenauer gestaltet werden. Kritik und Nachbesserungen an einzelnen Punkten sind wichtig und richtig, auch das gemeinsame Ringen um den richtigen Weg. Denn auch dies kennzeichnet unsere Demokratie.

Wichtig ist aber auch, dass wir uns alle an dem gemeinsamen Ziel ausrichten, nämlich, in dieser Krise solidarisch zu sein. Es ist ein gutes Signal, wenn auf allen Ebenen die Probleme erkannt und angegangen werden. Es ist wichtig, dass die politischen Gremien und alle Demokrat\*innen in dieser Situation Handlungsfähigkeit beweisen und an dauerhaften Lösungen arbeiten für ein würdiges und existenzsicherndes Leben aller Menschen.

Angesichts des Erstarkens der politischen Rechtsextremen ist es umso wichtiger, dass wir als Demokrat\*innen gemeinsam deutlich machen: Der Rat der Stadt bekennt sich dazu, alles gegen Ausgrenzung und Polarisierung, für Solidarität und soziale Unterstützung zu tun. In der Krise wird niemand alleingelassen. Niemand soll im Winter im Dunkeln und in der Kälte sitzen. Daran werden wir weiterarbeiten - der Rat und die Verwaltung für die Menschen in Köln und als richtige Antwort auf menschenrechtsverachtende rechte Populisten. - Vielen Dank.

(Beifall)



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 4

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier auf der Zuschauertribüne, am Livestream und auch an den akustischen Endgeräten! Wir reden heute über ein Thema, was für den weiteren Zusammenhalt unserer Gesellschaft extrem wichtig ist. Wir haben in den letzten zwei, drei Jahren die ganzen Belastungen, die durch die Corona-Pandemie gekommen sind, in unserer Gesellschaft ertragen müssen. Die Politik hat es in den letzten Jahren geschafft, den Zusammenhalt durch diverse Hilfspakete, die vom Bund, vom Land, aber auch von der Kommune geschnürt worden sind, zu fördern, die Belastungen so weit wie möglich zu reduzieren und damit Strukturen, die vor der Krise intakt waren, auch gut durch die Krise durchzubekommen.

Mit der zweiten Krise, die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst worden ist, sind viele Menschen noch stärker an ihre Grenzen gekommen. Es geht jetzt darum, den richtigen Weg zu finden, diesen Menschen Zuversicht zu geben und damit auch dazu beizutragen, die Belastungen, die vorhanden sind, zu bekämpfen und so abzumildern, dass sich jeder in dieser Krise auch zurechtfindet und möglichst gut durchkommt. Das gilt für jeden einzelnen, das gilt aber genauso auch für die Strukturen, die da sind.

Die Bundesregierung - auch in Abstimmung mit dem Bundesrat - hat erste Hilfspakete entwickelt. Es gilt - das ist die Bitte nach Berlin, aber auch nach Düsseldorf -, dass diese Pakete auch möglichst zügig umgesetzt werden und dass sie vor allen Dingen in einigen Fällen auch umsetzungsfähig gemacht werden. Dazu gehört insbesondere im Bereich Wohngeld, dass Auszahlungskriterien so definiert werden, dass die Kommunen es auch leisten können, das mit der vorhandenen Mannschaft entsprechend umzusetzen. Das ist uns in der Pandemie gelungen. Auch hinsichtlich der Gasprelsbremse, die mit der Stromprelsbremse entsprechend ergänzt werden muss, wurden die Belastungen individuell zurückgeführt. Dass wir bereits in diesem Jahr erste Abschlüsse haben, ist wichtig, weil das natürlich auch Auswirkungen auf die persönliche Einstellung hinsichtlich des Konsumverhaltens hat. Das ist wiederum für die Einzelhandelsstrukturen wichtig. Denn wenn alle Leute momentan auf die Ausgabenbremse treten, bedeutet das ganz konkret, dass es unserem Einzelhandel, der schwer genug gebeutelt ist, nicht gut gehen wird und dieser Strukturwandel, den wir

seit Jahren erleben und der durch die Corona-Krise entsprechend beschleunigt wurde, jetzt noch zu radikaleren Schritten führt und wir die Qualität unserer Innenstadt fürchten müssen.

Genau deshalb ist es wichtig, heute ein klares Zeichen zu setzen. Ein klares Zeichen ist auch deshalb notwendig, weil der russische Präsident seine fünfte Kolonne hier in unserem Land zurzeit ausschickt, um einseitige Unterstützung zu bekommen, seine Position entsprechend voranzutreiben. Das ist etwas, was wir als Demokratinnen und Demokraten aufgreifen müssen. Wir müssen klar sagen: Nein, das kann es nicht sein! Wir wollen keine Destabilisierung unserer Gesellschaft, sondern wir sind in der Lage, unsere Gesellschaft zusammenzuführen und durch Sicherungsmaßnahmen dafür zu sorgen, dass keiner durch den Rost fällt und dass unsere Gesellschaft zusammenhält.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist das, was wir nicht nur hier im Rat, sondern auch durch die große Demonstration - meine Vorrednerin hat es gerade angesprochen - durch *Köln stellt sich quer*, die *Arsch-huh*-Bewegung entsprechend machen müssen. Nur wenn wir Demokratinnen und Demokraten zusammenhalten und klare Zeichen setzen, kann es uns gelingen, weiterhin einerseits die Solidarität mit der Ukraine und damit den Kampf um die Freiheit und den Frieden in Europa fortzusetzen und andererseits die Unterstützung, die wir in den letzten Monaten gegeben haben, entsprechend weiterzuführen.

Wir haben - es ist jetzt noch nicht einmal eine Woche her - große Demonstrationen hier in Köln erlebt, unter anderem mit den Iranern zusammen, mit den iranischen Frauen hier auch vor unserer Tür. An der Stelle auch noch einmal Dank an die Kolleginnen aus dem Gleichstellungsausschuss, die hier klar ein Zeichen gesetzt haben für Frieden, Freiheit und Demokratie. Das heute ist die Fortsetzung dieser Demonstrationen. Wir sollten hier geschlossen diesen Weg weiter fortgehen. Das ist wichtig für unsere Demokratie und damit auch für Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Kollegen, Mitglieder dieses Rates und alle Zuschauer





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 5

---

auf der Tribüne und auch draußen! In der Tat, die aktuelle Stunde ist aktueller denn je. Das haben wir, glaube ich, jetzt in den verschiedenen Reden, die wir zu diesem Punkt schon gehört haben, herausarbeiten können. Es ist aber meines Erachtens auch aus der Haushaltssitzung heute Vormittag schon sehr deutlich geworden, dass viele der Punkte, über die wir jetzt sprechen, quasi implizit auch in diesem Haushalt schon angesprochen sind. Wir werden abschließend mit Sicherheit auch feststellen, dass wir über diese Punkte auch weiter im Gespräch bleiben müssen.

Ich danke ganz herzlich auch im Namen der SPD-Fraktion noch einmal allen, die sich jetzt hier zusammengetan haben, um heute eine Demonstration, eine Kundgebung auf dem Ottoplatz zu organisieren, sozusagen ergänzt durch das wunderbare Konzert in der Lanxess-Arena. Ich glaube aber, es ist wichtig, dass man hier als Gesellschaft in der Tat noch einmal gemeinsam einen Aufschlag macht. Wir sind als Parteien dabei, der DGB, die IG Metall, der Mieterbund, der Stadt-sportbund, die Caritas, die Diakonie, das Kultur-netzwerk Köln und viele, viele andere mehr sind dabei. Das macht auch sehr deutlich, dass wir thematisch keine Grenzen kennen, sondern dass am Ende alle aufgerufen sind, in dieser Krise zusammenzustehen und ihren Beitrag zu leisten. Ich kann auch ankündigen - Sie haben das auf der Tagesordnung schon gesehen -: Die Themen dieser Organisationen werden auch in Anträgen - nicht zuletzt in unserem - nachher noch einmal zum Stichwort „Photovoltaik“ angesprochen. Denn eines ist klar: Niemand darf in diesem Winter im Kalten oder im Dunkeln sitzen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gemeinschaftlich schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Aber natürlich darf auch niemand seinen Arbeitsplatz, sein Einkommen und seine Wohnung verlieren. Auch das sind Aspekte, bei denen wir ganz konkrete Hilfestellungen zum Teil bereits organisiert haben, aber in Teilen eben auch noch organisieren müssen. Deswegen unterstützen wir als SPD-Fraktion - das kann ich noch einmal klar bekennen - alle Maßnahmen, die geeignet sind, einerseits an dem Thema Energieunabhängigkeit zu arbeiten - auch im gesamtpolitischen Kontext, im europapolitischen Kontext, im Kontext eben auch des Konflikts mit Russland und Herrn Putin -, andererseits aber gleichzeitig auch dem Klima dabei etwas Gutes zu tun und sogar Kosten zu reduzieren. Deswegen ist nachher diese Logik bei der Photovoltaik vielleicht ganz besonders ausgeprägt. Dann haben wir es auch geschafft, die ver-

schiedenen Krisen, über die wir hier gerade sprechen, eigentlich optimal miteinander zu verbinden.

Wir als SPD-Fraktion haben uns dazu in verschiedenen Ausschüssen schon Gedanken gemacht. Sie erinnern sich vielleicht: Im Sozialausschuss haben wir über den Hilfsfonds, den wir heute noch einmal im Haushalt thematisiert haben, schon gesprochen und Anträge gestellt, zum Stromsparm-check - auch gemeinsam mit den LINKEN - und über Aussetzung von Stromsperren gesprochen. Das Thema „Wie gehen wir eigentlich mit den Folgen dieser Krise um?“ begleiten wir gemeinsam und wir als SPD-Fraktion bereits seit Langem.

Ich denke, wir brauchen neben den von mir vorhin noch einmal sehr ausführlich dargestellten Mechanismen von Hilfsfonds, von Betriebskostenzuschüssen und Ähnlichem, die tatsächlich dringlich sind - das will ich an der Stelle noch einmal sehr, sehr deutlich unterstreichen -, jetzt auch Mechanismen, wie denn genau all diese Dinge, die wir heute beschlossen haben, funktionieren. Wir werden gleich über einen sehr kurzfristig auf die Tagesordnung gelangten Antrag oder über eine Beschlussvorlage zum Thema „Alte Feuerwache“ sprechen. Das ist jetzt zwar keine Energiesituation, die dort zugrunde liegt, aber eine Corona-Folge. Wir haben ganz viele übereinanderliegende Krisen, die uns weiter beschäftigen. Wir brauchen Mechanismen und es brauchen alle Organisationen und alle Vereine Mechanismen, wie sie denn an die heute beschlossenen Gelder herankommen. Es wäre jetzt an der Stelle auch meine Bitte oder eigentlich mein Auftrag - wir geben das nachher in die Verwaltung -, genau diesen Punkt uns als Politik noch einmal darzustellen, spätestens zum nächsten Sozialausschuss: Wer kann denn bei wem auf welchem Wege mit welchem Formular, mit welchem Link - oder wie auch immer - sich irgendwo melden und sagen: „Ich habe hier als Verein, als gemeinnützige Organisation, als Kulturbetrieb ein Problem, und ihr müsst mir helfen“? - Da würden wir gern mehr Transparenz und Prozesse kennen. Wir wissen, das ist jetzt alles sehr ambitioniert, aber das wäre unsere große Bitte, dass wir das als Ergebnis von heute auch mitnehmen.

Wir würden auch gern die Verwaltung im Rahmen dieser Debatte schon einmal bitten, vielleicht den einen oder anderen Hinweis zu Konsequenzen, die jetzt über die bereits genannten Dinge hinaus gehen, aufzuzeigen. Zum Beispiel sind wir alle - das habe ich heute betont - dem Bund sehr dankbar, dass er schon einiges getan hat. Wir würden uns aber auch - das unterstreiche ich sowohl in Richtung Bund als auch besonders in Richtung



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 6

Land - allen Forderungen anschließen, die Kommunen nicht allein zu lassen. Wir brauchen dringend mehr Geld. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Aber zu den Dingen, die jetzt schon beschlossen sind, würden wir gern wissen, inwiefern die Konsequenzen haben oder wie die Stadt damit umgeht. Ganz konkret angesprochen ist hierbei das 49-Euro-Ticket, das auch für uns hier in Köln Geltung haben wird, aber am Ende auch eine Belastung für möglicherweise unseren Haushalt, aber zumindest einmal für die KVB als Dienstleistungserbringer mit sich bringt. Vielleicht kann die Verwaltung oder auch die KVB im Rahmen dieser Debatte dazu gleich noch einmal Stellung nehmen. Denn auch das muss uns allen klar sein, um daraus wiederum politische Handlungen abzuleiten.

In diesem Sinne - meine Redezeit ist abgelaufen - komme ich zum Schluss. Ich danke sehr dafür, dass wir hier sehr gemeinschaftlich heute diesen Aufschlag machen können, und wünsche mir sehr, dass wir an diesen übergeordneten Zielen auch in den nächsten Sitzungen konstruktiv zusammenarbeiten. Köln hat es verdient, dass wir gemeinschaftlich diese Krisen bewältigen und für die Kölnerinnen und Kölner die bestmöglichen Lösungen herausarbeiten. - In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Die Menschen machen sich Sorgen, wie es in der Energiekrise weitergeht. Trotzdem sind sie aufmerksam und aktiv. Heute Mittag gab es auf dem Alter Markt eine Protestaktion von Tageseltern. Sie fordern von der Stadt eine Soforthilfe durch eine Steigerung der Geldleistung um 10 Prozent.

Zudem freue ich mich über das breite Bündnis der heutigen Kundgebung „Solidarisch in der Energiekrise“ von *Köln stellt sich quer*, den Gewerkschaften, den Sozial-, Sport- und Kulturverbänden und zahlreichen anderen Organisationen und Initiativen.

Die Menschen haben etwas erreicht. Sie können sich vielleicht an die letzte Debatte hier erinnern. Die Gasumlage ist gestoppt worden, und es wird eine Übergewinnsteuer geben. Vielleicht erinnern Sie sich auch an die letzte Ratssitzung, als ich

zum Schluss gesagt habe: Der Energiedeckel kommt. Sie haben mich unglaublich angeguckt, aber er ist gekommen. Er kommt. Nur, wie dieser Energiedeckel konkret aussieht, meine Damen und Herren, das wird das Bundeskabinett am 18. November entscheiden. Die Mitteilung in der Presse, es sei doch schon alles geklärt, ist leider nicht richtig. Verschiedene Sachen sind offen. Deswegen fordern wir als LINKE: Wir wollen für den Januar und für den Februar ebenfalls eine Abschlagszahlung haben. Das halten wir für eine ganz entscheidende, wichtige Forderung. Denn es kann doch nicht angehen, dass in den Wintermonaten zwei bis drei Monate nichts gezahlt wird. Wer sich ein bisschen auskennt, weiß, dass eine Abschlagszahlung natürlich noch einmal ein bisschen mehr ist als die Zahlungen, die danach folgen. Insofern ist dort jetzt noch einmal wichtig, glaube ich, dass wir als Kommunen entsprechende Forderungen aufstellen und man in der zweiten Stufe so vorgeht, wie die Expertenkommission das in ihrem Gutachten gesagt hat: ab März die 80 Prozent etc. pp. So, glaube ich, wäre ein Weg denkbar. Deswegen meine Forderung hier noch einmal: Abschlagszahlung im Januar und im Februar!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben uns auf der letzten Ratssitzung hier heftig über den Härtefall bzw. Härtefallfonds gestritten. Im Haushalt ist das jetzt mit 5 Millionen Euro plus die 1 Million Euro der RheinEnergie verankert. Dafür sage ich einfach danke! Ich will das einfach auch so klar sagen: Danke, dass wir das so beschlossen haben oder dass Sie das so beschlossen haben. Ich war im Herzen in dem Fall dabei.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

- Ja, es ist doch schön, wenn man sich streitet und dann irgendetwas dabei herauskommt. Das ist dann vielleicht kleiner, als man denkt, aber so ist das eben in der Politik.

Worum geht es mir? - Wir sind uns, glaube ich, alle einig - es kommt jetzt der nächste Schritt -, dass diese 5 Millionen nicht reichen werden. Ich glaube, das wissen alle. Sie müssen jetzt nicht nicken oder verneinen - ich glaube, das ist klar.

Im Gutachten der Expertenkommission - deswegen will ich Ihnen einfach noch einmal sagen, es ist gut, dass wir uns verständigt haben, steht dass diese Härtefallfonds richtig sind - noch einmal deutlich gesagt worden: Wir brauchen solche Härtefallfonds in verschiedenen Bereichen. Das hängt einfach damit zusammen - nicht, weil ich



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 7

das vorgeschlagen habe, sondern weil der Gesetzgeber so schnell ein Gesetz machen muss, wobei es Probleme geben wird. Deswegen braucht man diese Härtefallfonds.

Zweites Thema: soziale Strukturen. Ich hatte auf der letzten Sitzung die Finanzierung des Stromsparschecks eingefordert. Leider ist da bis jetzt nichts passiert. So läuft das Projekt im März aus. Deswegen interessiert mich, Herr Wolfgramm: Wie geht es dort weiter? Haben wir eine Chance, dass dieses Projekt fortgesetzt wird? - Das wäre mir sehr wichtig. Gerade in der Strukturpolitik ist es wichtig, dass Strukturen erhalten werden.

Meine Damen und Herren, das ist auch schon in den Reden eben angekommen: die Frage zu Personalkosten. Wir werden in verschiedensten Bereichen Personalkosten haben, die dramatisch hochgehen werden, aber im Haushalt nicht eingeplant sind. Auch das ist ein Riesenthema, an dem wir arbeiten müssen, wie wir dazu kommen, dass die Träger ihre Personalkosten bekommen etc. pp.

Meine Redezeit ist abgelaufen, sehe ich gerade. Frau Oberbürgermeister, darf ich vielleicht nur noch einen Gedanken äußern? - Wir hatten in der aktuellen Stunde auch das Thema ÖPNV angesprochen. Ich glaube, wir müssen realistisch sein: Das, was bis jetzt in Sachen 49-Euro-Ticket vereinbart ist, wird so nicht funktionieren. Deswegen würde mich auch sehr interessieren, wie Frau Haaks das Thema sieht. Wir müssen doch erreichen, dass die Stadtwerke und die KVB nicht ausgeblutet werden. Es kann doch nicht angehen, dass wir auf der einen Seite 49-Euro-Ticket sagen und auf der anderen Seite unsere eigenen Strukturen zerschlagen. Da muss nachgebessert werden, und da müssen wir als Kommunen ganz klar und aufmerksam sein. Da bitte ich auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin - Sie sind im Präsidium vom Städtetag -, dass da noch einmal nachgesteuert wird. Ich habe den Beschluss von Ihnen gelesen, in dem steht: Wir wollen das zur Not mit dem Land machen. - Ich glaube aber, Frau Oberbürgermeisterin, wir brauchen Bund und Land, damit wir das finanzieren können. Da muss ich jetzt die Landesregierung in gewisser Weise ein bisschen schützen: Das kann dieses Land nicht alleine stemmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und würde gerne mit Ihnen weiter gegen Energiearmut kämpfen und dafür, dass die Leute nicht im Dunkeln bleiben. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Aufgeworfene Fragen können wir dann vielleicht zum Schluss gemeinsam beantworten. - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Detjen, das, was Sie gerade angesprochen haben, dass Sie sozusagen bei der Ampel in Gedanken mit dabei sind, das hätte ich mir auch nicht vorstellen können.

(Beifall von Volker Görzel [FDP])

Das war eine sehr schöne Formulierung. Da sieht man einmal, dass wir anscheinend doch eine gute Politik in Berlin machen, wenn das schon von Ihnen kommt.

(Beifall bei der FDP)

Da bedanke ich mich recht herzlich.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am Dienstag dieser Woche fand im Kölner Rathaus eine denkwürdige Festveranstaltung zum 90. Geburtstag von Gerhart Baum statt. Es war eine Würdigung, wofür ich der Kölner Oberbürgermeisterin herzlich danke, für einen aufrechten Demokraten und Kämpfer für die unveräußerlichen Grundrechte jedes Menschen und deren Menschenwürde.

Denkwürdig für die aktuelle Stunde war auch ein Hinweis von Gerhart Baum. Da dieser Politiker mit 90 Jahren in seinem so langen Leben so manche Krise in und für Deutschland, aber auch in und für die Welt erlebt hat, wies er in seiner Rede darauf hin, dass er sich an solch eine vielfältige, geballte Krisensituation nicht erinnern kann. Wie wahr!

Demokratie ist auch kein Selbstläufer, wie die aktuelle Situation an vielen Orten in der Welt zeigt. Das sollte uns in Deutschland gerade mit unserer Geschichte, die schon einmal die Demokratie abschaffte, ernstlich zu denken geben. Darum sind wir Freien Demokraten auch Mittragsteller dieser aktuellen Stunde. Wir Freien Demokraten halten nicht alle Lösungsansätze, die hier in der aktuellen Stunde vorgebracht werden, für hilfreich. Manche können sogar für kontraproduktiv gehalten werden. Aber hier und heute, meine Damen und Herren, ist der richtige Raum und Zeitpunkt, dass wir Demokraten gemeinsam zeigen, dass wir um die richtigen Lösungen und Hilfen ringen und gewillt sind, zu handeln, meine Damen und Herren, und zwar für die Kölnerinnen und Kölner, für die wir gewählt sind in diesem Rat.



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 8

(Beifall bei der FDP)

Dabei kann es auch passieren, dass wir demokratischen Parteien unsere lieb gewonnenen Gewissheiten, eingeschweißt in Parteiprogrammen, bei diesen Krisen zur Seite legen müssen. Es gilt jetzt, Lösungskompetenz zu zeigen, meine Damen und Herren, und nicht Rechthaberei.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte hier auf die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke hinweisen, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, Energiepreisdeckelung - das tut uns zum Beispiel weh - oder zusätzliche Kreditaufnahmen - man könnte auch „Schuldenaufnahmesätze“ sagen - für ein 200-Milliarden-Euro-Sondervermögen-Programm. Aber es muss sein, meine Damen und Herren. Wir müssen sowohl in ganz Deutschland als auch hier in Köln der Bevölkerung, den Menschen helfen. Denn wenn wir keine Lösungskompetenz zeigen, meine Damen und Herren, kann daraus eine Systemfrage erwachsen. Wir sind alle gefordert. Der Bund, dessen Hilfsprogramm für Heizung und Strom hier schon mehrfach angesprochen worden ist, aber auch die Landesregierung überlegt sich, für die Stadtwerke einen Schirm aufzubauen. Und wir sind sicherlich gefordert - das wurde auch schon angesprochen - bei Kitas, Jugend- und Senioreneinrichtungen, die insbesondere in freier Trägerschaft sind, die zurzeit nämlich noch nicht in der Förderung enthalten sind, wie wir denen helfen können, damit sie bei den hohen Heiz- und Energiekosten ihre Einrichtungen weiterhin betreiben können. Das ist unsere kommunale Aufgabe.

(Beifall bei der FDP)

Da habe ich noch gar nicht die Kultureinrichtungen und die freie Kulturszene angesprochen. Auch hier werden wir sicherlich noch zu reden haben. Es ist im Haushalt etwas vorgesehen. Wir müssen abwarten, wie lange das dauert und ob das reicht. Vielleicht müssen wir da aber auch noch einmal nachjustieren.

Ich glaube, die gesamte Öffentlichkeit bzw. das gesamte öffentliche Leben in Köln steht zur Disposition. Wir als Demokraten sind gefordert, dass es hier weiterhin ein öffentliches Leben gibt und dass die Menschen sich bei uns, den gewählten Vertreterinnen und Vertretern, als Entscheidungsträger hier im Kölner Rat sicher fühlen, dass sie wissen: Wir sind für euch da und werden handeln und entscheiden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

(Frau Glashagen bringt ihr Baby mit nach vorn; die Oberbürgermeisterin hält es für die Dauer des Redebeitrags im Arm)

**Jennifer Glashagen (Volt):** Hallo zusammen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Sehr geehrte Mitglieder des Rates und alle, die uns jetzt irgendwie zuhören! Vielen Dank für die Initiative dieser aktuellen Stunde und besonderer Dank natürlich an *Köln stellt sich quer* für das Engagement. Wir als Volt-Fraktion unterstützen ihre Zielsetzung und teilen die Befürchtung, dass die Sorgen vieler Menschen ein gefundenes Fressen für Rechtspopulisten darstellen, die - wie so oft - einfache Antworten und Sündenböcke für komplexe Schwierigkeiten liefern. Denn natürlich handelt es sich bei dem Thema dieser aktuellen Stunde um sehr vielschichtige Problematiken. Dass die Bundesregierung mit der Gaspreisbremse zwar bemüht, aber nicht unbedingt so effektiv sein kann, um die sozialen Schäden abzufedern, ist uns, glaube ich, auch allen klar. Aber all denen, die sich jetzt natürlich hämisch - das ist leider viel zu häufig - über Kritik an der Ampel freuen, kann ich nur sagen: Die Situation wäre in anderen Konstellationen in der Bundesregierung aus unserer Sicht mit großer Wahrscheinlichkeit noch deutlich schlimmer.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Denn die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte der Bundespolitik in Energie- und Klimapolitik haben uns erst in die Lage gebracht, in der wir uns befinden. Aber *et is wie et is*, und wir können die Zeit nicht zurückdrehen. Daher müssen wir als Rat der Stadt Köln den beschränkten Handlungsspielraum nutzen, den wir hier haben. Das tun wir mit den kommunalen Hilfsfonds, wie eben auch schon erwähnt.

Wir möchten diese aktuelle Stunde zudem nutzen, um die Rolle der RheinEnergie zu beleuchten. Denn so oft höre ich immer wieder von dieser Seite, dass die Aussetzung von Stromsperrn nicht gehen würde, da sonst keine Abschaltung von Leerständen möglich sei. Vermutlich geht es zudem auch um das Festhalten an einer Sanktionsmöglichkeit der RheinEnergie. Ob man diese Drohkulisse wirklich braucht, wage ich hier einmal infrage zu stellen. Daher unser dringender Appell an die RheinEnergie: Sie werden sicher eine gute Lösung finden, die Stromsperrn auszusetzen.





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 9

Sie haben die Chance, zu verhindern, dass Kölner\*innen im Dunkeln sitzen, wie wir es eben auch schon öfter gehört haben.

Dass dieses Thema mit einer Dringlichkeit bearbeitet wird, ist, glaube ich, wichtig und richtig. Aber darüber hinaus bin ich als ehrenamtliche Politikerin auf die Fachexpertise der Stadtverwaltung angewiesen. Daher bin ich sehr dankbar dafür, dass die Stadtverwaltung - ich schaue einmal zu unserer Stadtdirektorin hinüber - dieses Thema auch wirklich mit Dringlichkeit bearbeitet und die drohende Energiearmut der Menschen in unserer Stadt einfach abwehren möchte und das richtige Augenmerk darauf legt. Deshalb möchte ich das Thema hiermit auch der Verwaltung weiter übergeben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, ehrlich gesagt, gar nicht, warum Sie diesen Antrag gestellt haben. Haben Sie von den antragstellenden Fraktionen ernsthaft geglaubt, man könne die über Jahrzehnte - Zitat *Wallstreet Journal* - „dümmste Energiepolitik der Welt“ betreiben, ohne dafür eines Tages die Quittung zu erhalten? Haben Sie das ernsthaft geglaubt?

Schon vor der Krise hatte Deutschland die zweithöchsten Strompreise der Welt. Und jetzt - dank CDU und Grünen - haben wir halt die höchsten Strompreise der Welt. Nun dämmert den antragstellenden Fraktionen offensichtlich, dass „die dümmste Energiepolitik der Welt“ auch finanziell ganz dumme Folgen hat. Herzlich willkommen in der Realität, liebe Antragsteller!

(Beifall bei der AfD)

Die gegenwärtige Energiekrise hat laut Deutscher Bank Research das Zeug, zum - Zitat - „Game-Changer“ für den Industriestandort Deutschland zu werden. Das exportorientierte deutsche Geschäftsmodell ist massiv gefährdet, und noch nie war die Wahrscheinlichkeit, dass Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland abnehmen, so hoch wie heute. Grund dafür ist, wie gesagt, eine seit Jahrzehnten verfehlte Energiepolitik - angefangen mit dem fanatischen Widerstand der Grünen gegen die Kernkraft, einer CDU, die dann die

sichersten und effizientesten Kernkraftwerke der Welt ohne Not abgeschaltet und uns in die Abhängigkeit von russischem Erdgas geführt hat.

(Beifall bei der AfD)

Und gleichzeitig wollen wir jetzt unsere Wirtschaft dekarbonisieren, sind aber auf dem besten Wege, dabei Deutschland zu deindustrialisieren. Ich wiederhole, was das *Wallstreet Journal* schreibt: Wir betreiben die dümmste Energiepolitik dieser Welt. Und in der deutschen Politik wird gegenwärtig noch der Dumme gesucht, der den Bürgern demnächst erklären darf, dass das mit der Energiewende „Made in Germany“ keine so gute Idee war. Tatsache ist nämlich, meine Damen und Herren - nehmen Sie das bitte zur Kenntnis -: Nach mehr als 32 Jahren Energiewende tragen die erneuerbaren Energien nur 16 Prozent - 16 Prozent! - zum Primärenergieaufkommen in Deutschland bei. Aus den Kosten der berühmten Kugel Eis von Herrn Trittin sind mittlerweile über 2 Billionen Euro geworden.

„Solidarisch in die Energiekrise“ - so heißt es in Ihrem Antrag -, diese Krise, meine Damen und Herren, ist hausgemacht. Sie haben diese zu verantworten, und daher frage ich Sie: Warum soll ich, warum sollen wir und mit wem solidarisch sein? - Energie ist das Lebensblut jeder modernen Wirtschaft. Einer Clique aus Dummköpfen, Fanatikern und verbohrten Ideologen, die von Wirtschaft und Technik keine Ahnung haben, die den Unterschied zwischen Kilowatt und Kilowattstunde nicht erklären können, ist es in Jahrzehnten fehlgeleiteter Politik tatsächlich gelungen, die deutsche Wirtschaft jetzt an den Rand einer Katastrophe zu führen.

Und Sie von den Grünen haben doch früher immer einen Spritpreis von 5 DM gefordert. Den haben wir nun fast. Wo ist denn das Problem? - Nun muten Sie den Menschen doch Ihre Politik auch einmal zu! Sie haben es doch gefordert. Nein, Solidarität können Sie von uns nicht erwarten.

(Zurufe: Die brauchen wir auch nicht!)

In Anlehnung an ein von den Grünen gern zitiertes Indianerhäuptlingszitat sage ich Ihnen: Erst wenn der letzte Leistungsträger das Land verlassen hat, das letzte Kraftwerk und die letzte Fabrik geschlossen sind, wenn der Baumschulenabschluss der Grünen die Spitze der Bildungspyramide darstellt, dann werdet ihr merken, dass man Steuerbescheide nicht essen kann, liebe Grüne.

(Zuruf von der SPD: Esspapier!)



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 10

Ich sage Ihnen heute Abend: *Arsch huh, Zäng usenander* - vergessen Sie es! Dank Ihrer Energiepolitik heißt es jetzt im Winter nämlich: arschkalt und Zähneklappern. Das ist die Realität hier in dieser Stadt. Meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen die Resolution! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Herr Hock.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Frau Dickas wird für die Fraktion sprechen.

**Birgit Beate Dickas** (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren der demokratischen, solidarischen und klimaschützenden Parteien! Liebe Einzelmandatsträger\*innen! Ich bin hocherfreut - „Solidarisch in der Energiekrise“, „Arsch huh“, „Kein Platz für Rassismus“, „Gemeinsam gegen rechts“ -, es freut mich, dass man das hier im Rat auch so sieht.

Wir haben viele schlaue Sachen jetzt schon zu diesem Thema gehört: Krieg, Rassismus, Flucht, das alles, und die Energiekrise ist auch Klimakrise. Beachten Sie die klugen Worte der PARTEI: Planeten gibt es viele, unsere Wirtschaft nur einmal.

(Beifall bei der FRAKTION)

Worten müssen Taten folgen: Solidarität in der Energiekrise, Solidarität mit den künftigen Verlierern der Energiekrise, Solidarität mit der Letzten Generation.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Deswegen klebe ich mich jetzt hier ans Rednerpult.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] hält ein Schild mit der Aufschrift „Eltern haften für ihre Kinder!“ hoch und ruft: Klima schützen ist kein Verbrechen!)

- Danke, Frau Gabrysch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch, Sie haben jetzt das Wort. Aber das heißt nicht, dass man etwas hochhält, sondern spricht.

**Nicolin Gabrysch** (KLIMA FREUNDE): Ich mache das gern vom Platz aus.

Ich schließe mich den Vorredner\*innen natürlich an. Ich finde es auch gut, dass wir heute über das Thema noch einmal ausdrücklich reden. Ja, natürlich brauchen wir ganz dringend umso mehr Solidarität mit den Menschen, die am meisten unter dieser Energiekrise zu leiden haben. Ich schließe mich auch meiner Vorrednerin an: Diese Energiekrise ist das deutliche Zeichen dafür, dass viel zu viel versäumt wurde, und das ist ein Teil der Klimakrise.

Ich möchte eines noch einmal klarstellen: Die Maßnahmen sind lange bekannt. Seit Jahrzehnten ist bekannt, worauf wir zusteuern. Der Lösungsweg wird uns schon lange ganz deutlich aufgezeigt. Wir müssen ihn nur endlich konsequent gehen.

Auch ich bin absolut solidarisch mit den Menschen, die aus schierer Verzweiflung handeln, weil sie wirklich um ihr Leben kämpfen und nicht nur um ihr eigenes, sondern im Grunde genommen geht es nicht weniger als um das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten. Um es einmal mit den Worten des UN-Generalsekretärs zu sagen: Die wirklich Radikalen sind nicht diejenigen, die aus Verzweiflung zivilen Ungehorsam begehen.

Ich möchte auch noch klarstellen: Wenn es jetzt um Energiesparmaßnahmen und um Ressourceneffizienz geht, dann bedeutet das nicht, dass wir in dem Sinne von Deindustrialisierung in die Steinzeit kommen. Das ist wieder nur völliger Schwachsinn, der hier als Angstmacherei in den Raum gestellt wird. Es geht darum, dass wir natürlich mit technischem Fortschritt längst so weit sind - auch das müssen wir einfach nur umsetzen -, dass wir die Energie, die wir wirklich systemrelevant benötigen, längst erzeugen könnten, wenn die Politiker\*innen, die politischen Entscheidungsträger\*innen nicht jahrzehntelang die Energiewende ausgebremst und blockiert hätten, und dass wir natürlich in der Lage sind, wenn wir die bekannten Lösungswege und Lösungsmaßnahmen endlich ergreifen, uns mit Energie ausreichend versorgen könnten. Es geht aber darum, dass wir uns bewusst machen, dass es nicht ausreicht, wenn wir das, was wir in dem Maße, in dem wir heute produzieren und Energie verbrauchen,



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 11

energieneutral machen wollen, dann müssen wir Wege finden. Allein die Umstellung kostet wieder CO<sub>2</sub>, und auch das können wir uns nicht leisten. Deswegen geht es natürlich darum, dass wir auch Energie in der Industrie einsparen und dann erst den Menschen, der Bevölkerung die Energie zur Verfügung stellen, die sie brauchen, und das eben bei der Industrie einsparen. Wer das noch nicht begriffen hat, der hat auch wiederum - ich wiederhole mich - das Ausmaß der Katastrophe nicht begriffen, in die wir gerade hineinschlittern.

Ja, ich weiß nicht, ich habe das Gefühl, ich sage immer wieder das Gleiche.

(Zurufe: Genau!)

Macht euch mal Gedanken darüber, warum ich immer und immer wieder das Gleiche sage. Das hat auch einen Grund. Ich könnte gefühlt auch einfach eine Schallplatte auflegen. Das bedeutet eben aber auch, dass eins ums andere Mal einfach nichts passiert oder bei Weitem nicht ausreichend etwas passiert.

(Bernd Petelkau [CDU] zeigt auf seine Uhr)

- Ja, Bernd, danke. Ich sehe auch von hier hinten deine Geste und höre jetzt einmal auf zu reden.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort, der vom Platz aus sprechen wird.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Wir Einzelmandatsträger müssen als letzte sprechen, und ich bitte doch einfach darum, auch gegenüber meiner Kollegin gerade und mir ein bisschen Respekt trotz des langen Tagesordnungspunkts entgegenzubringen und bis zum Ende die Konzentration aufrechtzuerhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Von mir nur wirklich ganz kurz zwei Anmerkungen dazu. Das eine ist: Natürlich ist es ein tolles Signal, dass wir gemeinsam versuchen, uns solidarisch zu zeigen, obwohl wir selber als Vertreter und Vertreterinnen der Politik auch die Adressaten sind. Aber wir sollten dieses Feld natürlich auf gar keinen Fall den rechten Spacken auf der Straße überlassen. Deswegen freue ich mich, dass wir jetzt diese Erklärung gemeinsam so fassen können.

Inhaltlich habe ich mit dem einen oder anderen, was da so passiert, schon meine Probleme. Das eine ist: Sich solidarisch zu zeigen, ist super. Das auch finanziell zu hinterlegen, ist ganz große Klasse. Das, was mich stört und wirklich wundert - ich bin da auch nicht ganz allein -, ist, dass das oft nach dem Gießkannenprinzip erfolgt. Es ist höchstwahrscheinlich bürokratisch ein unglaubliches Monster, was da passieren muss, um diese Gelder zu verteilen, auszuzahlen etc. Da tun mir alle leid, die damit beschäftigt sind. Es muss auch noch schnell gehen, weil der öffentliche Druck groß ist - das ist auch ganz klar. Es macht aber keinen Sinn, zum Beispiel wirklich wohlhabenden Leuten Abschläge auf Energie zu erlassen. Das Geld haben wir nicht, das ist vollkommener Unsinn. Da wünsche ich mir doch bitte - die Bitte geht an die Landes- und Bundesregierung; Sie alle sind ja irgendwie verbandelt mit den Kolleg\*innen in Bundestag und Landtag -, vielleicht etwas mehr soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Denn wir brauchen das Geld, was wir wirklich auch reichen Leuten jetzt geben, die das nicht brauchen, an so vielen anderen Ecken und Enden. Ich will nur einmal die ganzen Tafeln in Deutschland erwähnen, die unter größten finanziellen Problemen leiden. Es ist für mich ein Unding, dass wir uns da mit den oberen Zehntausend in Deutschland solidarisch zeigen, die sozusagen die Heizkosten für ihre Villen aus Steuergeld erstattet bekommen. Das ist schon ein bisschen kurios. Vielleicht können da gerade die SPD und Herr Scholz noch etwas nachschärfen.

Eine Bemerkung in Richtung FDP-Fraktion kann ich mir nicht verkneifen: Herr Breite, der Ausstieg aus Kohle und Atomkraft ist politisch breiter, gesellschaftlicher Konsens. Das geht von CDU, SPD - alle sind dafür und dabei. Wenn Sie sagen, man solle ideologische Scheuklappen ablegen - die Grünen haben das nun getan, und Sie freuen sich klammheimlich jetzt darüber -, dann muss ich jetzt doch als Hinterbänkler hier erwähnen: Wie sieht es eigentlich mit dem Tempolimit aus, liebe FDP?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

Die genauen Zahlen habe ich nicht im Kopf. Es geht irgendwie darum: 3 Prozent des Öls oder des Benzins könnten wir sparen, wenn wir ein Tempolimit einführen würden - je nachdem, wie streng wir das handhaben. Da, liebe FDP, bitte ich doch auch einmal darum, die Scheuklappen abzulegen.

Nun zur Kernkraft: Es sind die erneuerbaren Energien, die uns in Deutschland zurzeit - entschuldigen Sie - den Arsch retten.



(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)

Das ist vollkommen klar. Stellen Sie sich die Energieversorgung in Deutschland heute ohne Wind- und Solarenergie vor bei ausbleibendem Gas und all den Problemen, die wir haben. Die Franzosen mit ihren Atomkraftwerken hatten nicht nur im Sommer unglaubliche Probleme mit der Hitze, so dass wir unseren Solarstrom nach Frankreich exportierten, sondern auch heute noch haben sie Probleme - Atomkraft ist gefährlich, liebe FDP, davon haben Sie sicherlich gehört -, auch heute sind die Atomkraftwerke immer noch zum Großteil abgeschaltet wegen Rissen in den Rohren etc., und wir exportieren immer noch Strom nach Frankreich.

Also: Energiewende ja! Je schneller, desto besser für Deutschland und auch für die Preise bei Strom und Gas. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Natürlich wird sich Köln dem Appell des Präsidenten des Deutschen Städtetages anschließen, dass weiterhin deutlicher Handlungsbedarf besteht, damit die kommunale Familie die Herausforderungen bewältigen kann, und zwar bei Land und Bund.

Wir haben einige Fragen, aber da ich davon ausgehe, dass wir gleich das Thema „Solidarisch in der Energiekrise“ zur weiteren Beratung an die Verwaltung verweisen, werden die Fragen dort sicherlich sehr gründlich geklärt werden. Wir nehmen das sehr gerne mit.

Weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Ich hatte eine Frage an Herrn Wolgramm gestellt.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, genau das habe ich eben gesagt. Ich gehe davon aus, dass wir das dann in den Ausschüssen noch einmal behandeln. Wir behandeln das ja nicht nur hier. Wir nehmen also die Fragen mit. Wir gehen beide, glaube ich, davon aus, dass das so sein sollte, wie Sie sich das vorstellen. Wir werden das in den Ausschüssen dann klären.

Gibt es jetzt weitere dringende Wortmeldungen? - Dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen.

Ich schlage vor, den Abschluss der aktuellen Stunde zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe auf:

### 3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

#### 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

##### 3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Stationäre Pflege in Köln zukunftssicher aufstellen“ AN/1928/2022

Das Wort hat Frau Böll.

**Mechthild Böll (Bündnis 90/Die Grünen)** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger\*innen, die sich online zugeschaltet haben! Die Versorgung pflegebedürftiger junger und pflegebedürftiger alter Menschen mit oder ohne Behinderung ist eine der großen drängenden Transformationsfragen für die nächsten Jahrzehnte. In den 30er-, 40er- und 50er-Jahren dieses Jahrhunderts werden die alten Menschen zahlenmäßig die stärksten Jahrgänge in Deutschland und natürlich auch in Köln darstellen. Wie wollen diese Menschen dann leben? Wie wollen wir dann leben? Und wie können wir Köln so aufstellen, dass ein gutes Leben für die pflegebedürftigen Menschen in fünf Jahren und in 30 Jahren möglich ist? - Das ist das Thema.

Wenn wir den Status quo betrachten, stellt der Zweite Bericht zur Kommunalen Pflegeplanung in Köln fest, dass schon jetzt eine große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage an Pflegeplätzen von etwa 1 000 besteht. Der Bericht schätzt eine Angebotslücke von 4 700 stationären Plätzen für Köln im Jahr 2040. Eine ungeheure Zahl!

Wir haben aktuell eine Kumulation von Schwierigkeiten - so möchte ich es einmal nennen -: Der Fachkräftemangel nimmt zu, eine Negativspirale entfaltet gerade ihre Wirkung, und Köln hat eine starke Flächenkonkurrenz für Schulen und Kitas, für Wohnraum, für Gewerbe, für Grünflächen und eben für stationäre Pflegeeinrichtungen. Eines ist





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 13

---

sicher: Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher. Aber wir können auch das Thema pflegerische Versorgung nicht allein mit neuen Pflegeeinrichtungen lösen. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wartet auf Taten.

Schon jetzt scheint das gesellschaftliche Leben mit Blick auf das Generationen-Crossover ein anderes zu sein als noch vor 20 Jahren zum Beispiel. Die verschiedenen Generationen sind im Diskurs miteinander und agieren miteinander. Das könnte einen Ausblick auf ein ganz anderes Miteinander in der Zukunft geben. Inklusion heißt die Vision, zu der wir uns bekennen. Inklusion bedeutet unter anderem, keine Exklusion zu priorisieren und zum Beispiel pflegebedürftige Menschen - egal, welchen Alters - in Pflegeeinrichtungen zu verbannen. Inklusion heißt, das Zusammenleben aller zu gestalten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das ist unsere Aufgabe in der Politik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“, den wir im Gesundheitssektor schon lange haben, zahlt einerseits genau auf dieses Ziel ein und ist andererseits aber mit dem wachsenden Fachkräftemangel immer schwerer umzusetzen. Ohne Pflegeeinrichtungen, die sich auch strukturell entwickeln müssen, werden wir nicht auskommen.

Um den Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir breit denken und neue Formen des Zusammenlebens entwickeln, wo Nachbarschaft eine neue Bedeutung erhält, wo niedrigschwellige Beratung und Lotsenfunktion wirken können, wo die Generationen gegenseitig ihre unterschiedlichen Ressourcen nutzen und nah beieinander wohnen, wo in Neubaugebieten ein Teil der Wohnungen barrierefrei und groß für verschiedene Lebensformen gebaut wird, wo Fachkräfte der Pflege wohnortnah angedockt sind, wo heute Kitas und Schulen entstehen, die so geplant sind, dass nebenan oder obendrüber Pflegeeinrichtungen entstehen mit gemeinsam nutzbaren Räumen, oder die in der Zukunft in Pflegeeinrichtungen umgebaut werden können, oder ganz anderes Innovatives.

Der letzte Bericht zur Kommunalen Pflegeplanung führt diese Art von Betrachtung sehr detailliert durch. Nun gilt es, daraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Dieser Antrag wird mit einem breiten Schulterschluss der hier anwesenden demokratischen Vertreter dieses Rates eingebracht. Das ist sehr gut. Wir möchten sicherstellen, dass ab sofort intensiv Lösungen für den steigenden Pflegebedarf angegangen werden,

und wir fangen mit den Flächen für stationäre Einrichtungen an. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

**Ursula Gärtner (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Köln hat einen dramatischen Mangel an Plätzen in der stationären Altenpflege, auch an Plätzen für jüngere pflegebedürftige Menschen. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Bereits im Juli 2019 hatte der Rat auf unsere Initiative hin einstimmig die Verwaltung beauftragt, insbesondere durch die Bereitstellung von geeigneten Grundstücken diesen Mangel zu beseitigen. Nach mehr als drei Jahren müssen wir feststellen, dass dieser Auftrag bisher zu keinem greifbaren Ergebnis geführt hat. Es kann nicht sein, dass bei einem akuten Versorgungsfall ein Pflegeplatz nur weit außerhalb unserer Stadt gefunden werden kann. Die Folge: Wegen der Distanz droht zunehmende Vereinsamung, was auch die physische und psychische Verfassung verschlechtert. Deshalb müssen wir jetzt erneut aktiv werden. Wir müssen einen Beschluss fassen, der den Verantwortlichen in der Verwaltung mehr Durchschlagskraft in Bezug auf dieses Thema verschafft.

Der Zweite Bericht zur Pflegeplanung der Stadt Köln stellt fest - meine Vorrednerin hat ihn schon zitiert -, dass derzeit circa 1 000 Pflegeplätze in Köln fehlen. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass für 2040 der Fehlbestand etwa 4 700 Plätze betragen wird, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Derzeit bestehen in Köln lediglich Planungen für 221 Plätze. Wenn man berücksichtigt, dass es heutzutage sieben bis acht Jahre dauert, bis eine Pflegeeinrichtung fertiggestellt ist, und dazu bekannt ist, dass eine Einrichtung der stationären Altenhilfe in der Regel 80 Plätze umfasst, wird die Dimension dieser Aufgabe deutlich.

Ebenso wie das Recht auf einen Kindergartenplatz und die aus der Schulpflicht resultierende Aufgabe, in ausreichendem Umfang Plätze in den unterschiedlichen Schulformen bereitzustellen, gibt es auch ein Recht auf einen Platz in einem Pflegeheim. Dies bestimmt § 43 Abs. 1 SGB XI. Es geht nicht darum, diese verschiedenen be-



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 14

rechtigten Ansprüche gegeneinander auszuspielen - dies darf nicht geschehen -, aber wir dürfen uns auch nicht gegenseitig blockieren.

Die Problematik spielt in der öffentlichen Diskussion leider meistens keine besonders große Rolle, aber sobald ein Familienmitglied, jemand aus der Nachbarschaft oder man selbst betroffen ist, zeigt sich die Dramatik dieser Situation. Hilfebedürftig und dann noch aus dem sozialen Umfeld herausgerissen zu sein, ohne regelmäßige Besuchsmöglichkeiten, ist für die Betroffenen selbst und ihre Angehörigen und Freunde dramatisch und eine kaum zu ertragende Situation. Daher benötigen wir einen neuen Antrag mit mehr Durchschlagskraft, und ich freue mich darauf, dass dies gleich durch einen breiten gemeinsamen Beschluss mit dem notwendigen Nachdruck versehen wird.

Die stationäre Pflege in Köln, meine Damen und Herren, muss zukunftssicher aufgestellt werden. Ziel unserer erneuten Initiative ist es, den Trägern der Pflege verstärkt Grundstücke zur Errichtung von stationären Pflegeeinrichtungen anzubieten. Außerdem soll geprüft werden, wie Pflegeeinrichtungen im Rahmen der Bauleitplanung stärker berücksichtigt werden können. Zudem soll die Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, wie auch im Rahmen des kooperativen Baulandmodell mehr seniorengerechter Wohnraum und Wohnraum für Menschen mit Spezialbedarfen auch in kleineren Einrichtungen und eingestreut vorgesehen werden können. Schließlich soll die Verwaltung damit beauftragt werden, bereits bei der Konzeptvergabe für städtische Liegenschaften Einrichtungen des Seniorenwohnens und der stationären Pflege einzubeziehen.

Bei der Pflegeplanung sind die Fehlbedarfe auch auf die Stadtbezirke heruntergebrochen worden. Dies ist bei künftigen Planungsvorhaben zu berücksichtigen. Insbesondere bei der Konzipierung großer städtebaulicher Projekte, wie zum Beispiel Kreuzfeld, die Parkstadt Süd und Hafen Deutz, sollen von Anfang an stationäre Einrichtungen der Altenhilfe und der Pflege vorgesehen werden.

Im Pflegebereich muss dringend etwas passieren. Daher fordern wir die Verwaltung jetzt mit Nachdruck auf, zügig zu handeln und in der Stadtentwicklung mehr Platz für stationäre Pflegeeinrichtungen vorzusehen. Denn in unserer Stadt müssen sich alle Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen wiederfinden - vom Kita- und Schulkind über Studenten, Berufstätige, Familien bis hin zu Senioren und Pflegebedürftigen, gleich, welchen Alters. Es ist nun an der Zeit, nicht nur zu analysieren, sondern konkret zu handeln. Das

sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis  
90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

**Viola Recktenwald (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es herrscht ein Pflegenotstand. Das wird natürlich niemandem hier neu sein. Das Thema wurde hier schon intensiv in der Vergangenheit diskutiert, zuletzt auch bei unserer aktuellen Stunde im Gesundheitsausschuss. Man sollte aber auch nicht müde werden, dieses Thema immer wieder anzusprechen und daran zu erinnern. Schließlich müssen hier dicke Bretter gebohrt werden. Lösungen sind eben nicht schnell und einfach zu finden, sondern es muss immer wieder an den verschiedensten Stellschrauben gedreht werden, damit sich langsam etwas verbessert. Spät dran sind wir allemal.

Bis 2025 fehlen in Köln sieben neue Pflegeeinrichtungen mit 600 neuen Plätzen. Es müssen also dringend neue Einrichtungen geschaffen werden. Die Bereitstellung von Grundstücken zum Bau neuer Pflegeeinrichtungen ist daher ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist auch gut und wichtig, dass dieser Vorschlag von so vielen Fraktionen hier im Rat heute unterstützt wird. Das darf allerdings nicht der einzige Schritt sein. Es müssen auch Anreize geschaffen werden für Träger, diese Einrichtungen zu bauen, sodass es sich hier eben auch wirtschaftlich lohnt oder man entsprechende Fördermöglichkeiten schafft. Natürlich müssen in diese neuen Einrichtungen auch Menschen arbeiten. Es muss also genug Personal vorhanden sein. Zu diesem Thema hat die SPD-Fraktion in der Vergangenheit einige Vorschläge unterbreitet. Es geht beispielsweise um die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen. Diese sollte auch in Teilzeit absolviert werden können. Ein weiterer Punkt ist die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Menschen, die hier eine Ausbildung zur Pflegehelferin oder zum Pflegehelfer absolvieren, müssen auch ein gesichertes Bleiberecht haben. Zuletzt - das ist eigentlich selbstverständlich - braucht es auch gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung. Denn Pflegenden müssen sich auch in der Lage fühlen, diesen Beruf längerfristig ausführen zu können und nicht eben nach wenigen Jahren den Job



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 15

ausgebrannt und desillusioniert wieder aufzukehren.

(Beifall bei der SPD)

Denn eines sollte man nicht vergessen - das habe ich, als ich selbst lange als Pflegehelferin gearbeitet habe, gemerkt -: Das ist auch ein Job, der sehr spannend, sehr dankbar und vor allem auch wahnsinnig bereichernd ist. Deshalb sollten wir jeden noch so kleinen Schritt in Richtung für bessere Bedingungen für Betroffene und Pflegende gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen  
des Bündnisses 90/Die Grünen und der  
CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Detjen hat das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, eine alte Dame zieht von ihrer 90 Quadratmeter großen Wohnung in eine Wohnung mit stationärer Pflege von 40 Quadratmetern. In ihre alte Wohnung kann nunmehr eine Familie mit zwei Kindern einziehen. Das heißt, mit einer senioren-gerechten Wohnung können Sie fünf Menschen erfreuen. Das ist meine Vision, um das Problem zu lösen.

Wenn wir jetzt dieses Thema aufmachen, dann konkurrieren wir automatisch mit Schulen, mit Kitas, mit Sozialwohnungen etc. Das heißt, wir brauchen neue Lösungen und nicht nur die Fixierung auf die Flächen. Ich glaube nicht, dass das funktionieren wird. Wenn wir sagen, wir wollen im Rahmen von der Quartiersentwicklung erreichen, dass wir dort stationäre Pflege anbieten in dann nicht so gigantischen Pflegeheimen, sondern vielleicht klein - 50 -, können wir dieses Problem lösen, weil diese alten Menschen gerne aus ihren großen Wohnungen ausziehen wollen, und zwar auch aus Kostengründen; das ist ganz klar. - Aber wohin sollen und wollen sie? Es ist oft das Problem, dass sie keine adäquate Alternative haben. Sie werden dann auch nicht weniger zahlen, sondern wahrscheinlich - weil es dann neu gebaut ist etc. - werden sie für die 40 Quadratmeter genauso viel zahlen wie für die 90 Quadratmeter. Das sind Probleme, mit denen wir uns real auseinandersetzen. Wenn wir das alternativ in diese Flächendiskussion bringen - das müssen wir machen, das ist gar nicht die Frage -, wird das das Problem nicht lösen.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben eine Vorlage übersehen. Am 22.09. gab es im Sozialausschuss eine Vorlage, in der gesagt wird: Es fehlen uns 7 905 Plätze in der stationären Pflege. Das ist die neue Zahl. Wir beziehen uns in unserem Antrag auf den Zweiten Pflegebericht, der aber schon etwas veraltet ist. Es sind inzwischen rund 7 900 fehlende Plätze. Dafür müssen wir meines Erachtens intelligente Lösungen finden und somit auch mit der Wohnungswirtschaft und mit der Sozialverwaltung sprechen.

Ich würde auch nicht die Frage trennen, ob es um ambulante oder stationäre Pflege geht. Frau Böll, das ist ein bisschen bei Ihnen angekommen, aber ich glaube, Sie haben es nicht so gemeint. Wir dürfen nicht zwischen ambulant und stationär trennen. Wir sind bei der ambulanten Pflege bereits bei 43 Prozent oder zumindest gigantisch viel im Gegensatz zu anderen Kommunen. Wir sollten aber schauen, das noch ein bisschen auszubauen, um den Druck herauszunehmen. Wir haben pro Stadtbezirk nur eine halbe Stelle als Betreuung für die ambulante Pflege. Das müssen wir ausbauen. Wir müssen dort die Angebote für die ambulante Betreuung auf jeden Fall noch einmal verbessern. Das wären meine Überlegungen, wie wir dabei vorwärtskommen können.

Der dritte Gedanke ist: Wir müssen auch mit den Kirchen reden. Die Baulandkommission hat darauf hingewiesen, dass 2019 - das ist schon lange her - die Kirchen gesagt haben: Wir sind bereit, Flächen bereitzustellen. - Wer sich ein bisschen mit Köln auskennt, weiß, dass die katholische Kirche sehr viele Flächen hat, und zwar auch in der Innenstadt, und die Innenstädte werden neu entwickelt. Insofern müssen wir auch darüber nachdenken.

Das ist meine Vision. Das ganz klassisch wie bei Schulen usw. zu machen, wird, glaube ich, nicht funktionieren. Daher bitte ich darum, einfach darüber noch einmal nachzudenken, weil es anders nicht funktionieren wird, an der Front eine neue Schwelle aufzubauen, wo man sagt: Hey, da passiert etwas, da können wir etwas erreichen. - Aber nicht in Konkurrenz zu Kitas und Schulen, denn es ist ganz klar: Die Kinder machen mehr her als ein Senior wie ich zum Beispiel. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.



**Jennifer Glashagen** (Volt): Herzlichen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Einen schönen Gruß an alle, die mich hören können! Wir wollen ehrlich sein: Das große Problem in der Pflege, den Personalnotstand, lösen wir mit diesem Antrag nicht. Darauf wurde eben auch schon einmal hingewiesen. Wir brauchen dringend mehr Pflegekräfte, bessere Bezahlung und humanitäre Arbeitsbedingungen.

Unser Handlungsspielraum hier in diesem Bereich im Rat der Stadt Köln ist aber eingeschränkt, wir nehmen aber unseren eingeschränkten Handlungsspielraum und unsere Pflicht sehr ernst; denn wir können jetzt politische Voraussetzungen dafür schaffen, um wenigstens das Platzangebot für Pflegebedürftige an die Realität anzupassen. Denn Köln ist Heimat für Menschen in allen Lebensphasen, und das muss auch in Zukunft so bleiben. Nur weil ich alt werde, heißt das nicht, dass ich aus meinem Zuhause wegmuss. Wir kennen alle den Satz „Einen alten Baum verpflanzt man nicht mehr“. Damit ist auch gemeint, dass er nicht aus seinem Veedel darf.

Mit unserem Antrag reagieren wir auf eines der größten Probleme rund um das Thema Pflege und Alter und appellieren gleichzeitig noch einmal deutlich an die Verwaltung: Es braucht dringend mehr Tempo in diesem Bereich! Als ich selbst beruflich 2014 das erste Mal mit diesem Thema Pflegeplatzbedarf in der Stadt Köln in Berührung gekommen bin, war damals schon klar: Der Bedarf ist höher als das Angebot, und es braucht mehr Fläche, um das Angebot anzupassen.

Danke, Herr Detjen, dass Sie eben darauf hingewiesen haben: Die Schätzungen damals waren sogar noch niedriger als im jetzigen Bericht, der uns vorliegt, und die sind schon nicht mehr aktuell, sondern veraltet. Deshalb ist dieser Antrag hier so wichtig, damit wir einen fundamentalen Stein für eine zukunftsfähige Versorgung aller Menschen sicherstellen können. Wir sorgen damit also dafür, dass ältere Menschen, aber auch Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf unsere Stadt weiterhin bereichern können und bis zuletzt auf städtischem Gebiet gut versorgt und zufrieden leben.

Da der Platz in dieser Stadt aber einfach sehr begrenzt ist - auch das haben wir gerade eben schon mehrfach gehört - und wir natürlich auch möglichst wenig versiegeln möchten, setzen wir von der Volt-Fraktion ganz besonders auf generationsübergreifendes Leben. Denn das ist nicht nur aus diesen beiden Aspekten wichtig, sondern auch für die Person, die es betrifft. Und es betrifft

sehr viele. Insofern möchten wir auf die Prüfung von Kombinationsprojekten von Pflegeeinrichtungen und Kitas hinweisen; denn daraus profitiert mehr als nur eine Generation.

Das Weitere, was wichtig ist: Es geht nicht nur um die generelle stationäre Pflege, da die meisten Menschen in der Pflege bisher zu Hause betreut werden. Das wird auch in Zukunft so sein. Wir werden diese ambulanten Pflegeangebote nicht so ausbauen können, dass wir den kompletten Bedarf sicherstellen können, sodass viele Angehörige zu Hause pflegen müssen und es auch weiterhin tun werden. Deshalb ist die Kurzzeitpflege so elementar wichtig. Auch diese muss mehr bedacht werden beim Ausbau der stationären Pflege, damit die Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen können und wollen, das auch weiterhin leisten können. Damit wir das schaffen, danke ich dafür, dass die Verwaltung jetzt auf jeden Fall Tempo machen wird. - Danke.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann, wünschen Sie auch das Wort?

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]:  
Nein!)

Dann spricht jetzt Frau Hoyer.

**Katja Hoyer** (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Der vorliegende Antrag macht zwei große Dilemmata deutlich: zunächst das Dilemma, dass wir viel zu wenig Pflegeplätze für die Kölner Bevölkerung haben, und zwar für junge und alte Menschen, wie das richtig hier beschrieben wird. Wir laufen sehenden Auges in ein Riesenproblem, das uns in den kommenden Jahren vor enorme Schwierigkeiten stellen wird.

Das zweite Dilemma stellt sich meiner Partei. Die FDP-Fraktion ist sich in der Zielsetzung mit den Antragstellerinnen und den Antragstellern absolut einig: Wir müssen handeln, um einen Pflegenotstand abzuwenden bzw. zu mildern. Aber die Instrumente, die Sie in Ihrem Antrag vorschlagen, um die Situation zu verbessern, können wir leider nicht unterstützen. Konzeptvorgabe, kooperatives Baulandmodell, Erbbaurecht - Sie wissen, das sind nicht die Favoriten der Liberalen.

(Lukas Lorenz [SPD]: Schade!)





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 17

- Ja, aber wissen Sie was? - Das Schöne ist, dass hier jeder seine Favoriten selbst wählen kann.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, deswegen werden wir auch nicht als Antragsteller auftauchen. In der Abstimmung am Ende werden wir uns deswegen auch enthalten. Die Zielsetzung ist richtig, aber die Instrumente sind nicht die der FDP-Fraktion.

Wir haben uns, glaube ich, in der Vergangenheit auch schon bewiesen, wie wichtig uns dieses Thema ist. Wir haben 2019 - die Kollegin Gärtner hat es gerade angesprochen - natürlich Ihren Antrag damals zur besseren Versorgung von Pflegeplätzen unterstützt. Meine Damen und Herren, Eile ist geboten! Das letzte Mal - wir haben uns damit 2019 beschäftigt - ist schon eine ganze Zeit her. Wie heißt es doch so treffend in der Begründung des vorliegenden Antrages:

Wir müssen feststellen, dass sich seither kaum etwas getan hat.

Es hat sich nicht viel in der Bereitstellung getan, das haben wir gesehen. Und wenn man sich die demografische Entwicklung anschaut: Im Jahr 2019 lebten noch 59 354 Bürgerinnen und Bürger in Köln, die über 80 Jahre alt waren, doch die Prognosen gehen davon aus, dass es 2040 bereits 75 300 sein werden. Wir können davon ausgehen, dass viele von ihnen auf Pflege angewiesen sein werden - Pflege, die auch nicht mehr in den eigenen vier Wänden geleistet werden kann. Deshalb ist es richtig, dass wir bei der Entwicklung neuer Stadtteile wie Kreuzfeld Pflegeeinrichtungen mitdenken. In der Vergangenheit sind solche Fragen der sozialen Infrastruktur gern vergessen worden. Hier müssen Verwaltung und Politik gemeinsam an einem Strang ziehen. Das gilt ressortübergreifend für Soziales, Gesundheit und Stadtentwicklung. Die Bereitstellung von Pflegeplätzen ist nämlich nicht nur ein Thema für den Sozial- und Gesundheitsausschuss, sondern auch für den Stadtentwicklungsausschuss.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich hoffe, dass die Antragstellerinnen und die Antragsteller auch den StEA meinen, wenn Sie davon sprechen - ich zitiere sinngemäß -, dass dieses Thema gegebenenfalls auch in weiteren Ausschüssen vorgestellt werden sollte.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen im StEA, auch Sie werden älter. Und wenn es in diesem Tempo so weitergeht, dann stehen Sie später selber einmal vor der Frage: Wo kriege ich denn meinen Pflegeplatz?

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Neben der Errichtung von Pflegeheimen in neuen Stadtteilen ist der FDP-Fraktion aber auch ganz wichtig, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um in den angestammten Veedeln neue Pflegeplätze zu realisieren. Die Kollegin Böll hat es eben gesagt: Diese Idee, Kindergärten und dann später um eine Pflegeeinrichtung aufzustocken oder in eine Pflegeeinrichtung umzuwandeln, halten wir für eine sehr gute Idee, wir würden das auch gerne unterstützen. Denn erstens erfolgt die Entwicklung von den neuen Stadtteilen bekanntermaßen nicht von heute auf morgen. In der Innenstadt ließen sich hingegen schneller Pflegeplätze schaffen, und da brauchen wir wirklich jeden Platz. Die kleinen Lösungen, Herr Detjen, sind auch wichtig. Wir brauchen nicht nur die großen Einrichtungen, sondern wir brauchen alle Einrichtungen.

Zweitens bevorzugen es alte Menschen, in ihrer angestammten Umgebung ihren Lebensabend zu verbringen, also im eigenen Veedel. Frau Glashagen hat es eben schon auf den Punkt gebracht: „Einen alten Baum verpflanzt man nicht“.

Es gäbe neben Pflegekräftemangel und Fachkräftemangel noch viel zu dieser Thematik zu sagen. Ein wichtiges Thema auch unmittelbar in diesem Zusammenhang ist das Thema der Refinanzierbarkeit, was wir eben schon einmal angesprochen haben. Aber das ist kein kommunales Thema, sondern das ist ein anderes Thema. Die Träger kommen im Grunde genommen mit diesen Vorgaben, die es jetzt dazu gibt, gar nicht über die Runden. Wir bleiben dran. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Büschges hat das Wort.

**Matthias Büschges (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum am Livestream! Ohne Frage ist das ein wichtiger Antrag, und wir sind froh, dass Sie genau dieses wichtige Thema heute auf die Tagesordnung gebracht haben; denn so können wir als Stadtrat mehrere Dinge klarstellen und für uns forcieren.

Wir befürworten es ausdrücklich, dass die Verwaltung die entsprechenden Ergebnisse in den Fachausschüssen noch einmal thematisieren wird. Nur



einige Fragen bleiben natürlich offen: Wie stellen Sie sich das vor? Wie soll das in den nächsten Jahren passieren? Wird das Thema ein Thema wie die Schulplatztombola? Woher soll denn das Personal kommen? - Auch das sind Dinge, die man langfristig planen sollte. Gefühlt ist es doch so, dass, wenn man diese Einrichtungen baut, man auch gleichzeitig schon anfangen sollte, das Personal zu suchen und auszubilden. Statt Klimaneutralität 2035 zu forcieren, brauchen wir jetzt noch dringender die Maßnahmen, die einen sozialen Notstand in dieser Stadt abwenden - den Pflegenotstand haben wir bereits -, und genau das, Frau Hoyer, sollten wir als nächsten Schritt abmildern.

Meine Fraktion hält dieses Thema für genauso wichtig wie Sie, und wir hätten uns in dem Fall doch einen klareren und konstruktiveren Austausch mit uns gewünscht; denn wir hätten auch gern unseren Beitrag zu diesem Antrag geleistet. Aber wir sind uns doch alle einig - ob Antragsteller oder nicht -, dass wir Kindergärten und Schulen deutlich schneller als ursprünglich gedacht brauchen. Wir sollten uns spätestens jetzt im Klaren darüber sein, dass wir auch die Einrichtungen für Senioren und pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen viel dringender und viel eher brauchen - vom Personal ganz abgesehen.

Wir werden sowohl die Debatten in den entsprechenden Ausschüssen genau beobachten als auch beobachten, ob und wie Sie dieses Thema weiter vorantreiben, und unseren Beitrag dazu leisten. Wir werden diesem Antrag zustimmen, auch wenn wir Ihre fast schon peinliche Ausgrenzung unserer Fraktion bei so wichtigen Themen weder verstehen noch den Bürgern vernünftig erklären können. Herr Hupke hat in Deutz seine Erfahrung dazu gemacht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Dann Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Diesmal wirklich nur ganz kurz.

Die KLIMA FREUNDE begrüßen diesen Antrag. Ich möchte darauf hinweisen: Ja, den Pflegenotstand haben wir bereits, den Klimanotstand aber auch. Aus Sicht der KLIMA FREUNDE wäre natürlich wünschenswert, wenn bei der Grundstückssuche nicht weiter versiegelt wird. Das gilt

natürlich wie bei allen anderen Bauten auch. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann können wir jetzt über den Ihnen vorliegenden Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Von der FDP. Dann ist bei Enthaltung der FDP so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3.1.2 wurde zurückgestellt.

Ich rufe auf:

#### **3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Livestream attraktiver gestalten - Hörversion einrichten“ AN/1533/2022**

Ich möchte Sie vorab kurz über den Sachstand informieren: Die Verwaltung hat schon länger an einem Audiostream der Ratssitzung als zusätzliches Angebot zum Livestream gearbeitet. Dieses Angebot ist heute Morgen bei der Sitzung mit einem ersten Testlauf gestartet. Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag damit erledigt. Deshalb frage ich die Antragsteller: Soll der Antrag aufrechterhalten werden?

(Matthias Büschges [AfD] nickt)

- Ja. Dann stimmen wir jetzt über die Erledigung des Antrags ab.

(Matthias Büschges [AfD]: Unser Antrag war etwas weitreichender als die Erledigung durch das Ratsradio, Frau Reker!)

- Dann würde ich Sie einmal bitten, das, was Sie als weitergehend empfinden, noch einmal zu benennen.

(Matthias Büschges [AfD]: Sehr gern!)

**Matthias Büschges (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum am Livestream! Schon wieder ist der Livestream Thema einer Ratssitzung, und schon wieder erreicht Sie die Möglichkeit der stetigen Verbesserung dieses in unserer heutigen Zeit so wichtigen Mediums.

Wir sind über die Einrichtung einer Kapitelschnellauswahl im Livestream erfreut, die die einzelnen Vorlagen schnell abrufbar machen - ohne ein Suchen hin und her oder Scrollen durch die Sitzung. Wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen.



Unsere Gesellschaft ist so politisch wie selten zuvor. Das mag daran liegen, dass die Menschen intensiver hinschauen, was die Politik mit ihren Steuergeldern macht. Gerade Köln und die Kölner Kommunalpolitik findet Anklang bei vielen Menschen. Wir wissen, dass wir mit unserem Angebot bisher schon sehr weit sind, aber es geht natürlich noch besser. Wir wollen das Angebot mit unserem Antrag erweitern. Nicht nur die Einrichtung eines Ratsradios, was wir erfreut zur Kenntnis genommen haben, sondern auch die Speicherung und das Abrufen über Podcast-Dienste müssen in der heutigen Zeit einfach drin sein. Während es auf dem Fahrrad - in der KVB weniger - oder sogar im Auto lebensgefährlich sein kann, auf dem Handy oder dem Tablet die Ratssitzungen live oder in der Mediathek zu verfolgen, man aber auch in Sachen Kommunalpolitik auf dem neuesten Stand sein möchte, ohne während der verdienten Freizeit und/oder Arbeitszeit die Ratssitzungen in Gänze anschauen zu müssen, stellen wir hiermit eine Lösung vor.

Der Podcast kann gemäß der Straßenverkehrsordnung auf dem Weg zur Arbeit oder von der Arbeit nach Hause oder auf dem Weg in den Urlaub oder einfach zu Hause auf der Couch gehört werden. Zusätzlich zu der Einrichtung der Hörversion stellen wir uns auch eine Kapiteleinrichtung vor, die - wie aktuell für die Version mit Ton und Bild - das Kapitel-Vorspulen ermöglicht. Wir können damit vor allem Pendler - ob Fahrrad, ÖPNV oder Auto - für die Kommunalpolitik begeistern und für noch transparentere Politik sorgen.

Dieser Antrag geht natürlich zunächst an die Verwaltung als Prüfauftrag; denn wir wollen natürlich wissen, was die Einrichtung und Speicherung der Podcast-Dienste kostet und welcher Verwaltungsaufwand betrieben werden muss.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. Ich weiß, dass es vielen von Ihnen wirklich schwerfällt, unseren Anträgen zuzustimmen. Daher biete ich an - da es auch hier um die Sache geht -, unseren Antrag einfach zu kopieren und in drei Monaten hier wieder einzubringen. Das hat bei den bisherigen Anträgen zum Livestream hervorragend funktioniert. Wir würden auch dieser Kopie zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann stimmen wir jetzt über die Erledigung ab. Wer wünscht, gegen die Erledigung zu stimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-

Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag damit erledigt.

Ich rufe auf:

#### **3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Entzug des Koordinationsauftrags urbane Seilbahnen“ AN/1893/2022**

Ich erteile Frau Syndicus das Wort.

**Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION):** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer\*innen! Heute Morgen habe ich gelernt, dass in den Ratsreden Gedichte nun der große Trend sind, und möchte auch eins zum Besten geben: Rosen sind rot, Veilchen sind blau - was die KVB macht, ist ganz schön mau.

Vor 3,5 Jahren gab es einen Beschluss, ein neues Verkehrsmittel für Köln zu prüfen: das Rheinpendel - eine urbane Seilbahn, die den ÖPNV von Köln zukunftsfähig gestalten soll, möglichst barrierefrei angebunden an bestehende Verkehrssysteme wie U-Bahn und S-Bahn, aber auch eine Verbesserung für den Pendelverkehr außerhalb Kölns darstellen soll, durch Parkhäuser und einfachen Umstieg in die Seilbahn mit Platz für Rollstuhl, Kinderwagen und Fahrrad. Wir halten dies für eine fantastische Idee und freuen uns natürlich über Ergebnisse, die zu dem gleichen positiven Bild kommen. Doch in 3,5 Jahren ist wenig passiert. Zu wenig! Es macht sogar den Anschein, dass es nicht mehr richtig gewünscht ist - trotz einstimmigen Beschlusses des Verkehrsausschusses im Jahr 2019.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werben mit unserem Antrag, gemeinsam dafür einzustehen, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber unsere Versprechen zu halten, dass wir sehen wollen, wie Beschlüsse zügig geprüft bzw. umgesetzt werden. Wir sind den Kölnern und Kölnerinnen Antworten schuldig.

In unserem Antrag zählen wir zwölf gute Gründe auf, weswegen die KVB offensichtlich nicht die richtige Stelle ist: Mitteilungen erfolgen scheinbar auf Nachfrage, Förderrichtlinien werden nicht richtig befolgt, Öffentlichkeitsarbeit ist gleich null.

Hier lohnt sich ein Blick nach Bonn. Die Stadt Bonn informiert ihre Bürgerinnen und Bürger nämlich sehr, sehr umfangreich über die geplante Seilbahn. Sowohl positive Stimmen als auch negative



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 20

Stimmen sind dort aufgeführt. Das kann Köln besser, insbesondere unser Verkehrsdezernat. Wir fordern ordentliche und transparente Prüfung des Rheinpendels - ergebnisorientiert und fair! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Seilbahn in Köln beschäftigt uns in der Tat schon seit geraumer Zeit, und der Weg, der hier bisher eingeschlagen wurde, ist eigentlich ein ganz klassischer, nämlich es entsteht eine Idee, in diesem Fall: Lassen Sie uns mal schauen, ob es hier nicht cool und sinnvoll wäre, eine Seilbahn als Ergänzung zum bisherigen Mobilitätsangebot zu etablieren. - Aus der Idee wird ein Antrag, in diesem Fall der Antrag 0357/2019 im Verkehrsausschuss am 26.03.2019. Hierin ist die Verwaltung aufgefordert worden, gemeinsam mit der KVB eine Einschätzung durch ein externes Verkehrsplanungsbüro einzuholen, inklusive Nutzungsbedarf, Kostenschätzung und weiteren Vorschlägen zur Streckenoptimierung. Es wurde Geld im Haushalt für dieses Projekt bereitgestellt. So weit, so gut - alles im Rahmen des üblichen Vorgehens bei neuen Ideen.

Und dann - so schien es zumindest - ist tatsächlich länger erst einmal nichts passiert. Es gab dann aber die Beantwortung einer Anfrage, 0695/2021 - das können Sie auch alles nachlesen -, in der das weitere Vorgehen skizziert wurde. Es gab dann weitere Vorlagen mit Informationen, zum Beispiel am 05.10.2021, wo auch schon berichtet wurde, dass der Untersuchungszeitraum eingegrenzt wurde. Vorher wurde darüber in einem Fachgespräch berichtet.

Ich möchte auch gar nicht auf alle Ihrer zwölf guten Gründe hier eingehen, aber vielleicht die eine oder andere Sache doch noch einmal geraderücken.

Wenn Sie bemängeln, dass in Pandemiezeiten Informationstreffen als Videokonferenz stattfanden, ist das schon ein etwas schwieriger Vorwurf. Wenn Sie dann auch noch bemängeln, dass sich andere Teilnehmer per Handy von unterwegs zuschalten, glaube ich nicht, dass dafür Verwaltung und KVB etwas können, sondern dass es eher in

den Händen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer liegt, wie sie meinen, sich zuschalten zu müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Präsentation, die damals gezeigt wurde, war übrigens 22 Seiten lang und nicht 3 oder 4, wie Sie geschrieben haben.

Zur Sache mit den Fördergeldern: Auch da gibt es inzwischen Aufklärung, welche Förderrichtlinien wie gelten. Ich glaube, das ist dann auch eher der NVR, der hier als Fördermittelgeber die richtige Adresse wäre, und nicht KVB oder Verwaltung.

Ein bisschen erinnert mich diese Geschichte auch an den Wasserbus, wo wir alle gemeinsam immer sehr hartnäckig sind und schauen, wie wir dort zu den besten Ergebnissen kommen. Und auch nicht jede Idee, die auf den ersten Blick total sympathisch und gut herüberkommt, ist mit einem kurzen Prüfauftrag abgearbeitet, weil wir auch daran interessiert sind, am Ende Ergebnisse zu haben, auf die wir aufbauen können, also fundierte Ergebnisse haben, und nicht weitere Planungen auf der Grundlage von irgendeiner Machbarkeit zu machen nach dem Motto: Das geht schon, und dann schauen wir mal im weiteren Verfahren, auf welche Schwierigkeiten wir stoßen.

Sie bemängeln dann, dass es nach dreieinhalb Jahren noch keine Ergebnisse gibt. Es ist nach dreieinhalb Jahren auch in Ordnung, das zu bemängeln. Aber, wie uns mit der Drucksachennummer 2666/2022 mitgeteilt wird, die entsprechende Vorlage ist im ersten Quartal 2023 dazu zu erwarten. Gut Ding will manchmal Weile haben. Es wird aber auch deutlich: Verwaltung und KVB arbeiten an der Umsetzung des Beschlusses.

Zu einem Zeitpunkt, in dem die Ergebnisse kurz vor der Veröffentlichung stehen, nun quasi hier das Zugpferd zu wechseln, kann aber auch nicht im Interesse dieser Sache sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

Mit welchem Ziel denn? Dass die KVB jetzt alle Unterlagen Herrn Egerer schickt, der die dann an seine Amtsleiterinnen und Amtsleiter weitergibt, und das Projekt neu aufgesetzt wird? - Es ist doch nicht so, dass es keine Ergebnisse gibt. Es mag sein, dass die bisherigen Ergebnisse noch nicht allen gefallen - das kommt manchmal vor -, aber am Ende glaube ich nicht, dass andere Ergebnisse dabei herauskommen, wenn ein anderes Amt oder eine andere Dienststelle das Ganze prüft.





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 21

Wir haben heute Morgen den Stellenplan beschlossen, und auch die Großprojekte wurden hier angesprochen. Wir sehen doch und sind uns bewusst, welchen Workload hier die Verwaltung insgesamt vor sich hat. Es wird am Ende doch nicht schneller gehen, jetzt diese Koordinierungsaufträge von dem einen Träger zu einem anderen zu geben. Selbstverständlich stehen doch auch KVB und Verwaltung in einem engen Austausch. Es handelt niemand hier einfach im luftleeren Raum. Auch die KVB ist ein städtisches Unternehmen, was sich natürlich an Ratsbeschlüsse halten muss.

Von daher bitte ich Sie: Lassen Sie uns doch die Ergebnisse im nächsten Frühjahr abwarten, und dann lassen Sie uns gemeinsam bewerten, um dem damaligen Antrag aus dem Verkehrsausschuss gerecht zu werden, und dann schauen wir gemeinsam, wie nicht nur die Seilbahn, sondern dann auch der Wasserbus einen sinnvollen Beitrag zur Mobilitätswende in der Stadt leisten können. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Nein. Dann hat Herr Lorenz jetzt das Wort.

**Lukas Lorenz (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache das vom Platz aus. Wir als SPD-Fraktion werden diesen Antrag ablehnen, weil wir nicht glauben, dass die Machbarkeitsstudie in dieser Größe und in dieser Zeit, die jetzt veranschlagt worden ist, in irgendeiner Weise schneller abgearbeitet werden würde, wenn diese Vorlage an die Verwaltung gehen würde. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Dann hat jetzt Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das auch vom Platz aus. Zunächst einmal möchte ich gern den Ausführungen von Herrn Hammer danken. Er hat sich die große

Mühe gemacht, die Genese darzustellen. Letztlich geht es aber in diesem Antrag um den Entzug des Koordinierungsauftrages.

Wir werden dem Antrag auch nicht zustimmen können. Ich glaube einfach: Es ist in 3,5 Jahre alles bearbeitet worden. Jetzt muss man noch abwarten, was da kommt. Ich denke, wenn man zwölf Punkte aufführt, hätte man das vielleicht auch im Verkehrsausschuss bei Gelegenheit noch einmal nachfragen können und muss nicht im Rat jetzt einen Antrag stellen, um der KVB diesen Auftrag zu entziehen. Das halten wir nicht für zielführend; denn eine Seilbahn macht auch nur dann Sinn, wenn sie Teil des ÖPNV ist und mit den Haltepunkten des ÖPNV verknüpft ist. Die KVB kann am besten abschätzen, wo die Potenziale für die Haltepunkte bzw. die Verknüpfungen mit Bus und Bahn bestehen. Deswegen warten wir die Ergebnisse ab, und dann können wir gerne darüber diskutieren. Für die Zukunft wäre es, glaube ich, auch wichtig, einfach im Verkehrsausschuss - wenn wirklich schon alles im Auftrag ist - entsprechend die mündliche Nachfrage zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen, den bitte ich um sein Handzeichen? - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Frau Gabrysch. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Energiekosten reduzieren - Klimaschutz voranbringen: Photovoltaikanlagen für von kulturellen, sozialen und Sportvereinen sowie Trägern genutzten Gebäuden“**  
**AN/1927/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD und Volt**  
**AN/2014/2022**

Ich gebe Herrn Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Kolleginnen und Kollegen und alle, die uns zuschauen! Ich kann quasi ein Stück weit nahtlos an die aktuelle Stunde anknüpfen und an



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 22

---

das, was ich dort bereits gesagt habe. Wir wollen mit all den Themen, die wir dort aufgeführt haben, ernst machen, insbesondere zum einen mit der Bekämpfung des Klimawandels und zum anderen der Solidarität bzw. der Entlastung von denen, die im Moment besonders belastet sind und unser soziales Leben hier in Köln am Laufen halten. Da sind wir auch genau beim Thema, das sich heute quasi parallel gleich am Ottoplatz abspielen wird: „Solidarisch in der Energiekrise“. Insofern passt das, glaube ich, heute an diesem Tag ganz wunderbar.

Vor fast zwei Wochen haben wir den Antrag mit der Überschrift „Energiekosten reduzieren - Klimaschutz voranbringen: Photovoltaikanlagen für von kulturellen, sozialen und Sportvereinen sowie Trägern genutzten Gebäuden“ eingebracht. Worum geht es dabei ganz konkret? - Wir erleben gerade, dass viele dieser Einrichtungen unter dem enormen Kostendruck, der aufgrund der Energiekrise entsteht, leiden, gleichzeitig Immobilien selbst bewirtschaften oder sogar in ihrem Eigentum haben und dementsprechend auch mit diesen Kosten ganz unmittelbar belastet sind.

Jetzt können wir - das haben wir heute vereinbart - natürlich finanziell entlasten. Noch besser wäre es, wenn diese Kosten gar nicht in vollem Umfang entstehen würden. Insofern macht es Sinn, auch dem Beispiel anderer Städte - darauf komme ich gleich noch - zu folgen und zu sagen: Die werden bei unseren bereits angestoßenen Programmen zur Ausstattung der Dächer mit Photovoltaikanlagen bevorzugt, sofern sie sich denn in städtischem Eigentum oder von der Gebäudewirtschaft oder auch anderen Ämtern bewirtschafteten städtischen Gebäuden befinden. Oder sie bekommen eine Unterstützung, wenn sie auf eigengenutzte Gebäude entsprechende Anlagen setzen. Denn das, wie gesagt, wird diese Unternehmen bzw. diese Einrichtungen ganz konkret finanziell entlasten und uns nicht vor die Herausforderung stellen, ihnen zusätzliches Geld aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Zudem wird der Klimawandel, wie schon gesagt wurde, entsprechend bekämpft.

Ein Best-Practice-Beispiel dafür gibt es. Vielleicht ist es Zufall, dass es eine sozialdemokratisch regierte Stadt ist, aber ein gutes Beispiel ist die Stadt Dortmund, der man folgen kann. Die setzt nämlich genau dort an und fördert über die städtischen Immobilien hinaus Photovoltaikanlagen auf Vereinsgebäuden mit bis zu 50 Prozent der Anschaffungskosten durch öffentliche Mittel. Das, entlastet, wie gesagt, gleichzeitig dann mittelfristig und langfristig bei den Energiekosten selbst. Ein solches Programm können wir uns auch für

Köln vorstellen. Aber Sie haben schon gesehen - auch das spiegelt der Änderungsantrag, dem wir beigetreten sind, wider -, dass wir sagen: Bei all dem, was wir im Moment sowieso schon an Mitteln bereitstellen, sollen Objekte mit entsprechend sozialen Einrichtungen bevorzugt und zuerst ausgestattet werden, um diesen Effekt zu erzielen. Darüber hinaus braucht es ein Programm - ähnlich wie für den privaten Häuslebauer -, bei dem entsprechende Einrichtungen unterstützt werden.

Im Übrigen: Alle relevanten Akteure, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei der RheinEnergie und bei anderen, die sich mit dem Thema auskennen, finden diese Idee durchaus charmant und unterstützen das.

Ich möchte auch noch einmal betonen, dass wir - wenn ich das richtig wahrgenommen habe - all diesen Institutionen, auch im Rahmen der Kundgebung, die hier auf dem Theo-Burauen-Platz vor einiger Zeit stattgefunden hat, bei der die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände auch genau auf diese Thematik hingewiesen hat, entsprechende Unterstützung zugesagt haben.

Hinsichtlich der Beratung zur Infrastruktur - das ist das dritte Element im Antrag - haben wir Treffpunkt Solar bei der RheinEnergie genannt. Auch das ist etwas, bei dem wir, glaube ich, noch besser und umfangreicher unterstützen können und wollen.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Alles in allem meinen wir, damit einen sehr guten und zielführenden Beitrag für verschiedene Zielsetzungen zu leisten, gleichzeitig aber auch für unseren sozialen Zusammenhalt hier in der Stadt zu kämpfen bzw. dies zu verbessern. Insofern haben wir das auch in Verabredung mit den anderen Antragstellern des Änderungsantrags gerne noch einmal sprachlich verändert, sind aber vielleicht nicht ganz glücklich darüber, dass das auf die Zeitschiene bis Mitte 2023 gesetzt ist, weil wir uns ein etwas ambitioniertes Ziel vorstellen können. Aber das würden wir erst einmal als Endpunkt sehen. Wir wissen, die Dinge brauchen immer eine Zeit, und würden uns sehr wünschen, dass heute eine breite Mehrheit diesem Antrag zustimmt. Ich freue mich - das will ich auch noch einmal ausdrücklich sagen -, dass diese Idee jetzt auch vom Ratsbündnis aufgegriffen wurde. Das geht nicht mit allen Anträgen, die wir stellen. Insofern herzlichen Dank, dass das hier auch wirklich zu einem gemeinschaftlichen Handeln geführt hat und wir jetzt gleich auch in diesem Sinne gemeinschaftlich diese Zeitschiene verabschieden, aber vielleicht mit der Bitte an die Verwaltung, auch im eigenen Interesse zu schauen, dass wir das so



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 23

---

schnell wie möglich hinbekommen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Schlömer das Wort.

**Ursula Schlömer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal freue ich mich, dass in der Zwischenzeit - basierend auf dem Ursprungsantrag und unserem Änderungsantrag - ein gemeinsamer Ersetzungsantrag entstanden ist und wir einen breiten Konsens für unsere Intention finden konnten. Es ist ein gutes Signal in die Stadtgesellschaft, dass wir bei diesem extrem wichtigen Thema alle oder zumindest fast alle an einem Strang ziehen.

Vor zwei Tagen hat die Stadtverwaltung das Fachgutachten zur Erreichung der Klimaneutralität 2035 vorgestellt. Das Gutachten zeigt auf, dass eine gewaltige Aufgabe vor uns liegt und dass neben dem Verkehrssektor das größte Potenzial zur Reduktion der Treibhausgase im Bereich der Energieerzeugung liegt. Das heißt, wir müssen hier in Köln den Ausbau der erneuerbaren Energien - allen voran Photovoltaik - massiv und zügig voranbringen. Hierbei sind alle Akteur\*innen gefordert: Politik und Verwaltung, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft. Von daher ist es richtig, nicht nur Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden in den Fokus zu nehmen, sondern auch Sportvereine sowie kulturelle und soziale Träger bestmöglich bei ihren Projekten zum PV-Ausbau zu unterstützen. Es macht dabei wenig Sinn, einzelne Gruppen von Bauherren vorzuziehen. Vielmehr sollten die PV-Vorhaben mit dem größtmöglichen Solarertrag priorisiert werden. Das heißt, die entsprechenden Maßnahmen aus dem vorliegenden Fachgutachten sollten vorgezogen werden.

Wie gesagt, wir möchten die sozialen und kulturellen Träger, die Sportvereine und sonstigen Institutionen gezielt unterstützen. Wir benötigen hierzu aber kein neues Förderprogramm. Es gibt bereits das Programm „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien“ sowie für den Bereich der Sportvereine die Sportförderrichtlinie. Die betreffenden Fördertöpfe stehen selbstverständlich auch den Trägern und Vereinen offen - genau wie allen anderen Bauherren.

Mit dem Treffpunkt Solar der RheinEnergie gibt es bereits genau das richtige Instrument, um auch die sozialen und kulturellen Träger, die Sportvereine und sonstigen Institutionen zielgerichtet zu beraten und über die für sie infrage kommenden existierenden Fördertöpfe zu informieren. Hierzu benötigen wir übrigens kein weiteres Konzept, das Eckpunkte darstellt, sondern wir müssen so schnell wie möglich und effektiv in die Umsetzung kommen.

Noch eine kurze Anmerkung zu Punkt 1 des Ersetzungsantrages: Wir halten es für sinnvoll, dass der genannte Sachstandsbericht nicht dem Rat, sondern den beiden involvierten Fachausschüssen vorgelegt wird, damit dort die fachliche Debatte geführt werden kann. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Henk-Hollstein das Wort.

**Anna-Maria Henk-Hollstein** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die uns am Bildschirm oder auch hier auf dem Zuschauerrang verfolgen! Liebe Kollegen der SPD, lieber Christian Joisten, der Versuch, mit einem Sprung noch auf den fahrenden Zug, den Grüne und CDU bereits in der letzten Wahlperiode, nämlich im Jahr 2019, auf den Weg gebracht haben, aufzuspringen, ist sicherlich nicht strafbar. Insofern finde ich es gut, dass wir jetzt gemeinsam an einem Strang ziehen und ihr mit uns gemeinsam jetzt auf dem Weg seid, diesen Änderungsantrag bzw. diesen Ersetzungsantrag gemeinsam zu tragen. Denn wir haben, nachdem ihr mit diesem Antrag gekommen seid, unseren damaligen Antrag aus 2019, aber auch den, den die SPD-Fraktion formuliert hat, entsprechend weiterentwickelt. Diese Weiterentwicklung haben wir nun in einem breit getragenen Antrag hier vorliegen. Den - das hat die Kollegin gerade schon deutlich gesagt - möchten wir in den beiden Fachausschüssen beraten wissen.

Lassen Sie mich bitte - weil es auch gerade so deutlich gesagt worden ist - noch mit zwei Sätzen auf den Kollegen Zimmermann und seine Äußerung heute Morgen bei den Haushaltsplanberatungen eingehen. Da wurde nämlich gesagt, dass es doch überhaupt kein Problem sein könne, dass ganz schnell auf allen Kölner städtischen Dächern Photovoltaikanlagen aufgesetzt werden könnten.



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 24

Sie sind aber nicht per se geeignet. Nicht alle sind per se geeignet. Darüber muss man sich im Klaren sein. Wir diskutieren das bereits seit mehreren Jahren im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Jedes Dach unterliegt einer sogenannten Einzelfallprüfung. Das hat etwas mit Statik zu tun, das hat etwas mit der Ausrichtung des Dachs zu tun. Das hat aber auch etwas mit Urheberrechten zum Beispiel von Architekten vor allem bei Kulturbauten zu tun. Insofern ist es wichtig, dass hier der entsprechende Fachausschuss auch draufschaut. Deshalb dauert es auch einfach etwas länger, bis auf die Dächer entsprechende PV-Anlagen aufgesetzt werden können.

Wir haben auch das Thema Denkmalschutz. Da sind wir ebenfalls im Austausch. Ich weiß, dass die Verwaltung mit Hochdruck an einem sogenannten Rahmenpapier arbeitet, damit ein einheitliches Vorgehen sichergestellt wird - auch auf denkmalgeschützten Bauten. Das ist das Ziel. Deshalb danke ich noch einmal dafür, dass wir zu diesem gemeinsamen Änderungsantrag gekommen sind und diese Vorlage auch entsprechend im Fachausschuss beraten können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Röhrig.

**Uschi Röhrig (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Den Ersetzungsantrag/Änderungsantrag trägt meine Fraktion mit. Wir werden dem auch zustimmen. Dennoch möchten wir noch einmal sicherstellen, dass alle Maßnahmen des Fachgutachtens „Köln klimaneutral 2035“ in den Fachausschüssen beraten werden und nicht, weil sie vorgezogen sind, bei der Beratung außen vor bleiben. Das finden wir ganz wichtig. Dieses Fachgutachten umfasst etliche Seiten, und das muss natürlich auch hinsichtlich der Photovoltaikanlagen noch einmal genauer durchgearbeitet werden. Es wäre unsere Bitte, dass das nicht außen vor bleibt. Es kommt nämlich so rüber: Die entsprechenden Maßnahmen aus dem Fachgutachten „Köln klimaneutral 2035“ werden vorgezogen. Das sollte schon noch im Ganzen dann auch beraten werden. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Frau Ruffen, bitte.

**Stefanie Ruffen (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Anne Henk-Hollstein hat eigentlich schon das gesagt, was ich sagen wollte: Die Verwaltung macht schon, das Thema ist seit Jahren im Gang. Es gibt weder für den Antrag der SPD-Fraktion noch für den Änderungsantrag eigentlich irgendeine Begründung. Unsere Anträge werden mit dieser Argumentation, die Verwaltung mache das schon, gerne vom Bündnis abgelehnt. Wir haben uns aber entschieden, weil wir es genauso wichtig finden, das einfach zu unterstützen, indem wir zustimmen und sagen: Wir sind natürlich auch dafür, auch wenn wir, wie gesagt, den Antrag hier für überflüssig halten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Cremer.

**Christer Cremer (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause am Livestream! Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil er auch wieder nur ein Herumgedoktere an der allgemein falschen Energiepolitik in diesem Land ist. Sie versuchen, hier im Kleinen zu regeln, was im Großen verbaselt worden ist. Wir hatten das schon in der aktuellen Stunde heute. Da hatte Herr Boyens Ihnen allen, glaube ich, sehr gut dargelegt, woran das in diesem Land liegt. Das kann nicht in Köln geregelt werden. Wir hatten Ihnen in der letzten Ratssitzung einen entsprechenden Antrag vorgelegt, in dem wir die Frau Oberbürgermeisterin aufgefordert hatten, sich an die Bundesregierung und an die Landesregierung zu wenden und dort für eine andere Energiepolitik zu plädieren. Dem sind Sie nicht gefolgt. Das ist sehr bezeichnend. Wie gesagt, Sie versuchen hier nur, an den eigentlichen Problemen unserer Energiepolitik herumzudoktern. Das Wichtigste wäre aktuell, das Energieangebot massiv auszuweiten. Das werden Sie nicht mit den erneuerbaren Energien hinbekommen. Das hatte Herr Boyens, glaube ich, für alle Beteiligten sehr klar heute herausgearbeitet. Von daher werden wir diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)





**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen würde ich gerne jetzt über den Änderungsantrag als Ersetzungsantrag abstimmen, das bedeutet eine Abstimmung. Wer wünscht, gegen diesen Antrag zu stimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag angenommen.

Ich rufe auf:

**3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Nicht der Erhalt von Gebäudestrukturen ist erklärungsbedürftig, sondern ihr Abriss. Rat unterstützt das ‚Abriss-Moratorium‘“ AN/1832/2022**

Ich gebe Herrn Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Baubranche und bei Architektinnen und Architekten wird immer intensiver darüber nachgedacht, wie man alte Gebäude erhalten und dabei einer neuen Nutzung zuführen kann. In Köln wurden in den letzten Jahrzehnten mehrere brachgefallene Industrieflächen in moderne Wohnquartiere umgewandelt. Dabei ist oft nur wenig Bausubstanz aus der industriellen Nutzung erhalten worden. Auf dem ehemaligen Ausbesserungsgelände der Bahn in Nippes ist mit der ehemaligen Kantine nur ein winziger Bruchteil der ehemaligen Struktur erhalten geblieben. Die historische Wagenrichthalle wurde trotz Protest und gegenteiliger Beschlusslage aus der Politik abgerissen. Auf dem Clouth-Gelände konnte eine Halle erhalten werden, die heute Wohnen, Kultur und Freifläche beherbergt. Das ist ein guter Ansatz. Das Beispiel zeigt, dass der Erhalt, die Erweiterung und Umnutzung bestehender Gebäudestrukturen durchaus auch dazu beitragen können, dem neuen Quartier einen eigenen Charakter zu verleihen. Bei der Diskussion um Abriss und Neubau des Justizzentrums hat die Frage des Erhalts und der damit einhergehenden Klimaschutz eine zu geringe Rolle gespielt. Das ist bedauerlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bausektor setzt sehr viel klimaschädliches Treibhausgas aus. Unter diesem Aspekt sollte jeder Abriss genau geprüft werden: Kann die neu angedachte Nutzung auch im alten Gebäude realisiert werden? Kann somit der klimaschädliche Abriss zumindest teilweise vielleicht vermieden werden?

Der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten, die Deutsche Umwelthilfe, die Architects for Future und andere fordern statt Abriss den Erhalt von Gebäuden, Sanierung, Um- und Weiterbau im Bestand. Der Abriss soll unter der Maßgabe der ökologischen und sozialen Verträglichkeit genehmigungspflichtig werden. Bund und Land müssen hierfür den gesetzlichen Rahmen und auch Förderkulissen schaffen, die den Erhalt von Siedlungen und den Weiterbau fördern. Das wäre mit Sicherheit auch für die städtischen Wohnungsunternehmen von großem Interesse. Zudem muss man intensiver darüber nachdenken, ob bestehende Bürogebäude nicht umgebaut und modernisiert werden können. Dafür muss es Förderungen geben, die das attraktiver machen, als es abzureißen.

Meine Damen und Herren, der Mülheimer Süden wird neu entwickelt oder soll neu entwickelt werden, wie man richtigerweise sagen muss. Es wurde schon einmal mit einer großen Tabula rasa angefangen. Viele Industriegebäude, die nicht unbedingt dem Denkmal unterstellt sind, dennoch eine große Historie beinhalten, sind radikal abgerissen worden.

Wir fordern jetzt für die noch bestehenden Strukturen im Mülheimer Süden möglichst viel Erhalt. „Umnutzung vor Abriss“ muss die Devise sein, um das Klima zu schützen und die Geschichte, die Historie dieser Areale zu bewahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt insbesondere, meine Damen und Herren, für das landeseigene Otto-Langen-Quartier und die Bebauung an der Deutz-Mülheimer Straße.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag wird wahrscheinlich gleich verwiesen. Einen wichtigen Aspekt will ich hier noch einmal ganz kurz vorstellen, damit er auch wirklich in Ihren Köpfen verankert ist. Wir wissen, dass das alles nicht von heute auf morgen geht, und wir wissen auch, dass wir dazu noch lernen und Expertise einholen müssen. Deswegen liegt uns besonders am Herzen, dass wir probieren, die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass wir zu diesem Thema eine Fachtagung mit Architekten, mit Umweltschützern, mit Stadtplanern und Bauingenieuren usw. durchführen, was tatsächlich möglich ist.

Die oben genannten Organisationen Umwelthilfe, Architects for Future und der Bund der Architektinnen und Architekten haben Forderungen gestellt. Ich habe sie eben erwähnt - salopp formuliert: Umbau, Erweiterung vor Abriss. Wir würden uns wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen,



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 26

---

wenn die Stadt Köln sich den Forderungen dieser Initiativen anschließt. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch sehe ich jetzt nicht. Herrn Hammer hätte ich jetzt auf meiner Redeliste. - Dann Frau Ruffen.

**Stefanie Ruffen (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Antragstellende! Ich wurde von den anderen gebeten, als Vorsitzende des Bauausschusses kurz einige Worte dazu zu sagen und natürlich richtigerweise den Antrag zu verweisen oder zu beantragen, dass wir diesen in den Bauausschuss übernehmen.

Wir haben einen Fachausschuss. Bevor wir eine Fachtagung machen, sollten wir uns mit diesem Thema, lieber Herr Weisenstein und andere, doch erst einmal fachlich wirklich beschäftigen. Dann können wir solchen Themen mehr Substanz verleihen und wissen auch wirklich, worüber wir reden und welche Möglichkeiten wir auf kommunaler Ebene überhaupt haben.

Hiermit beantrage ich die Verweisung in den Fachausschuss, und zwar in den Bauausschuss. Der ist dafür zuständig. Lassen Sie uns da gemeinsam weiter diskutieren. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Boyens, aber vorher habe ich noch Herrn Kircher auf der Redeliste.

**Jürgen Kircher (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen es einfach so: Der vorliegende Antrag ist in der Sache begrüßenswert, aber ob ein Abriss genehmigt wird, hängt an landes- und bundesrechtlichen Vorgaben. Die Stadt muss auf Grundlage geltender Gesetze entscheiden. Zwar steht im Beschlusstext nicht, dass gar nicht mehr abgerissen werden darf. Die Überschrift suggeriert jedoch etwas anderes. Zudem ist es keineswegs so, dass die CO<sub>2</sub>-Bilanz notwendig besser wäre, wenn nicht abgerissen, sondern aufwändig saniert wird. Im Gegenteil. Wir sehen bei Sanie-

rungen im Bestand oft, dass sehr viele Bauteile entsorgt werden, die eigentlich noch lange hätten stehen bleiben können. Insofern wird auch bei der Sanierung oft CO<sub>2</sub> in großem Stil sinnlos verpulvert. Ich persönlich sehe das gerade an den zwei großen Häusern hier vor unserem Rathaus.

Zusammengefasst: Der Antrag wirft ein Schlaglicht, aber mehr nicht. Er zeigt keine nachhaltige Lösung für das anvisierte Problem der katastrophalen CO<sub>2</sub>-Bilanz im Baubereich auf. Deshalb schließe ich mich der Kollegin Ruffen an, dass wir diesen Antrag dann in den Bauausschuss verweisen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Boyens.

**Stephan Boyens (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht den Antragstellern darum, den Umweltschutz beim Bauen und den Schutz erhaltenswerter Bauten zu verbessern. Grundsätzlich wurde eben auch schon gesagt, das hinter dem Antrag stehende Anliegen sei nicht verkehrt. Warum ist das so? - Der Antrag ist nicht ganz zu Ende gedacht. Ich will Ihnen dazu noch einige Punkte nennen, die Sie einfach wissen sollten.

Ja, es ist richtig, die konventionelle Bauweise, also Stahl und mineralische Stoffe, von Gebäuden ist sehr energieintensiv. Wenn die Zementindustrie der ganzen Welt ein eigener Staat wäre, dann wäre das der Staat mit den drittgrößten CO<sub>2</sub>-Emissionen, also direkt nach China und den USA. Die Hälfte der Energie, die ein Gebäude über seine gesamte Lebenszeit benötigt, verbraucht man schon bei Planung, Bau usw., bis der erste Nutzer überhaupt seinen Fuß über die Schwelle setzt. Diese sehr langen Investitionszyklen im Gebäudebereich bergen in der Tat das Risiko, dort einen hohen Energieverbrauch einzubetonieren oder einzuloggen. Man spricht dabei auch von dem Lock-in-Effekt.

Und - auch das fehlte mir hier komplett in der Argumentation - wenn Sie mit Holz bauen, haben Sie um den Faktor 10 bis 25 niedrigere CO<sub>2</sub>-Werte. Es kommt hinzu: Unsere Gesellschaft wird deutlich mobiler. Insbesondere viele Bauten der Stadt entsprechen bei Fertigstellung aufgrund des extrem langen Vorlaufs, den wir haben, überhaupt nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Deshalb



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 27

sollten Gebäude vielfältig nutzbar und verwendbar sein, multifunktional anstatt Bauen für die Ewigkeit.

Es spricht also sehr viel dafür, das Thema Bauen in der Stadt Köln neu zu denken. Dagegen sind wir überhaupt nicht. Wir werden diesen Antrag gleichwohl ablehnen. Verweisung ist sicher auch ein Weg, aber ich will Ihnen die Gründe sagen, die dafür sprechen, den Denkansatz so, wie Sie es in der Ausführung hier vorgestellt haben, nicht weiterzuverfolgen.

Erstens. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, bereits heute können bis zu 90 Prozent des Bauschutts recycelt werden. Das, was Sie hier aufführen, ist also so nicht mehr die Realität.

Zweitens. Ihr Ansatz - das ist wieder typisch LINKE - atmet den klassischen ökosozialistischen Geist von Planwirtschaft und schafft noch mehr Vorschriften für die Bauwirtschaft. Das ist das Letzte, was wir in dieser Stadt brauchen.

Drittens. Viele Gebäude - gerade hier in Köln - aus den letzten Jahrzehnten sind nur mit extrem hohem Aufwand zu sanieren. Viele davon sind auch unter optischen und ästhetischen Gesichtspunkten nicht wirklich ein Mehrwert. Ich wette Dollars gegen Pfefferkörner, wenn wir die Oper abgerissen und vernünftig neu gebaut hätten, wären wir längst darin und es wäre deutlich günstiger gewesen.

Lange Rede, kurzer Sinn: Dieses ganze Thema lässt sich über Marktanreize deutlich besser und effizienter regeln. Neubau in modularer Holzbauweise ist gerade für viele städtische Bauten, insbesondere Schulen, Kitas, Büros und Werkstätten, die ideale Lösung. In die Richtung müssen wir gehen. Planwirtschaftlicher Zwang zum Erhalt von dysfunktionalen Gebäuden ist der falsche Weg. Wir lehnen diesen Antrag daher ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich jetzt über den Antrag von Frau Ruffen abstimmen, ihn in den Bauausschuss zu verweisen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der Antrag verwiesen. Vielen Dank.

Ich rufe auf:

**3.1.7 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Kölschpreisbremse jetzt!“ AN/1919/2022**

Ich gebe Herrn Hock das Wort.

**Michael Hock (Die FRAKTION):** Liebe Frau Reker! Liebe Kolleg\*innen! Liebe Trinker! Ich versuche, den Poetry Slam, den wir heute hier schon erlebt haben, mit einem Triple noch zu beenden und etwas Lokalkolorit in meine Rede zu bringen.

Stellen Sie sich folgende Situation vor: Ein alter Mann steht vor einer Wirtschaftstür und würde gerne etwas trinken. *Doch dä hätt vill zu winnig Jeld, Su lang hä och zält.* Heute bietet sich mit dem sehr guten Antrag der Die FRAKTION für uns alle eine einmalige Chance - eine Chance, liebe Kolleg\*innen, deren Dimension ich mit ein, zwei Wörtern erläutern möchte.

Heute konnten wir in der *Rundschau* lesen, dass der Kölschpreis deutlich steigt: Für die kommende Session ist von 3 Euro die Rede, die da geknackt werden sollen. Der Bierpreis-Index des Onlinemediums *Verliebt in Köln* zeigt bereits im Juni 2022 alarmierende Steigerungen des Kölschpreises von durchschnittlich 10 Prozent innerhalb eines halben Jahres. Am 06.11., also vor einer knappen Woche, titelte der *Kölner Stadt-Anzeiger*: Karnevals Kölschpreise steigen teils drastisch an.

Am gleichen Tag in der gleichen Zeitung lasen wir auch von selbsternannten Politikanalysten die einigermaßen hohlköpfige Feststellung, die Politik solle keine Erwartungen schüren, die sie nicht erfüllen könne. Die in der Jugend aufkommende Forderung nach einer Dönerpreis-Bremse sei - so die sinngemäß von Jömerpott und Kühnbroder salbaderte Meinung - unrealistisch. Meine Damen und Herren, das ist nicht unrealistisch. In Schwäbisch Hall wurde vorgemacht, wie so etwas umgesetzt werden kann, wie so etwas beschlossen werden kann. Der Gemeinderat dort hat eine 2-Euro-Grenze für die Halben beschlossen. Lassen Sie uns also heute gemeinsam ein Signal setzen! Lassen Sie uns zeigen, was ein in der guten Sache geeinter politischer Wille bewirken kann!

Mein großes politisches Vorbild Christian Lindner hat auf Bundesebene mit dem Tankrabbat aufgezeigt, wie das geht. Auch hier in Köln sind wir zuletzt im Finanzausschuss in Sachen Klüngel- - Klientelpolitik einen guten Schritt vorangekommen. Mit Kulturförderabgaben in sechsstelliger Höhe können bald verdiente Karnevalsvereine ihre Strukturen stärken. Und wer weiß, vielleicht bleibt bei den großzügigen Subventionen auch noch etwas Geld für das eine oder andere Kölsch übrig.

Warum - frage ich, fragen wir - diese Gelddusche nur auf Mineralölindustrie und Karnevalsvereine



beschränken? - Die Klientel der Die FRAKTION, der gemeine Trinker und seine Frau, sind bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden. Hier setzen wir an. Mit städtischen Gutscheinen für die Kölner Jecken und Jeckinnen, die von morgen, dem 11.11., an bis zum Aschermittwoch ausgegeben werden können, hilft die Stadt dort, wo die Hilfe benötigt wird - unmittelbar und bürgernah, beim *ahle Mann* vor der Wirtschaftstür. Die Gutscheine können von gutscheinberechtigten Kölner\*innen direkt in der Wirtschaft eingelöst werden. Sie erhalten dann ein Kölsch für den Preis von 1,11 Euro.

Eine Die-FRAKTION-Expertenkommission hat einen durchschnittlichen Bedarf an drei Kränzchen pro Tag, sprich 33 Kölsch, und bis zu fünf Brauchtumstagen in der Session ermittelt. Wir sprechen also über 165 Gutscheine pro Kölner\*in. Selbst wenn alle Anspruchsberechtigten ihre Gutscheine einlösen, so dürften die Kosten - verglichen mit denen des Tankrabatts oder einem Opern-Bau - im Promillebereich liegen.

Bedenken Sie bitte: Dies ist nicht nur sehr gute Klientelpolitik. Die Kölner Wirtschaft wird es Ihnen danken. Denn die vereinnahmten Gutscheine können direkt bei der Stadt eingereicht und die Differenz von vereinnahmten 1,11 Euro und tatsächlichem Kölsch-Endpreis eingefordert werden. So stärken wir nicht nur die Kölner Gastronomie und setzen Anreize für einen wirtschaftlichen, wünschenswerten Mehrkonsum, sondern wir würdigen auch den verdienten Kölner Ehrenamtler, der in seiner Freizeit in mühsamer Arbeit am Glas das Kölner Brauchtum pflegt und dadurch den sozialen Zusammenhalt im Veedel stärkt. *In d'r Weetschaft es die Stimmung jroß, ävver keiner süht dä ahle Mann.* Keiner. Keiner außer uns.

Abschließend noch zur Finanzierung. Nicht umsonst haben wir eine Finanzierung aus dem Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben - gewählt. Hieraus haben wir am Anfang dieser Ratsperiode die enormen Steigerungen der Fraktionszuwendungen finanziert. Es muss dort reichlich Geld herumliegen. Wir von der FRAKTION sind durch diese Neuregelung sehr, sehr reich geworden. Deswegen kündigen wir bereits jetzt für den natürlich sehr unwahrscheinlichen Fall, dass wider Erwarten unserem sehr guten Antrag nicht zugestimmt werden sollte, an, dass wir eine Soli-Veranstaltung für den Kölner Trinker in unseren Fraktionsräumen veranstalten werden, zu dem alle, die hier nicht zustimmen, nicht eingeladen werden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Also gut darüber nachdenken. In diesem Sinne: Alaaf und *drink doch eine me!* - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch** (KLIMA FREUNDE): Ich möchte gern einen Änderungsantrag zu dem sehr guten Antrag der FRAKTION stellen, und zwar, dass diese Gutscheine nicht in Papierform ausgehändigt werden,

(Vereinzelt Heiterkeit)

sondern dass dafür aus Klimaschutzgründen eine App programmiert wird und das digital stattfindet.

Alternativ - wenn dieser Vorschlag keine Zustimmung findet - möchte ich den Antrag stellen, dass ausgesiente Wahlplakate der Kölner Parteien dafür genutzt werden. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass diese Beiträge auf eine andere Art von Sitzungen gehören. Dafür kommen Sie einen Tag zu früh.

(Lebhafter Beifall)

Aber wenn das gewünscht wird, lasse ich natürlich darüber abstimmen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Jawohl!)

Ich lasse darüber abstimmen - zunächst über den Änderungsantrag. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**3.1.8 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Ein Heinzel am Wörthersee“ AN/1924/2022**





#### Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln) AN/2019/2022

Herr Zimmermann hat das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg\*innen im Saal und Zuschauer\*innen an den Bildschirmen! Ich möchte nicht - auch wenn mein Antrag in der Ursprungsfassung etwas satirisch daherkommt -, dass das jetzt in einen Topf geschmissen wird; denn es geht mir persönlich dabei doch durchaus um ein ernstes Thema: Wie gestaltet die Stadt Köln ihre Städtepartnerschaften oder auch weitere, jetzt neuerdings „privilegiert“ genannte Partnerschaften mit in diesem Fall der Stadt Klagenfurt?

Wir wurden alle etwas überrascht, als wir davon in Form einer Pressemitteilung gehört haben, aber die Geschichte ist etwas älter.

Ich müsste hier einen Lichtbildervortrag halten, es wäre sicherlich auch sehr zur Erheiterung dieses Saales, wenn ich Ihnen - ich sage es einmal jetzt hier so salopp - halbnackte Amtsleiter am Wörthersee zeigen würde oder andere OB-Kandidaten, die Champagnerflaschen stapeln etc. All das können Sie auf Facebook nachschauen, wenn Sie etwas recherchieren. Ich gebe Ihnen auch gerne privat einige Hinweise, möchte das aber jetzt hier nicht in die Öffentlichkeit zerren.

Es geht um Klagenfurt. Was ist Klagenfurt eigentlich für eine Stadt? - Ich zitiere aus der *WELT am SONNTAG* vom 2. Juli 2022. Dort wird der Autor Karim Khani, ein gebürtiger Iraner, der in Berlin lebt und sich am Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb beteiligt hat und deswegen auch Klagenfurt besucht hatte, von der *WELT am SONNTAG* gefragt:

Klagenfurt in 24 Stunden - was ist die To-do-Liste?

Antwort:

Klagenfurt muss man sich vorstellen wie eine norditalienische Stadt, aus der Bayern die Italiener rausgebrüllt haben. Die Straßen sind nach Naziärzten und Kinderschändern benannt. Man bleibt also am besten 24 Stunden im Hotelzimmer und lässt sich Schnitzel liefern.

*WELT am SONNTAG*:

Sie betreiben auch eine Bar in Berlin-Kreuzberg. Wie wild ist das Nachtleben in Klagenfurt?

Karim Khani:

Ich gehe da doch nachts nicht raus. Sind Sie irre?

Es gibt auch ein anderes Buch von Karsten Krampitz. Er war mal Stadtschreiber von Klagenfurt, er hat den Publikumspreis des Bachmann-Wettbewerbs gewonnen und einen *Crashkurs Klagenfurt* geschrieben. Er hat sich in diese Stadt trotz allem wohl nicht verliebt, aber war öfter mal da. Er war auch dann beim Karneval in Klagenfurt vor nicht allzu langer Zeit, 2018, und hat dort über die sogenannten Stadtrichter geschrieben. Das ist auch etwas, was Köln und Klagenfurt verbindet. Es gibt ja einige Sachen; ich habe es schon erwähnt. Es ist übrigens vergessen worden, beide Städte fangen mit K an, und beide Städte haben etwas mit Karneval oder Fasching zu tun.

Über den Fasching in Klagenfurt schreibt Karsten Krampitz:

Klagenfurt. Im Kärntner Fasching machte man sich über Geflüchtete lustig. Sittenbild einer Gesellschaft, die immer weiter nach rechts driftet.

Ich erspare Ihnen das. Das ist wirklich vom Alleruntersten, was dort für Witze gemacht werden. Er zählt das hier auf, und er schreibt aber weiter dazu:

Die „Fröhlichen Stadtrichter zu Clagenfurth“ gehören zu den Honoratioren der Stadt. Sie entstammen den besten Klagenfurter Familien, sind Kaufleute und Unternehmer. In Klagenfurt bilden sie die obere Mitte, wenn nicht gar die feine Gesellschaft.

Das ist der Ort, den sich ein Eventmanager und ein Wirtschaftsclub zum Feiern ausgedacht haben. Sie feiern dort schon seit etlichen Jahren Kölner Abende, Karneval und selbst erfundene Wirtschaftsdialoge etc. Das können sie auch alles machen. Es ist schön warm dort, und man kann dort auch feiern. Sie fotografieren sich, wie gesagt, mit Champagnerflaschen und mit ehemaligen Miss Austrias oder Miss Kärntens etc. Sie können sich das alles bildlich sicher gut vorstellen.

Es spricht aus mir nicht Sozialneid, wenn ich nicht dabei sein möchte, ich gönne das den Leuten auch. Sie können dort feiern, wie sie wollen. Aber warum um Himmels willen entspringt aus dieser



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 30

Mitte die Idee einer Partnerschaft mit der Stadt Köln? Und warum um Himmels willen gibt die Stadt Köln diesem Wunsch, der wirklich nur durch Penetranz jahrelang vorgetragen wurde, dann am Ende nach?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Das ist wirklich sehr eigenartig.

Man muss an der Stelle auch auf die CDU zu sprechen kommen, wenn man sich die ganzen Bilder etc. anschaut. Es geht hauptsächlich um unseren ehemaligen Bürgermeister Bartsch, der das organisiert hat. Inzwischen war Herr Dr. Elster auch dort. Herr Schramma ist dort regelmäßig zu sehen, Herr Rummel ist dort regelmäßig zu sehen etc. Es ist also letztlich offensichtlich, dass die CDU dort stark vertreten ist und sich für diese Partnerschaft einsetzt. Es wird dort später auch ordentlich den genannten Herren gedankt.

Das Internet vergisst nichts und Facebook schon einmal gar nicht. Dort können Sie zum Beispiel auf die Webseite des Rechtspopulisten - ich nenne ihn jetzt einmal so - oder des populistischen Rechten - oder wie immer Sie ihn nennen wollen - Christian Scheider, des Bürgermeisters von Klagenfurt, gehen. Es ist ganz interessant zur Genese: Am 8. Dezember 2021 hatten Sie eine Videobesprechung mit Herrn Scheider, Frau Reker. Das ist auch gut und okay. Aber vielleicht wussten Sie nicht, dass er unter anderem dieses Videogespräch aufgezeichnet und auf Facebook postet. Darum geht es mir auch gar nicht. Das sind Amtshandlungen, die Sie machen müssen, ob Sie das wollen oder nicht. Aber interessant ist dann, wem man dort alles so dankt - nicht nur *Blacky* Schwarz, sondern auch Andreas Skorianz. Der wird dort mit beschäftigt, diese Vertragsvereinbarungen im Dezember 2021 schon mit vorzubereiten. Dem dankt er auch. Andreas Skorianz wiederum: Gemeinderat in Klagenfurt, FPÖ-Mitglied. Es ist also eine durchaus konservative Blase, die wir uns da vorstellen müssen.

Wie gesagt, ich habe nichts gegen private Zusammenkünfte. Aber warum muss das mit einer Partnerschaft und im Buch der Stadt Köln dann auch noch besiegelt werden am Ende?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Es taucht noch eine ganze Menge anderer Dinge auf - nicht nur, dass wir jetzt mitbekommen, dass Hans-Werner Bartsch Duz-Freund von Herrn Skorianz ist, sondern schön ist auch - das zum

Schluss jetzt - die Reaktion von dem Bürgermeister Scheider in Klagenfurt auf die Pressebericht-erstattung in Köln. Herr Görzel, Sie kommen auch darin vor, wenn auch nicht namentlich. Aber Sie haben das kritisiert. - Es sind jetzt wirklich die letzten Absätze dazu. - Es wurde ihm seine Nähe und Freundschaft zu Jörg Haider vorgeworfen. Er antwortet darauf in einem Facebook-Posting:

Meine Freundschaft und jahrzehntelange enge Zusammenarbeit mit Jörg Haider werde ich niemals verstecken oder leugnen. Nein, ich stehe nicht nur dazu, sondern habe vieles von ihm gelernt, was mir heutzutage hilft.

In Richtung Herrn Görzel: Er hatte ein schönes Video auf Facebook gepostet, was die Freien Wähler Herrn Scheider offensichtlich gepetzt haben. Dazu schreibt er am 29.10. auf Facebook:

Und zweitens werden in Köln die Saboteure dieser Zusammenarbeit bereits zum Rücktritt aufgefordert. Gerechtigkeit setzt sich manchmal langsam, manchmal schneller, aber jedenfalls immer durch.

Ich komme zum Schluss. Ich habe einen Änderungsantrag gestellt. Ich wünsche mir, dass diese privilegierte Partnerschaft mit Klagenfurt in Ruhe gelassen wird. Es kann nur eine Bitte sein. Die Bitte richte ich an Herrn Dr. Elster. Er hat immerhin diese feierliche Fantasieurkunde unterschrieben. Ich richte die Bitte natürlich auch an unsere Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin und bitte darum, meinem Änderungsantrag zuzustimmen und den Ursprungsantrag um Himmels willen bitte abzulehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Homann.

**Mike Homann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Kollegen! Wir stehen dieser privilegierten Partnerschaft, wie Sie vernommen haben, zwar kritisch gegenüber, aber wir glauben, dass das hier überhaupt nicht der Raum ist, um darüber zu sprechen. Das sollte tatsächlich die Fachpartie machen. Deswegen würden wir diesen Antrag und auch den Gegenantrag bzw. den Ersetzungsantrag gerne in den AVR schieben und würden das hiermit beantragen.



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 31

Herr Zimmermann, lassen Sie mich nur ein persönliches Wort noch an Sie richten: Ich glaube, es steht dem Kölner Rat nicht gut, so über andere Städte in Europa zu sprechen.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. - Bitte sehr, Herr Cremer.

(Mike Homann [SPD]: Das ist gleichzeitig natürlich der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte!)

- Normalerweise lassen wir immer die Debatte laufen; das haben wir gerade im vorherigen Punkt auch getan. Wir reduzieren jetzt nach dem Geschäftsordnungsantrag die Redezeit auf drei Minuten. Auch das haben wir eben so gemacht, und das klappte auch.

**Christer Cremer (AfD):** Ich brauche auch nicht lange.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und am Livestream! Dieser ganze Antrag atmet wie auch die Diskussionen im AVR wirklich den Geist der deutschen Überheblichkeit einer anderen Stadt und einem anderem, kleinem Land gegenüber, mit dem wir eigentlich in guter Nachbarschaft leben.

(Beifall bei der AfD)

Menschen, die in Österreich zum Bürgermeister oder zum Bundeskanzler oder zum Bundesminister gewählt werden - das folgt alles klaren demokratischen Prinzipien. Und dieses Land hat das Recht der demokratischen Selbstbestimmung. Wir sollten einmal damit aufhören, uns in irgendeiner Art und Weise hier über die kleineren Länder - und da gibt es ja eine ganze Menge, die an uns grenzen - zu stellen.

Aber eine positive Sache hat das Ganze auch: Herr Görzel hat im AVR ja von Klagenfurt als schöner Stadt gesprochen. Ich fühle mich animiert, dort einmal Urlaub zu machen. Vielleicht sollten wir das alle machen und uns ein eigenes Bild machen.

Von daher: Ich glaube, der ganze Popanz, zu dem diese Sache aus gewissen Kreisen in Köln gemacht wird, ist eher ein Tourismuswerbeprogramm für diese Stadt. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lass ich jetzt über den Verweisungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE, Frau Gabrisch, Herr Zimmermann und die FRAKTION stimmen gegen die Verweisung. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Verweisungsantrag angenommen.

Herr Dr. Elster möchte eine persönliche Erklärung abgeben. - Herr Bürgermeister Dr. Elster, bitte.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! *Sine ira* - auch wenn ich den ganzen Tag schon neben ihr sitze, möchte ich doch das eine oder andere hier noch richtigstellen.

Zunächst einmal möchte ich aber das aufgreifen, was Herr Homann dankenswerterweise zu Herrn Zimmermann gesagt hat: Wenn man alles das hier aufzählen würde, was über Köln geschrieben steht, meine Damen und Herren - und zum Teil zu Recht -, dann gäbe es wahrscheinlich kaum einen Grund, mit uns eine Städtepartnerschaft einzugehen. Denn wenn man immer alles das wahrnimmt, was man irgendwo in der Zeitung findet, was wer auch immer über Köln behauptet - das ist schon kritisch. Und ich glaube, man muss auch nicht alles wahrnehmen, was man über Klagenfurt findet.

Ich möchte zum einen richtigstellen: Ich bin zwar in Klagenfurt gewesen, Herr Zimmermann, aber ich war dort in offizieller Vertretung der Oberbürgermeisterin. Ich wurde in das Rathaus von Klagenfurt eingeladen und habe diesen Besuch mit einer Wirtschaftsdelegation der Stadt Köln wahrgenommen. Und wir haben uns ernsthaft in den zwei Tagen, an denen dieser Termin stattfand, über wirtschaftliche Themen und Kooperationen ausgetauscht. Mir ist nicht bekannt, dass ich irgendwo am Würthersee mit Champagnerflaschen abgebildet worden wäre. Das ist ja so suggeriert worden, als ob man dort hinfährt und sich dann mit großen Mengen Champagner irgendwelchen Gelagen hingibt. Die sind mir nicht bekannt geworden. Wenn Sie da Adressen kennen, können wir uns vielleicht nachher austauschen. Falls ich dann das nächste Mal dort hinfahre, würde ich eventuell auch an so einer Party gern teilnehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Insgesamt muss man Folgendes sagen: Man kann natürlich alles satirisch betrachten, aber jetzt Klagenfurt auf eine Stadt zu reduzieren, in der man abends nicht vor die Tür gehen kann, ist natürlich oberbekloppt. Das muss ich einmal ganz ehrlich sagen. Klagenfurt ist ein schönes Städtchen am Würthersee. Das ist übrigens auch eine



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 32

Wirtschaftsmetropole, die den Alpen-Adria-Raum eröffnet. Das sind mehr als 5 Millionen Menschen, die in unmittelbarer Nachbarschaft zu diesem Klagenfurt als Logistik- und Messezentrum sowie Wissenschaftsstandort leben und für uns also ebenfalls Logistik-, Messe- und Wirtschaftsstandort durchaus interessant sind. Wir erschließen nämlich die andere Seite von Europa. Wir erschließen die drei Seehäfen als zentrales Logistikzentrum. - Was ist los?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das ist keine persönliche Erklärung!)

- Das ist meine persönliche Erklärung. Hören Sie einfach zu!

Jedenfalls ist das der Gegenpol zu dem Alpen-Adria-Raum. Wir erschließen hier die Nordseehäfen mit unserer zentralen Logistik. Warum daher diese beiden Städte nicht zum Beispiel auf Messeebene oder auf Logistikebene zusammenarbeiten sollen, erschließt sich mir nicht. Wenn Wirtschaftsorganisationen wie unser Wirtschaftsclub hier in Köln oder andere Wirtschaftsunternehmen diesen Raum für interessant erachten, dann sollten wir als Stadt Köln dem grundsätzlich nicht im Wege stehen.

Ich will das überhaupt nicht verteidigen, ich will nur noch eine Sache sagen: Hätten wir zwei Jahre früher diese Kooperation unterzeichnen können, die ich übrigens nicht selbst unterzeichnet habe, sondern auch in Vertretung der Oberbürgermeisterin - nur damit hier keine Legendenbildung entsteht, das war auch ein OB-Termin, den ich wahrgenommen habe, weil die Oberbürgermeisterin an diesem Tag unpässlich war und diesen Termin nicht wahrnehmen konnte -, wenn dieser Termin, wie eigentlich geplant, zwei Jahre vorher stattgefunden hätte, dann wäre eine SPÖ-Bürgermeisterin hier nach Köln gekommen und hätte diese Unterzeichnung vorgenommen. Hätten Sie dann auch diese Rede vorgetragen, Herr Zimmermann? Hätten Sie dann auch diese Rede vorgetragen?

(Beifall bei der CDU und der AfD - Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln] meldet sich zu Wort)

Wenn man sich jetzt einmal anschaut, wie sich der Rat in Klagenfurt zusammensetzt: Der Stadt senat dort wird von sieben Personen gebildet, davon sind drei von der SPÖ, zwei vom Team Kärnten und einer von der ÖVP. Das heißt, das ist jetzt nicht der Hort des Rechtsradikalismus oder Rechtspopulismus, sondern das ist eine ganz normale Stadt. Und ich glaube, wir sollten anderen

Städten in Europa nicht hier im Rat der Stadt Köln definieren, wie sie zu wählen haben.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich muss jetzt leider hier einmal eine Frage an den Redner loswerden. Ich bin nicht ganz sicher, ob das tatsächlich der Rahmen einer persönlichen Erklärung war, weil wir ja hier schon in die Sachdebatte zu dem Tagesordnungspunkt eingestiegen sind, und genau das war ja eigentlich jetzt der Verweis. Aber ich will oder muss an dieser Stelle, weil das jetzt so vehement verteidigt wurde, doch noch einmal an Herrn Elster als Teil dieses Rates und auch an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Frage stellen, ob wir uns schon darüber einig sind, dass wir irgendwelche Partnerschaften - und wenn sie die Qualität einer Städtepartnerschaft haben - hier in diesem Hohen Haus miteinander besprechen, beraten und am Ende des Tages entscheiden. Das wäre mir jetzt angesichts dieser Einlassung noch einmal sehr wichtig; denn genau das ist ja vor allem unsere Verfahrenskritik, die wir immer wieder geltend gemacht haben - jenseits der Frage, mit wem man das macht. Aber „privilegierte Partnerschaft“ kennen wir nicht. Das soll im AVR diskutiert werden, aber jetzt ist die Frage ja einmal hier aufgeworfen, da bitte ich um Antwort. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir machen keine weitere Rederunde mehr. Ich würde sehr gerne sagen, dass sowohl mein direkter Vorgänger als auch mein Vorvorgänger diese Verbindung aufgebaut haben. Aber ich würde es nur sagen - ich sage es nicht, weil wir keine weitere Rederunde mehr machen. Wir haben darüber abgestimmt, das in den AVR zu geben.

**Christian Joisten (SPD):** Das ist aber nicht die Antwort auf meine Frage.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Was ist es denn sonst als eine Rederunde? Herr Dr. Elster hat eine persönliche Erklärung abgegeben. Das mag Ihnen jetzt gefallen oder das mag Ihnen





## 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 33

nicht gefallen, was er gesagt hat. Wir werden das nacharbeiten, und das wird im AVR aufgearbeitet.

**Christian Joisten** (SPD): Herr Dr. Elster hat eine Einlassung zum Antrag gemacht. Das ist etwas völlig anderes als eine persönliche Erklärung.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Elster hat eine persönliche Erklärung abgegeben. Dass unsere persönlichen Erklärungen nicht allen in diesem Rat gefallen, liegt in der Natur der Sache.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Persönliche Erklärungen sind persönliche Erklärungen. Also, wir haben eben entschieden, dass wir es in den AVR verweisen, und da wird das aufgearbeitet, ganz einfach.

Ich rufe auf:

### 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

#### 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

##### 5.1.1 Benennung des Platzes vor dem Schauspielhaus („kleiner Offenbachplatz“) 2379/2022

##### 10.14 Benennung des Platzes vor dem Schauspielhaus („kleiner Offenbachplatz“)

Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir diesen Tagesordnungspunkt so lang zurückstellen, und würde Sie gerne beauftragen, noch einmal in ein Gespräch mit allen Beteiligten zu gehen, um hier die Sachlage noch einmal entsprechend erörtern zu können. Wir kennen die Beschlusslage aus der Bezirksvertretung Innenstadt dazu. Wir kennen die entsprechenden anderen Gesprächsrunden, die schon stattgefunden haben. Daher ist unsere Bitte: Gehen Sie noch einmal ins Gespräch mit allen Beteiligten und dann mit dem Ergebnis dieses Gesprächs zurück in den Rat.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das wird so aufgenommen. - Vielen Dank.

Dieser Vertagungsantrag sollte jetzt abgestimmt werden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe auf:

### 6 Ortsrecht

#### 6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

##### 6.1.1 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln - Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, hier: Theodor-Heuss-Ring Arbeitstitel: Werbesatzung A der Kölner Ringstraßen - Theodor-Heuss-Ring 1286/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 6.1.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln - Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, hier: Ebertplatz Arbeitstitel: Werbesatzung B.1 der Kölner Ringstraßen - Ebertplatz 1287/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keinen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 6.1.3 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln - Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, hier: Eigelstein Arbeitstitel: Werbesatzung B.2 der Kölner Ringstraßen - Eigelstein 1288/2022



## 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 34

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

### **6.1.4 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln - Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, hier: Hansaring Arbeitstitel: Werbesatzung C der Kölner Ringstraßen - Hansaring 1289/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

### **6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches**

Tagesordnungspunkt

#### **6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung 2023 3283/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **6.2.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln 3202/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **6.2.3 7. Satzung zur Änderung der Zweitwohnungssteuer der Stadt Köln 3586/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

### **6.4 Sonstige städtische Regelungen**

TOP 6.4.1 wurde in der Tagesordnung zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

#### **6.4.2 Gestaltungsbeirat der Stadt Köln; Anpassung der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates 1438/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie StEA, Anlage 7 und Anlage 8. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

### **7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**

Tagesordnungspunkt

#### **7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 3407/2022**

Das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es Gegenstimmen? - Das wird also zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

#### **7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO**

Tagesordnungspunkt

#### **7.2.1 Generalsanierung der Sportanlage Zaunhofstraße in Köln-Meschenich 2077/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch nicht.

Tagesordnungspunkt

#### **7.2.2 Belastungen des städtischen Haushaltes im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen, hier: Bericht auf Grundlage des Buchungsstandes 30.09.2022 3385/2022**

Nehmen wir zur Kenntnis.

Ich rufe auf:



## 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 35

### 10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

#### 10.1 Parkgebührenregelung an E-Ladesäulen 0754/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen wie die Vorlage bzw. wie Verkehrsausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion und Die FRAKTION stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.2 Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene 3. Gleichstellungaktionsplan 2639/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.3 Verlängerung des Projektes „Guter Lebensabend NRW“ 2913/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.4 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung hier: Wirtschaftsplan 2023 3255/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.5 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2023 3283/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.6 Häfen und Güterverkehr Köln AG hier: Änderung von Gesellschaftsverträgen der CTS und DCH 3277/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.7 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2020 - Beteiligungsbericht 2020 3210/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.8 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Neugestaltung des Gürtels einschließlich barrierefreiem Ausbau von 10 Stadtbahnhaltestellen der Linie 13 zwischen Venloer Straße/Gürtel und Berrenrather Straße/Gürtel; 0150/2021

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 7, bzw. Finanzausschuss, Anlage 8. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.9 Weitere Bestellung zum Betriebsleiter bei den Bühnen der Stadt Köln 2377/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von Die FRAKTION. Enthaltungen? - Es enthält sich die SPD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.10 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Theater, Haushaltsjahre 2023-2026 2960/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### 10.11 Kinderoper Köln - Verlängerung der Förderung durch das Programm „Neue Wege“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem



#### **NRWKULTURsekretariat für den Zeitraum 09/2022 - 12/2023 3032/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.12 Bestellung von Herrn Stefan Charles, Beigeordneter für Kunst und Kultur der Stadt Köln, zum Ersten Betriebsleiter der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud 3216/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

TOP 10.13 ist zurückgestellt. TOP 10.14 haben wir eben behandelt.

Tagesordnungspunkt

#### **10.15 Ergänzung des bestehenden Kooperationsvertrages zwischen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln und der Technischen Hochschule Köln 3046/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.16 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule am Standort Helene-Weber-Platz im Stadtteil Neubrück zum Schuljahr 2023/24 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Kurt-Tucholsky-Schule 2228/2022**

Dazu habe ich eine Rednerliste, die mit Herrn Derichsweiler beginnt.

**Max Christian Derichsweiler** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren, auch am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute werden wir entscheiden, ob die Kurt-Tucholsky-Hauptschule ausläuft und geschlossen wird und eine Gesamtschule am gleichen Ort errichtet wird oder nicht. Dies ist keine einfache Entscheidung. Das hat selbst die Verwaltung in ihrer Vorlage und

in den Anlagen deutlich gemacht. Viele Aspekte müssen abgewogen werden. Insbesondere die Situation vor Ort muss berücksichtigt werden. Das heißt, eine einfache, pauschale Antwort kann es hier nicht geben.

Da verwundern die Haltung und Wortbeiträge der Kolleg\*innen der SPD im Schulausschuss schon. Zusammen mit den LINKEN haben sie schon weit im Vorfeld der Erstellung der Vorlage der Verwaltung festgelegt, sie wollen die Schule schließen, und konnten leider bisher nicht mit sinnvollen Argumenten oder Bedenken von dieser pauschalen Vorfestlegung abgebracht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der AfD - Lukas Lorenz [SPD]: So ein Quatsch!)

Stattdessen fahren sie mit der Parole „Gesamtschulen - koste es, was es wolle“ wie ein Bulldozer durch die Kölner Schullandschaft. Wofür steht die SPD an dieser Stelle?

(Lukas Lorenz [SPD]: Wofür stehen die Grünen an dieser Stelle?)

- Darf ich bitte ausreden? - Danke schön.

Kein Faktencheck vor Ort von der SPD, keine sachliche Bewertung der Gegebenheiten, kein Eingehen auf die Stellungnahme der Bezirksregierung, die klar davor warnt, diese Schule zu schließen, keine Berücksichtigung der Stellungnahme der Schulkonferenz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der AfD)

Wir stehen zu der Verantwortung, dass sich in Köln eine nachhaltige Schullandschaft entwickelt. Und ich bekräftige hier noch einmal: Wir wollen neue Gesamtschulen schaffen. Wir sehen das gemeinsame Lernen als zentral für mehr Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit folgen wir unseren Grundsätzen aus unserem Wahlprogramm.

Und wenn du, lieber Oli Seeck, unsere Wahlprogramme zitierst, dann zitiere bitte auch richtig; denn den entscheidenden Passus hast du im Schulausschuss verschwiegen, nämlich - Zitat -:

Wir werden bei Hauptschulen die Entwicklung der Schullandschaft genau beobachten und uns an den Schülerzahlen nach der Erprobungsstufe orientieren,





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 37

um über Schließung oder Erhalt entscheiden zu können.

Das genau machen wir hier und nichts anderes!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wichtig ist: Wir beobachten die Schullandschaft in Köln genau. Dazu gehört, dass wir darauf achten, dass es durch Integration vieler Schüler\*innen zu Bildungsgerechtigkeit kommt und dass die Schere zwischen Arm und Reich sich nicht vergrößert.

(Lukas Lorenz [SPD]: So eine lachhafte Sache!)

- Ja, danke.

Was würden denn eine auslaufende Hauptschule und eine neue Gesamtschule zusammen an einem Standort bedeuten? Was kann man da erwarten? - Ich habe drei Punkte.

Erstens: jahrelang beengte Räume bei doppelter Nutzung. Dies gilt nicht nur für die wenigen naturwissenschaftlichen Räume, sondern auch für die Informatikräume.

Zweitens: keine Oberstufenräume. Wir hinken jetzt schon mit den Schulbauten hinterher. Es ist fraglich, ob das in den sechs Jahren, in denen die Verwaltung sich vorgenommen hat, das hinzubekommen, rechtzeitig fertiggestellt wird.

Drittens: Aufgrund der Situation prognostiziert die Verwaltung sogar selbst, dass es zu einem Aufnahmestopp der Schüler\*innen kommen könnte, also statt 36 neuen Gesamtschulplätzen vielleicht dann doch eher null.

Die Bezirksregierung hat nachvollziehbar vor der Schließung der Hauptschule gewarnt. Wo sollen die Schüler\*innen, die von anderen Schulformen abgeschult werden, denn hin? Und für die sind wir nicht verantwortlich? - Man muss sich doch einmal vorstellen, dass zur Wahrheit auch gehört, dass 10 Prozent der Schüler\*innen von Gesamtschulen abgeschult werden. Wir müssen auch für diese Schülerinnen und Schüler Platz haben, auch ihnen gegenüber tragen wir Verantwortung. Das kann man nicht wegnorieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, welche gravierenden Konsequenzen es hat, wenn die Gründung einer Gesamtschule übers Knie gebrochen wird und unter denkbar schlechten Bedingungen

an den Start geht, wie beispielsweise an der Berrenrather Straße. Solche Entscheidungen wollen wir jetzt und in Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir wollen diese Hauptschule aktuell nicht auslaufen lassen. Diese Schule ist eine gut funktionierende Schule, eine nachgefragte Schule, eine Schule mit einem erfolgreichem Sprachkonzept, die wichtig ist, gerade jetzt für die Beschulung von Geflüchteten, eine Schule, wo in den siebten Klassen viele Schülerinnen und Schüler erfolgreich inklusiv beschult werden. Statt diese gute Schule zu schließen, warten wir gespannt auf die Verwaltungsantwort auf unsere Vorschläge zu anderen Standorten für mehr Gesamtschulplätze.

Daher: Diese Beschlussvorlage beinhaltet nicht die Entscheidung, ob dieser Rat für oder gegen Gesamtschulen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Wer die Abstimmung auf diese pauschale Frage verkürzt, fällt keine sachorientierte, sondern eine ideologische Entscheidung. Wir stehen zu unserer Verantwortung, eine solide und perspektivisch gute Schullandschaft zu entwickeln. Daher fordere ich Sie für meine Fraktion auf, eine sinnvolle, abgewogene Entscheidung zu treffen und die Kurt-Tucholsky-Schule zum jetzigen Zeitpunkt nicht auslaufend zu schließen und so der Empfehlung des Schulausschusses zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

**Dr. Helge Schlieben (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Max Derichsweiler, vielen Dank für die vielen guten, sachlichen und richtigen Argumente, die du hier vorgetragen hast. Es sind Argumente für den Erhalt der Hauptschule an diesem Standort jetzt. Uns war die ablehnende Einschätzung der oberen und unteren Schulaufsicht an dieser Stelle auch wichtig; das darf ich hier auch zur Kenntnis geben, dass wir darüber auch nachgedacht und gerungen haben. Ich möchte im Verlauf meiner Rede an einem passenden Punkt auch noch über das Problem der Teilstandorte und der genutzten Schulgebäude



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 38

reden. Und ich möchte dem Kollegen Max D. ausdrücklich recht geben: Aus der Ablehnung hier und heute zu konstruieren, dass das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt keine Gesamtschulplätze schaffen wollte, dass man insbesondere den Grünen vorwerfen würden, sie würden in dieser Stadt keine Gesamtschulplätze schaffen wollen - das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, armselig, ideologisch verbrämt, dumm und falsch.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis  
90/Die Grünen - Zurufe von der SPD)

- Ja, schreien Sie ruhig, liebe Sozialdemokraten! Es wird jetzt gleich noch besser für Sie.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE  
LINKE])

Schauen wir uns doch einfach einmal Fakten in dieser Stadt an - Fakten, wer denn hier großartige Gesamtschulpolitik in der Stadt gemacht hat und wer nicht. Großzügigerweise habe ich einfach mal mit dem Ende dieser Legislatur die letzten 20 Jahre betrachtet. Ich habe mir die Jahre 2005 bis 2015 sowie die Jahre 2015 bis 2025 angeschaut. Nur zur Erinnerung: In den Jahren 2005 bis 2015 - das ist kein Zufall - hatten wir eine SPD-geführte Stadtverwaltung und ein SPD-geführtes Schuldezernat, wie jetzt auch. Wir hatten eine Mehrheit der SPD im Verwaltungsrat, und wir hatten eine SPD-geführte Mehrheit im Rat der Stadt Köln.

Und was ist das Ergebnis für die Gesamtschulplätze in zehn Jahren? - In zehn Jahren haben die SPD-geführte Verwaltung und der SPD-geführte Rat 443 zusätzliche Gesamtschulplätze geschaffen. Na, das ist ja eine Sensation: 443 Plätze in zehn Jahren!

Wie viele Gesamtschulen sind denn in dieser Zeit neu gebaut worden? - Keine. Keine einzige Gesamtschule ist in dieser Stadt neu gebaut worden. Es gab nur drei Neugründungen. Und wo waren diese drei Neugründungen? - In geschlossenen Hauptschulen, in geschlossenen Realschulen, in Räumen von Förderschulen. Na, das ist ja wirklich einmal eine ganz passable und positive Gesamtschulpolitik, die wir hier gesehen haben!

(Beifall bei der CDU)

Und das wird es mit uns nicht geben. Keine einzigen Neubauten geschaffen bis 2015. Und dann frage ich einmal: Woran liegt denn das? Gab es eine Stärkung der Gebäudewirtschaft? - Mit SPD: Fehlanzeige. Wurde ein Neubau geschaffen? - Mit SPD: Fehlanzeige. Gab es eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen den Dezernaten? - Mit

der SPD: Fehlanzeige. Gab es einen SPD-Oberbürgermeister, der das eingefordert hat? - Fehlanzeige. Gab es eine SPD-geführte Ratsmehrheit, die die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt hat? - Fehlanzeige in diesen zehn Jahren. Gab es „Schulbau first“? - Nein, das war wahrscheinlich „Schulbau last“. Und das können wir nicht mehr machen.

Ich nenne diese Bilanz - 400 Gesamtschulplätze in zehn Jahren - katastrophal.

(Beifall bei der CDU)

In aller Kürze wollen wir aber auch einmal in die Zukunft blicken: Was ist denn von 2005 bis 2025 passiert? Damit wir auch mal die Bilanz von 2015 bis 2020 und die Perspektive bis 2025 sehen, habe ich das für Sie noch mal aufbereitet.

In den Jahren 2015 bis 2020 hat das Bündnis mehr als 400 neue Gesamtschulplätze an den Start gebracht. In dieser Legislatur - zwei Jahre sind vergangen - sind es in diesem Jahr nur 54. Was wird aber im August 2024 passieren? - 400 bis 500 neue Gesamtschulplätze, und nicht an solchen Notkonstrukten, die wir uns hier jahrelang von der SPD-geführten Ratsmehrheit andrehen ließen. Die wird es nicht geben, sondern es werden eine neue Gesamtschule in Nippes - Start im Interim -, eine neue Gesamtschule in Ossendorf - Start im Interim -, eine neue Gesamtschule in Vogensang und Gott sei Dank auch eine neue Gesamtschule in Kalk durch das Erzbistum errichtet.

Das, meine Damen und Herren, wird die Bilanz sein, die wir dann auch bis Ende 2025 haben. Das heißt, wenn ich jetzt Ihre 400 Gesamtschulplätze in zehn Jahren der Bilanz, die wir 2025 haben werden, gegenüberstelle, sind das 1 000 zusätzliche Gesamtschulplätze. Und das sind keine Gesamtschulplätze an drittklassigen Standorten und in heruntergekommenen Schulen, sondern das werden Neubauten sein.

(Zurufe von der SPD)

Und um das noch auf den Punkt zu bringen: Sie haben drei Gesamtschulen ohne Neubauten in Ihrer Zeit errichtet. Die Neubauten haben wir in dieser Legislatur zu Ende gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Darf ich Sie daran erinnern - machen wir es einmal, weil es gerade so schön ist -: Gesamtschule in der Brehmstraße, nennt sich jetzt Gesamtschule Nippes in der Ossietzkystraße, 2010 beschlossen. Wann ist der Neubau fertiggestellt worden? - 2020, zehn Jahre später. Gehen wir



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 39

einmal zu IGIS, so hieß früher die Gesamtschule in der Innenstadt, Beschluss 2014: Der Neubau ist heute noch nicht fertig. Er wird 2024 fertig. Zehn Jahre - das ist doch völlig krank.

Und das muten wir unseren zukünftigen Gesamtschülerinnen und Gesamtschülern nicht zu. Das ist eine Gesamtschulpolitik à la SPD, die es mit uns nicht mehr geben wird. Wir schaffen 1 000 richtige Gesamtschulplätze, und das ist erst der Anfang. Aus Zeitgründen werde ich Ihnen nicht noch sagen, was bis 2027 alles passiert.

Aber Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, und dem Bündnis aus Grünen, CDU und Volt, die genau diesen Weg weitergehen, danke ich für die Unterstützung in der Schulpolitik. - Für Ihre Aufmerksamkeit vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Seck hat jetzt das Wort.

**Oliver Seck (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Leonie, Ayda, Karl, Giulia, Bruno, Sofia, Igor, Mohamed, Amari und Torben - würde ich alle 1 000 Namen der Kinder, die letztes Jahr in einer Kölner Gesamtschule abgelehnt wurden, in diesem Tempo vorlesen, würden Sie, verehrte Frau Oberbürgermeisterin, mir nach diesen 20 Minuten wahrscheinlich die Redezeit sperren. Es hätte aber einen Effekt: Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen, CDU und Volt, würde die Dimension dieses unsäglichen Zustands in unserer Stadt vielleicht endlich bewusst werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Immerhin zwei Minuten - das sind 10 Prozent - kürzer könnte die Auflistung ausfallen, wenn mehr als 100 Kinder einen Gesamtschulplatz bekommen würden. Leider muss ich hier, wie so oft, wieder den Konjunktiv bemühen. Warum? - Weil diese 108 neuen Gesamtschulplätze gleich aktiv von Ihnen verhindert werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wie ernst kann man eigentlich noch Ihre Programme und Aussagen nehmen? Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen, CDU und Volt, was Sie den Kindern und Eltern bei der

„Demonstration der Abgelehnten“ - in Anführungszeichen - auf dem Alter Markt und später im Schulausschuss bzw. hier im Rat gesagt haben?

Jetzt muss endlich gehandelt werden! Es darf keine Denkverbote mehr geben! Das darf sich nicht wiederholen! Wir müssen alles für neue Schulplätze unternehmen!

Mit der aktiven Ablehnung von 108 neuen Gesamtschulplätzen in Neubrück handeln Sie nicht nur völlig unverantwortlich, sondern Ihre Worte von gestern müssen den Betroffenen heute wie blanker Hohn vorkommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nach Rondorf, Zusestraße und Nippes nun also mit Neubrück die nächste Entscheidung aktiv gegen eine Gesamtschule.

Herr Dr. Schlieben hat gerade wunderbar dargestellt, wie rückwärtsgewandt Ihre Politik aussieht, in welche Jahrzehnte Sie zurückgehen, um irgendeine Vorstellung zu suggerieren, wer hier eine Schuld hat. Während die CDU Köln - wie in einer großen Kölner Tageszeitung vorgestern treffend formuliert - in der Verkehrspolitik den Rückwärtsgang eingeschaltet hat, ist sie in Sachen Bildungspolitik - wenn wir im Bilde bleiben - allerdings immer noch in einer Kutsche unterwegs.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die rückwärtsgerichtete Politik der Union gegen Gesamtschulen ist also gemeinhin bekannt.

Aber was ist bloß mit den Grünen los? - Diese Anti-Gesamtschulpolitik hat Dimensionen, die weit über das vermeintliche Getöse von Opposition hinausgehen. Fragen wir beim Programm der Grünen an. Und, lieber Max, ich kann nichts dafür, was ihr in eurem Programm auf der Homepage aufschreibt. Ich zitiere:

Deshalb setzen wir uns für den Ausbau von Gesamtschulen ein, was auch dem Wunsch vieler Eltern entspricht. Mittel- bis langfristig ist das Schulsystem

- zuhören! -

... zu einer Schule für alle umzubauen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In der Begründung zur Ablehnung der Gesamtschule heißt es nun aber von den Grünen:



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 40

Das Profil der Hauptschule erweise sich als ein Erfolgsmodell in Sachen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, insbesondere im Bereich Sprachförderung und Inklusion.

Merken Sie eigentlich etwas? - Das, was Sie hier abliefern, kann man noch nicht einmal mehr als Mogelpackung deklarieren. Das ist doch der glatte Beweis dafür: Wenn man die Grünen für ihre Bildungspolitik in dieser Stadt wählt, bekommt man anscheinend genau das Gegenteil von dem, was man eigentlich wollte.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Lassen wir doch weitere Player und Experten zu Wort kommen. Der Bürgerverein Neubrück:

Dass Schwarz-Grün gegen die Gesamtschule im Schulausschuss gestimmt hat, hat bei vielen Eltern Empörung ausgelöst. Gerade für einen Stadtteil, der sozialräumlich gefördert werden soll, sei dies kein Ruhmesblatt.

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen - Zitat -:

Die Arbeit der Hauptschule vor Ort kann nahtlos in die Arbeit einer Gesamtschule übergehen.

Dies ist ein weiteres Beispiel für eine deutliche Benachteiligung von Gesamtschulen und eine Missachtung der Wünsche von Eltern und Kindern nach einer Schule für alle.

Die GEW:

Kaum stärkste Fraktion im Kölner Rat, scheinen die ... Grünen wichtige Aussagen in ihrem Wahlprogramm vergessen zu haben. Gewählt wurden sie von vielen unter anderem, weil sie sich - so ihr Wahlprogramm - eindeutig für einen stärkeren Ausbau der Gesamtschulen in Köln einsetzen wollten.

Der Sprecher der Kölner Direktorenkonferenz - übrigens Gymnasialschulleiter - sagt, es bleibe jedoch das Grundproblem, dass es noch zu wenig Plätze an Gesamtschulen gebe und somit der Druck auf die anderen Schulformen bei Ablehnung sehr groß sei.

Die Landeselternschaft der integrierten Schulen NRW:

Die Entscheidung der grün-schwarzen Mehrheit im Schulausschuss gegen die Gesamtschule setzt die für viele Eltern und Kinder fatale Politik fort.

Brigitte Schumann, grüne Bildungsexpertin und ehemalige Landtagsabgeordnete:

Diese Art der schulischen Vorratsbewirtschaftung ... ist kinderfeindlich, beschämend und das Gegenteil von inklusiver Schulentwicklung.

Die Grünen verraten ihr Programm und betrügen ihre Wählerschaft.

Das sagt Ihr Parteimitglied.

Dass die Grünen dies in ihrem Wahlprogramm versprochen haben, sich für den Ausbau der Gesamtschulen einzusetzen, spielt hier keine Rolle mehr und ist Schnee von gestern. Offensichtlich ist den Kölner Grünen das machtpolitische Interesse an dem Bündnis mit der CDU wichtiger als ihr eigenes.

Ich fasse zusammen: nicht nur wir, auch das Programm der Grünen, die GEW, der Bürgerverein Neubrück, die BV Kalk, die mit Mehrheit für die Gesamtschule gestimmt hat, die Kölner Direktorenkonferenz, die Gesamtschulgesellschaft, Frau Schumann als grüne Bildungsexpertin und viele andere mehr, die Landeselternschaft und nicht zuletzt die Kölner Stadtverwaltung mit unserer OB an der Spitze, wofür ich mich auch ganz herzlich bedanke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

All jene, die hier aufblinken und Ihnen entgegenkommen, sehr verehrtes Bündnis, sind nicht die bildungspolitischen Geisterfahrer. Nein, das sind leider einmal wieder Sie.

Halten Sie also an! Machen Sie einen U-Turn! Stimmen Sie gleich für 108 neue Gesamtschulplätze, die schon nächstes Jahr an den Start gehen können! Leonie, Ayda, Karl, Giulia, Bruno, Sofia, Igor, Mohamed, Amari und Torben und den anderen 1 000 abgelehnten Kölner Kindern haben Sie es eigentlich versprochen.

Die SPD stimmt der Verwaltungsvorlage zu und lehnt natürlich die geänderte Vorlage ab. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 41

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kockerbeck hat das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe ja schon, dass man sich richtig gepikst fühlt, wenn man so eine Fehlentscheidung trifft, obwohl das noch nicht einmal eine Fehlentscheidung ist, weil sie nämlich gar nicht sachlich begründet ist, sondern mehr aus der internen Koalitionsarithmetik, die ja im Moment leider einige Friktionen aufweist, und aus diesen Zusammenhängen heraus zu erklären ist. Denn dass die SPD und die LINKE im Schulausschuss keine Argumente vorgetragen hätten, das kann man höchstens erklären, wenn man nicht zuhört, weil man nicht will oder weil man es nicht verstanden hat. Die Zahlen hat die Verwaltung klar auf den Tisch gelegt. Die Beschlussvorlage der Verwaltung ist überaus gut begründet, und deswegen unterstützen wir sie.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Hauptschule in Neubrück hatte 2021 35 Anmeldungen im fünften Schuljahr. Zwei Schulklassen mit jeweils 17 Kindern wurden gebildet. Weitere kamen erst später hinzu, weil zum Beispiel die umliegenden Gesamtschulen massenhaft Kinder ablehnten, wie die Gesamtschule Höhenberg mit 136 zum Beispiel und auch - die Vorsitzende des Bürgervereins Neubrück hat es nämlich kürzlich geschildert - die umliegenden Gesamtschulen in Holweide, in Höhenhaus und in Dellbrück.

Frau Schrage, die Vorsitzende des Bürgervereins, schildert die Dramen, die sie da miterlebt, weil Eltern schon im Vorhinein gar nicht die Erwartung haben können, dass ihr Kind an einer Schule angenommen wird, und im Nachhinein gibt es dieses Drama natürlich auch, weil sie dann zu einer Schule des mehrgliedrigen oder dreigliedrigen Systems müssen und sich da entscheiden müssen. Für viele Kinder aus Neubrück und für ein solches Veedel ist eine Gesamtschule als Stadtteilschule, als Angebot für alle Kinder vor Ort, viel sinnvoller als eine Schule des dreigliedrigen Systems, die eben nur ein Segment, einen Teil der Kinder dort aufnimmt. Alle anderen Kinder müssen den Stadtteil verlassen.

Das ist der Geist, den auch die Initiative des Bürgervereins Neubrück atmet. Und da Sie in Ihrem Antrag zumindest geschrieben haben - wahrscheinlich wollten sich die Grünen doch nicht so ganz unterbuttern lassen -, dass in zwei Jahren die Entscheidung noch einmal überprüft wird, wird

dieser Bürgerverein bis dahin Unterschriften sammeln und eine Kampagne starten, die wir natürlich unterstützen werden. Ich glaube, die SPD-Fraktion wird das auch unterstützen; denn für Neubrück ist eine Stadtteilschule, eine Gesamtschule einfach die logische Alternative.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das andere hat Oliver Seeck schon geschildert. Wie kann man als regierende Partei eine solche Schule, die in den ersten zwei Jahren kaum 50 Schüler und später 60 bzw. 70 Kinder im Jahrgang hat, unbedingt aufrechterhalten, wenn eine Gesamtschule dort - 4 mal 27 - 108 Kinder je Jahrgang unterrichten kann? Das sind mindestens 216 Schulplätze. Ich habe es nachgerechnet und mir angeschaut. Das sind mindestens 216 Schulplätze mehr in der Sekundarstufe I und 234 in einer gymnasialen Oberstufe, wenn die im Laufe der Jahre steht. Als regierende Parteien ist es unverantwortlich, so mit Schulplätzen umzugehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich muss jetzt auch sagen: Was ist eigentlich das Argument? - Ich habe den Artikel von Frau Schumann auch gelesen. Sie schreibt: CDU und Grüne stoppen die Gesamtschulentwicklung oder blockieren sie. - Ja, das hat so das Geschmäckle von: Das dreigliedrige System verliert an Unterstützung in der Bevölkerung. Es wird von bis zu 40 Prozent der Eltern nicht mehr gewählt in Köln, aber jeweils nur 10 Prozent weniger der Kinder können auf eine Gesamtschule gehen. Das ruft natürlich Friktionen und Unmut hervor. Das hier in diesem Zusammenhang „abschulen“ zu nennen, dazu muss ich sagen: Das müssen wir noch einmal im Schulausschuss diskutieren;

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

denn die Kölner Gymnasien schulen mehr als 10 Prozent ihrer Schülerschaft ab. Die Zahl, die gerade für Gesamtschulen genannt wurde, ist meiner Ansicht nach völlig aus der Luft gegriffen. Man sollte eben nicht nur nach dem Hörensagen gehen. Fragen wir doch die Schulverwaltung. Im Monitoring 2020 steht drin: Schulformwechsel spielen für Gesamtschulen praktisch keine Rolle. - Woher stammt also diese windige Zahl? Das möchte ich gerne wissen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir werden für die Gesamtschule Neubrück stimmen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 42

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

**Stefanie Ruffen (FPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Das Hohelied der Gesamtschulen als Heilbringer wurde einmal wieder gesungen. Ich könnte die Rede der linken Parteien auch im Vorfeld schreiben; es kommt immer das Gleiche. Aber auf die Situation vor Ort habt ihr euch so gar nicht eingelassen, und das ist unser Problem heute.

Herr Kockerbeck, lieber Heiner, du hast mir auf Facebook sogar vorgeworfen, dass wir Gesamtschulen verhindern wollen, weil wir so viel Spaß daran haben, Kinder abzuschulen. Das ist dermaßen absurd.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Nein, das habe ich so nicht gemacht!)

- Doch, das hast du geschrieben. Ich habe sogar einen Screenshot davon.

Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Gesamtschulen mitbeschlossen, und wir werden das auch weiterhin tun, wenn es denn Sinn macht.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen nur bis heute nicht, woher ihr eigentlich eure Kenntnisse zum Elternwillen habt. Die vorgezogenen Anmeldeverfahren an Gesamtschulen - „Wir versuchen es erst einmal!“ -, wofür es bei so wenig Schulplätzen grundsätzlich in dieser Stadt natürlich den Bedarf gibt, können darüber nichts aussagen. Genauso wenig sagt die Elternbefragung das aus. Wir sollten darüber stillschweigen, aber sie war ja schon in der Presse.

Ich spreche nicht ab, dass wir Gesamtschulplätze brauchen. Aber dieses „Wir wollen hier nur noch Gesamtschulplätze!“ - das wollen eigentlich nur SPD und LINKE. Von den Eltern weiß ich das nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Wir können immer wieder von den abgelehnten Kindern sprechen, aber an anderen weiterführenden Schulformen - im Gegensatz zur Gesamtschule - darf kein Kind abgelehnt werden, sondern es wird mittels Verdichtung untergebracht. Das habt ihr bis heute nicht verstanden, sonst würdet ihr das nicht immer wieder anführen. Dass nur an der Gesamtschule so viele abgelehnt werden, ist Blödsinn.

Im Gegensatz zu euch möchte ich aber hier keinen ideologischen Grabenkampf führen. Am Anfang des Prozesses um das Auslaufenlassen der Kurt-Tucholsky-Schule und der schulrechtlichen Einrichtung einer Gesamtschule war ich sogar geneigt zuzustimmen. Eigentlich habe ich gesagt: Warum nicht, das haben wir ja schon öfter gemacht.

In der ersten Sitzung dazu hatte ich eigentlich nur eine Frage: Wird die Gesamtschule so groß, dass zukünftig alle Kinder, die sich jetzt an dieser wirklich guten Hauptschule anmelden, auch an der neuen Gesamtschule unterkommen?

(Beifall bei der FDP und von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Werden die alle aufgenommen werden können? - In einer bemerkenswert weiteren Sitzung wurde das von der Verwaltung so hingerechnet und dann von der Bezirksregierung wieder einkassiert. Das ist nämlich nicht so. Nach vielen Korrekturen und viel Papier sieht es so aus, dass Schülerinnen und Schüler mit einer Hauptschulempfehlung zukünftig nicht mehr an einer wirklich guten Hauptschule in ihrem Umfeld einen Platz bekommen, sondern dass ein Teil dieser Schülerschaft an der Gesamtschule unterkommt und der Rest in die Röhre schaut. Ist das fair? Wollen wir das ausgerechnet den Kindern zumuten, die am meisten Förderung benötigen?

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich sage: Nein! Und allein das wäre ein Grund, diese Verwaltungsvorlage abzulehnen.

Aber statt hier zu enden, will ich Ihnen darlegen, dass ich mich noch weitergehend damit beschäftigt habe. Ich bin einer sehr kurzfristigen Einladung der Schule gefolgt - neben mir nur Frau Naegele von der SPD; der Rest redet von Hörensagen -, und obwohl ich von der FDP bin, habe ich versucht, dort mit dem ÖPNV hinzukommen. Inklusiv Fußweg wäre ich über eine Stunde unterwegs gewesen. Eine Gesamtschule hat ein relativ großes Einzugsgebiet. Es ist keine Stadtteilschule, lieber Heiner Kockerbeck.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Dafür ist ein Stadtteil viel zu klein. Gesamtschulen müssen wir bezirksübergreifend denken. Es muss also funktionieren, dass Kinder diese Schule erreichen können. Der Helene-Weber-Platz ist mit dem ÖPNV nicht wirklich gut zu erreichen.



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 43

(Ralph Sterck [FDP]: Weil die Straßenbahn fehlt, und zwar seit 60 Jahren, Frau Kollegin!)

- Danke, Herr Kollege.

Den Elterntaxi-Verkehr im Wohngebiet dort will ich mir gar nicht erst ausmalen.

Eine Besichtigung der übrigens topgepflegten Schule hat mir auch gezeigt, dass die Räume zu klein für eine Gesamtschule sind. Die vermeintliche Erweiterungsfläche für die Gesamtschule ist sehr bescheiden. Bisher hat niemand widersprochen, als ich angeführt habe, dass hier maximal eine vierzügige Gesamtschule möglich sein wird. Selbst in einem vierzügigen Gymnasium, wo nahezu alle Schülerinnen und Schüler die Sek II besuchen, haben wir Probleme, ein breites Kursangebot aufzustellen. Alle wissen, dass das bei einer vierzügigen Gesamtschule noch viel schwieriger wird.

Und wo wir gerade bei der Größe sind: Lassen Sie uns doch einmal ehrlich rechnen. Selbst die Presse schreibt von 800 Kindern, wo uns in Köln 1 000 Plätze an Gesamtschulen fehlen würden. Das hört sich so an, als würden wir mit dieser Schule alle Probleme lösen. Die Wahrheit ist aber, dass hier genau 36 Plätze in einem Jahrgang neu geschaffen werden; denn, liebe LINKE und liebe SPD, ihr müsst immer die Hauptschulplätze, die wegfallen, von euren Rechnungen dann auch abziehen. Das ist ganz wichtig.

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist Mathe!)

Das hört sich doch ein bisschen anders an, denkt man dabei an sehr gut vorhandenen Strukturen, die dafür zerstört werden. Übrigens ist selbst die Bezirksregierung an der Stelle nicht optimistisch - das haben wir schon gehört - und spricht sich gegen diesen Standort aus.

Eine Frage von mir im ASW blieb übrigens bis heute unbeantwortet. Heiner Kockerbeck hält sie für falsch. Alle Hauptschulen berichten, dass von diesen abgeschulten Kindern in der Jahrgangsstufe 7, die dazukommen, zwischen 10 und 25 Prozent von Gesamtschulen kommen. Das zeigt doch, dass nicht alle Kinder gleich sind und nicht alle Kinder auf ein und dieselbe Schule gehen können. Gesamtschulen sind mit Sicherheit gut, aber sie sind nicht für jedes einzelne Kind gut. Und was machen wir mit diesen Kindern, wenn es keine Hauptschulen mehr gibt?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

- Danke schön.

Beim Änderungsantrag des Bündnisses habe ich nur einem Punkt nicht zugestimmt. Die Prüfung in zwei bis drei Jahren halte ich für nicht sinnvoll; denn die Argumente gegen diesen Standort werden die gleichen sein. Ich bin dafür, dass wir die Gesamtschule für Kalk an einem anderen Standort prüfen. Wir haben am Herkenrathweg ein großes Schulzentrum, Gymnasium mit einer Realschule. Wir haben Platz. Dort wurde schon einmal eine Grundschule geprüft. Das wurde wieder fallen gelassen, warum auch immer. Lasst uns versuchen, dort eine große Gesamtschule, die für alle gut erreichbar ist, zu errichten und ein richtiges Schulzentrum auszubauen. Dann können wir nämlich neben der Hauptschule in Neubrück die dringend noch benötigte Gemeinschaftsgrundschule aufbauen; denn auch die fehlt aufgrund der katholischen Grundschule, in der über 60 Kinder keinen katholischen Hintergrund haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

**Manuel Uwe Jeschka (Vot):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauende, falls Sie noch da sind! Jetzt stehe ich hier ganz am Ende der Rednerliste, und alles ist gesagt worden.

Ich kam mir kurz vor wie im Wahlkampf,

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

wie Sie hier miteinander umgegangen sind. Interessant. Ja, es ist kein Wahlkampf. Das hätte man natürlich alles auch sachlicher regeln können.

Deswegen am Anfang vor allem: Max, du hast ja die Argumente ziemlich sachlich dargelegt, das will ich jetzt gar nicht mehr alles wiederholen; denn die Argumente und Fakten sind vorhanden. Ich will euch alle nicht aufhalten. Helge Schlieben, vielen Dank. Da war natürlich ein bisschen Wut dabei, das hat man gemerkt. Ich möchte aber an der Stelle noch mal auf die GU/TU-Projekte verweisen. Es wird in den nächsten Jahren sehr, sehr viele neue Gesamtschulplätze geben,

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 44

und es wird alles besser werden. Vielen Dank auch an Frau Ruffen, die das noch mal sehr gut zusammengefasst hat.

Ich hatte natürlich eine Rede vorbereitet, aber beende sie jetzt hier schon, weil alles gesagt wurde. Vielen Dank an meine Bündnispartner, an Frau Ruffen. Und hören Sie bitte auf, uns jetzt bei jedem Tagesordnungspunkt vorzuwerfen, wir würden im Bündnis nicht gut zusammenarbeiten und das Bündnis stehe kurz vor dem Zusammenbruch! - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bevor ich jetzt Frau Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer das Wort gebe, frage ich, ob aus dem Rat noch das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

Dann Frau Greven-Thürmer, bitte.

(Beifall bei der SPD)

**Bezirksbürgermeisterin Claudia Greven-Thürmer (Kalk):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie wissen, ich komme nur, wenn es etwas Wichtiges gibt. Und das ist diesmal der Fall. Hier geht es um die Gesamtschule in Neubrück.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es gleich vorweg: Ich bin überhaupt nicht verwundert über den Beschluss im letzten Ausschuss für Schule und Weiterbildung, die Gesamtschule für Neubrück abzulehnen.

Ich könnte ein bisschen besorgt sein, dass die Kolleginnen und Kollegen der Grünen die bildungspolitischen Maximen aus ihren eigenen Parteiprogrammen lieber doch dem Koalitionsfrieden opfern. Aber so schlimm wird es ja gar nicht!

(Zurufe)

So schlimm wird es ja gar nicht! Ganz ruhig, es wird doch gar nicht so schlimm. Denn es hilft ja nichts: Die Gesamtschule kommt ja, es ist nur eine Frage der Zeit. Nach einer Schamfrist, so möchte ich das mal nennen,

(Beifall bei der SPD)

werden Sie einen Antrag, der jetzt von der falschen Seite kommt, ein bisschen abgeändert vielleicht noch mal selbst einbringen. Ich bin ganz sicher. Und dann wird er - Hurra! - mit großer Mehrheit beschlossen.

Verwundert und entsetzt hat mich aber etwas anderes. In Ihren Reihen sitzen Pädagoginnen und Pädagogen, und Sie stimmen ernsthaft - Sie haben das heute ein paar Mal selbst gesagt - für Abschulung?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, Sie wissen gar nicht, was das ist. Die Kurt-Tucholsky-Hauptschule ist nicht erste Wahl von Eltern. Die ist in zweiter Linie vielleicht dann Wahl, weil es keine andere mehr gibt.

Und dann geht es um das Thema Abschulung, und Sie nehmen den Begriff einfach so in den Mund. Was das aber für Eltern und für Kinder bedeutet, das machen Sie sich, glaube ich, gar nicht mehr klar; denn Sie sind ja - so würde ich das mal sagen - vielleicht nicht mehr so ganz interessiert an diesen Themen, weil es für Sie auch gar kein Thema ist.

Es ist nämlich so: Abschulung bedeutet, dass man es am Gymnasium oder an der Realschule nicht geschafft hat. Dann geht es nur noch runter. Und was das bedeutet, ist nicht nur einfach ein Bruch in der Bildungskarriere. Nein, das ist viel mehr. Das ist für Kinder ein brutaler Schnitt. Die sind zwölf Jahre alt. Und wissen Sie, was das bedeutet? - Ich glaube, das ist Ihnen allen hier gar nicht so klar.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Empört bin ich außerdem darüber, dass Sie so eklatant den Wunsch der Neubrücker Bürgerinnen und Bürger ignorieren. Was fällt Ihnen dazu ein? Es ist doch unglaublich!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Allerorten wird in dieser Stadt auf Beteiligung, auf Nachfrage, auf Öffentlichkeitsbeteiligung, auf Bürgerbeteiligung gesetzt. Und dann wollen die Eltern und die Neubrückerinnen und Neubrücker ihren Willen kundtun, aber Sie ignorieren das, als wäre das gar nicht da. Ihr Kollege aus der FDP-Fraktion bei uns in der BV Kalk hat das gut formuliert. Er sagte, die Hauptschule hätte ihm gutgetan, die fand er eigentlich immer klasse. Aber das, was er in diesem Fall nicht kann, ist, für diese Schule zu stimmen; denn die Eltern und die Neubrückerinnen und Neubrücker wollen etwas anderes. Das war ihm wichtig. Das fand ich toll, dazu





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 45

hat er sich gestellt. Das würde ich Ihnen auch empfehlen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN -  
Zuruf von Stefanie Ruffen [FDP])

Die Neubrückerinnen und Neubrücker fühlen sich wieder einmal nicht ernst genommen, vertröstet - weil zum jetzigen Zeitpunkt die Schule ja nicht kommt - und ignoriert von einer Ratsmehrheit, die beweist, dass ihre Sorgen nicht wirklich wahrgenommen werden.

Sie haben Ihre Ablehnung wohl begründet, aber sie wirkt, mit Verlaub, bemüht und so, als wären Sie selbst nicht ganz überzeugt. Und so dachte ich: Was könnte helfen, Sie umzustimmen? - Vielleicht die schwarz-grüne Landesregierung selbst, die sagt:

Internationale Schulleistungsstudien zeigen, dass ein Bildungssystem durch längeres gemeinsames Lernen gerechter und leistungsstärker gestaltet werden kann.

Und mit Verweis auf die PISA-Studien: Sie

belegen einen deutlichen Anstieg sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler, die trotzdem erfolgreich in der Schule waren. Ein entscheidender Grund dafür ist Unterricht im Rahmen des längeren gemeinsamen Lernens ...

- und vor allen Dingen -

in der Gesamtschule mit der Sekundarschule...

Ausdrücklich erwähnt, das finde ich prima.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und es wird weiter darüber gesprochen:

Das entspricht auch dem Wunsch vieler Eltern, die die Bildungswege ihrer Kinder gerne länger offenhalten möchten.

Genau so geht es den Neubrückerinnen und Neubrückern - und nicht nur denen, sondern im Umkreis von Neubrück haben wir Merheim, Rath, Ostheim, und ich sage Ihnen: Auch dort gibt es Eltern, die sich sehr wünschen würden, dass ihre Kinder einen schnellen und kurzen Weg zur Gesamtschule hätten.

Ich bitte Sie, überlegen Sie es sich noch einmal. Geben Sie sich einen Ruck für die Gesamtschule in Neubrück! - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich möchte an dieser Stelle nur kurz hinzufügen, dass auch die *Teachers for Future* sich eindeutig für Gesamtschulen aussprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung, und zwar lasse ich abstimmen wie Schulausschuss, Anlage 7, und Finanzausschuss, Anlage 8. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und AfD. Gibt es Gegenstimmen? - Von Herrn Zimmermann und Frau Gabrysch.<sup>1</sup> Enthaltungen? - Von der FRAKTION. Dann ist der Antrag wie Schulausschuss beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.17 Planungsbeschluss für die Generalsanierung der Sportanlage Rochusstraße, Platz 1 in Köln-Ossendorf 2312/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Vorlage. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

#### **10.18 Abbruch des Schulgebäudes der Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, Köln-Neustadt/-Nord 1292/2022**

Gibt es hier Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie die Vorlage wie Finanzausschuss. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Dann ist so beschlossen.

<sup>1</sup> Anmerkung: Gegenstimmen auch von der SPD-Fraktion und Frau Oberbürgermeisterin Reker



Tagesordnungspunkt

#### **10.19 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Einrichtung eines Mikrodepots in Köln Deutz 2316/2022**

##### **Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/1993/2022**

Meine Damen und Herren, ich frage jetzt zunächst einmal nach Wortmeldungen. - Herr Homann hat einen Antrag zur Geschäftsordnung.

**Mike Homann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns erreichte gerade während der Sitzung ein umfangreicher Änderungsantrag hierzu.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Drei Punkte hat der Änderungsantrag!)

- Was, zwei, drei? - Nichtsdestotrotz würden wir Beratungsbedarf anmelden und ihn in die nächste Sitzung schieben wollen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Könnten wir es denn so vereinbaren, dass wir den Änderungsantrag begründen und dann über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]  
und Niklas Kienitz [CDU] versuchen,  
Mike Homann [SPD] und Christian Joisten [SPD] davon zu überzeugen)

Fünf Minuten Beratungspause bis 18.20 Uhr bitte.

(Unterbrechung von  
18.13 bis 18.22 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich würde alle bitten, ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir fortfahren können.

Herr Homann, ich würde Ihnen sonst § 17 der Geschäftsordnung noch mal vorlesen, aber ich weiß nicht, was Sie sagen wollen.

**Mike Homann (SPD):** Vielleicht probieren wir es erst mal mit dem, -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir probieren es erst einmal so.

**Mike Homann (SPD):** - was ich sagen werde, und dann schauen wir mal. Manchmal sind ja eine Sitzungsunterbrechung und das Investieren von fünf Minuten doch gut, wenn man am Ende Zeit sparen kann. Daher werde ich den GO-Antrag zurückziehen an der Stelle. Wir werden mitgehen, sofern unter Punkt 4 bei „der Gestaltungsbeirat ist in das Verfahren einzubeziehen“ das Wort „kurzfristig“ ergänzt wird. Ich glaube - das hat der Antragsteller gesagt - ist kein Problem.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - In der Tat machen wir das dann so. - Frau Seiger hat jetzt das Wort.

**Christine Seiger (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Umfeld des Ottoplatzes ist zurzeit stark durch Baustellen geprägt, die dem Ort eine eher unwirtliche Atmosphäre geben. Es ist gut, dass dort gebaut wird, dass die Bahn und der LVR dort bauen, und gut, dass nun die Chance ergriffen wird, aus dieser Baustellensituation ein interessantes Projekt zu machen - ein Pilotprojekt, das moderne Mobilität auch im Lieferverkehr ausprobiert. Das Mikrodepot ist eine intelligente Zwischennutzung, die drei Jahre lang den emissionsarmen und klimaschonenden Lieferverkehr auf der letzten Meile ausprobieren kann. Wir Grünen freuen uns darüber, und wir begrüßen, dass dafür Fördermittel des Bundes und die Deutsche Bahn als Betreiberin zur Verfügung stehen.

Da Zwischennutzungen und Provisorien manchmal erstaunlich lange Lebenszeiten entwickeln wollen und weil die aktuelle Baustellensituation in der Nachbarschaft den Deutzer Bahnhof und den Ottoplatz ästhetisch ziemlich herunterziehen, haben wir uns im Bündnis verständigt, die Beschlussvorlage um drei Punkte zu ergänzen.

Erstens. Die Beratung durch den Gestaltungsbeirat soll dafür sorgen und dazu beitragen, dass das Mikrodepot sich von seiner Fassadengestaltung her mehr am Ottoplatz und dem Deutzer Bahnhof orientiert als an den umliegenden Baustellen.

Zweitens. Wir bekräftigen die zeitliche Befristung auf drei Jahre. Es soll ein Testbetrieb sein, der dann zeitnah ausgewertet werden kann und wo die dort gemachten Erfahrungen dann einfließen



### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 47

können in den Aufbau eines ganzen Netzes von Mikrodepots in unserer Stadt.

Und zum Dritten hält die ausdrückliche Befristung den Ratsbeschluss hoch, der uns ja auch allen präsent ist, nämlich dass wir uns langfristig für dieses Grundstück an prominenter Stelle östlich des Ottoplatzes eine langfristige gewerbliche Nutzung wünschen, die dann auch einen langfristig angelegten Mobilitätshub mit umfassen wird. Deswegen werben wir um Zustimmung zum Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Wird jetzt weiter das Wort gewünscht? - Frau Tokyürek.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die LINKE begrüßt ausdrücklich die Einrichtung eines Mikrodepots am Ottoplatz in Deutz aus verkehrstechnischen Gründen sowie für den Klimaschutz.

Die Verkehrsführung um den Ottoplatz ist aktuell chaotisch und nur wenig fußgänger- bzw. radfahrerfreundlich. Hier haben ganz klar Autos die Vorfahrt. So ein Depot könnte dazu beitragen, den Verkehr teilweise zu entlasten. Außerdem würde es dazu beitragen, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Meine Damen und Herren, wir alle wissen: Jede eingesparte Tonne zählt, um das 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin  
Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Es handelt sich um ein Projekt, bei dem Zwischenlagerungsmöglichkeiten genutzt werden können. Von da aus können Transporte mit emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen organisiert werden, zum Beispiel auf Lastenrädern oder E-Bikes.

Die Stadt Köln sollte sich innovativen Ansätzen für einen klimafreundlichen Lieferverkehr der Zukunft nicht verschließen. Das möchte sie auch gar nicht. Solche Projekte entstehen auch in anderen Städten, wie in Berlin, Dresden, Koblenz und weiteren Städten. Die Stadt Köln sollte bei zukunftsweisenden Entwicklungen eine Vorreiterrolle einnehmen; denn hier profitieren wir alle davon. Zielsetzung sollte eine Smart City mit klimapositiven

Infrastrukturen werden; denn Köln möchte ja bekanntlich 2035 klimaneutral sein.

Auch für den Verkehr konkret auf dem Ottoplatz wird das Mikrodepot positive Auswirkungen haben; denn wie aus der Vorlage hervorgeht, wird sich der Anteil an motorisiertem Individualverkehr auf dem Ottoplatz verringern. Momentan herrscht dort ein Autochaos, das vor allem die Menschen, die in den Bahnhof hinein- oder hinauswollen, behindert. Auch Fahrradfahrer sind dadurch gefährdet. Wir begrüßen es, wenn hier mehr Verkehrssicherheit geschaffen wird.

Aus den genannten Gründen sprechen wir uns positiv für den Bau des Depots aus. Es kann ein Baustein für eine Mobilitätswende im Kölner Stadtgebiet sein, über deren Notwendigkeit hier hoffentlich Einigkeit besteht.

Was den Änderungsantrag angeht, können wir entsprechend mitgehen. Zwei der Punkte - drei Jahre, Gestaltungsbeirat einbeziehen - hat die Verwaltung in ihrer Stellungnahme auch schon entsprechend zugesagt. Es gab ja hier ein bisschen Missstimmung, was mit dem Gestaltungsbeirat ist, dass er seine Arbeit schnell aufnehmen soll. Das wurde jetzt zugesagt. Insofern, glaube ich, steht dem nichts entgegen. Das ist eine sehr gute Vorlage, der wir alle heute zustimmen können. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin  
Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann würde ich jetzt gern darüber abstimmen lassen, und zwar über den Änderungsantrag in der nochmals ergänzten Fassung, in der unter Punkt 4 „kurzfristig“ eingefügt wird, also „Der Gestaltungsbeirat ist in das Verfahren kurzfristig einzubinden“.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Vorlage als Ganzes abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Errichtung eines Neubautraktes, Generalinstandsetzung und Neubau von sechs Sporthalleneinheiten für das Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln durch Totalunternehmen - Erweiterter Planungs- und Bauabschluss**



1035/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Philippi.

**Franz Philippi (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine kurze Anmerkung und einen Hinweis zu der Vorlage. Wir hatten sehr gute Diskussionen im Sportausschuss. Unsere Fraktion wird dieser Vorlage auch so zustimmen. Wenn man sich die Baubeschreibung noch einmal genau durchliest, sieht man, dass in dem Interim für die Kreuzgasse bei Bedarf sogar eine Fünzügigkeit bis zu einer Siebenzügigkeit vorgesehen ist. Ich habe einfach den Hinweis an die Verwaltung: Wir hatten ja die Idee im Sportausschuss, einmal zu schauen, ob nicht westlich von der Inneren Kanalstraße, sondern gegenüber von der Kreuzgasse, wo das ehemalige Gelände des Verfassungsschutzes ist, sehr kurzfristig geprüft werden kann, ob da nicht auch eine dieser Interimsstandorte hinkommen kann. Das würde die Sportsituation vor Ort entlasten, weil dort auch drei weitere Vereine trainieren. Wenn es nicht geht, geht es nicht. Ich meine aber, die zwei oder drei Telefonanrufe in kurzer Zeit sind es wert, um das abzuchecken. Das wäre meine Bitte. Ansonsten stimmen wir der Vorlage selbstverständlich zu.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Philippi, meines Erachtens ist das geprüft worden. Ich würde Herrn Voigtsberger bitten, dazu Stellung zu nehmen. Aber jetzt erst Herr Klemm.

**Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen):** Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin. Franz Philippi hat das im Sportausschuss auch vorgetragen. Wir haben im Sportausschuss gesagt, wir wollen das Ganze nicht verzögern. Es ist geprüft worden. Außerdem halten wir es auch für falsch, die Kinder über die Innere Kanalstraße zu schicken. Insofern wollen wir bei dem jetzigen Beschluss und bei dem Beschluss des Sportausschusses bleiben. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kockerbeck.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Ich möchte nur unser Stimmverhalten begründen. Einer aufschiebenden Maßnahme würden wir auch nicht zustimmen. Wir begrüßen, dass die Kreuzgasse saniert wird und einen Neubau bekommt. Wir werden uns allerdings wegen der Bauweise enthalten, weil es nicht städtisch gebaut wird.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich glaube, es ist der Kreuzgasse auch wirklich kaum noch zuzumuten, das noch einmal weiter zu schieben.

(Beifall)

Das kann man denen nicht mehr erklären, ganz ehrlich. Ich meine, Herr Philippi - aber ich weiß es auch nicht hundertprozentig -, dass ich dazu mal im vorigen Jahr ein Interview gegeben habe, und in dem Zusammenhang haben wir das, glaube ich, geprüft. Ich kann es aber nicht mehr hundertprozentig sagen. Ich habe nur noch so eine Vorstellung davon.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen wie Sportausschuss, Anlage 9, und Finanzausschuss, Anlage 10. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE und Frau Gabrysch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

##### 16.1 282. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1147/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 16.2 283. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2230/2022





### 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 49

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### 17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

##### 17.1 Nachbesetzung Sachkundiger Einwohner\*innen und Stellvertretungen auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 3194/2022

Gibt es hier Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 17.2 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) 3451/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### 17.3 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln 1999/2022

Da bitte ich um Wortmeldungen. - Bitte sehr.

**Matthias Büschges** (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben beim letzten Mal schon Herrn Alexander Kau vorgeschlagen. Das würden wir auch dieses Mal tun.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Zuruf: Die Listen müssten bei der Verwaltung liegen!)

Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir als Verfahren hier nach d'Hondt das Gremium entsprechend besetzen. Der Vorschlag für die gemeinsame Liste müsste Ihnen vorliegen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich zunächst abstimmen über das Wahlverfahren, anschließend wählen wir die acht Beiratsmitglieder. - Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Ja, ich würde gerne die Liste einmal sehen. Ich kenne die Liste nicht.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Lassen Sie uns doch bitte erst einmal über das Verfahren abstimmen, oder? - Mir ist es egal, ich kann Ihnen auch erst die Liste vorlesen. Das kann ich gerne tun.

Es gibt eine gemeinsame Liste: Wahlvorschlag der Grünen sind Daniel Bauer-Dahm und Timo Hilleke. Wahlvorschlag der CDU sind Claudia Heithorst und Jochem Falkenhorst. Wahlvorschlag der SPD sind Herr Ciesla-Baier und Cornelia Schmerbach. Wahlvorschlag der Linken ist Ulrike Detjen. Und Wahlvorschlag der FDP ist Catherine Schöppen. Das ist eine gemeinsame Liste. Weiter gibt es einen Wahlvorschlag der AfD, den wir eben gehört haben. Das ist dann der Vorschlag 2. Gibt es einen weiteren Wahlvorschlag? - Das ist nicht der Fall.

Dann gehen wir jetzt zurück zum Beschlusspunkt 1. Es wurde Abstimmung nach d'Hondt beantragt. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion und der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das Verfahren damit festgelegt.

Wir kommen zur Wahl der acht Beiratsmitglieder der gemeinsamen Liste der Fraktionen. Vielleicht zählen wir noch mal die anwesenden Ratsmitglieder, bevor ich jetzt frage, ob es Gegenstimmen gibt. - Bei den Grünen 24, bei der CDU 19, bei der SPD 17, bei den LINKEN 6, bei der FDP 5, bei Volt 4, bei der AfD 3, bei der FRAKTION 3. Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann muss ich nicht fragen, sie sind beide da; das wissen wir ja alle.

Dann stimmen wir jetzt über die Vorschläge ab. Wer stimmt für den Vorschlag 1? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt sowie Frau Gabrysch und



## 21. Sitzung vom 10. November 2022 Seite 50

Herr Zimmermann. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD-Fraktion stimmt dagegen. Enthaltungen?

Ach so, jetzt kommt erst einmal Vorschlag 2, über den ich jetzt abstimmen lasse. Wer stimmt für den Vorschlag 2? - Das ist die AfD-Fraktion. Das sind drei Stimmen. Das reicht natürlich leider nicht. Enthaltungen? - Von der FRAKTION.

Wir berechnen jetzt die Sitzverteilung.

Inzwischen können wir über Punkt 3 der Beschlussvorlage abstimmen. Das ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex Köln. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Es sind alle gewählt aus dem Vorschlag 1, und auf den Vorschlag 2 entfällt kein Sitz.

Gewählt sind damit Herr Bauer-Dahm, Herr Hilleke, Frau Heithorst, Herr Falkenhorst, Herr Ciesla-Baier, Frau Schmerbach, Frau Detjen und Frau Schöppen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

### **17.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Umbenennung eines sachkundigen Einwohners“ AN/1989/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Umbesetzung in städtischen Gremien“ AN/2002/2022**

Gibt es hier Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzungen“ AN/2009/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung“**

### **AN/1932/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Dringlichkeitsentscheidungen haben wir keine zu genehmigen; das haben wir heute Morgen gemacht. Aber die Nichtöffentlichkeit ist herzustellen. Darum bitte ich jetzt.

(Schluss: 18.44 Uhr)